



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen**

Generalversammlung

Offizielles Protokoll
Fünfundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/55/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Fünfundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/55/1)

Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2000

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	1 - 28	1
I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit	29 - 108	5
Einleitung	29 - 39	5
Konfliktverhütung und Friedensschaffung	40 - 64	6
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung	65 - 96	9
Wahlhilfe	97 - 98	14
Sanktionen	99 - 101	14
Abrüstung	102 - 108	14
II. Die Erfüllung der humanitären Verpflichtungen	109 - 153	17
Die Koordinierung humanitärer Maßnahmen	111 - 120	17
Die Erbringung humanitärer Dienstleistungen	121 - 143	18
Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen	144 - 153	22
III. Entwicklungszusammenarbeit	154 - 241	25
Entwicklung in einer zunehmend globalen Welt	154 - 164	25
Beseitigung der Armut	165 - 176	26
Nachhaltige Entwicklung	177 - 194	28
Soziale Entwicklung und die Förderung der Frau	195 - 206	30
HIV/Aids	207 - 214	32
Überbrückung der digitalen Kluft	215 - 227	33
Afrika	228 - 241	34
IV. Die internationale Rechtsordnung und die Menschenrechte	242 - 281	37
Die Entwicklung auf dem Gebiet der Menschenrechte	242 - 250	37
Der Internationale Strafgerichtshof	251 - 257	38
Die internationalen Gerichte	258 - 272	39
Stärkung der Herrschaft des Rechts	273 - 281	40
V. Die Gestaltung des Wandels	282 - 345	43
Verbesserung der Kommunikation	282 - 294	43
Beziehungen nach Außen	295 - 306	45
Verwaltung und Management	307 - 320	46
Rechtsangelegenheiten	321 - 326	47
Projektdienste	327 - 334	48
Rechenschaftspflicht und Aufsicht	335 - 345	49

Einleitung

1. Die Jahrtausendwende bietet eine einzigartige Warte für eine Bestandsaufnahme der Fortschritte, die die Menschheit erzielt hat, wie auch der Herausforderungen, die es in Zukunft zu bewältigen gilt. Mein an den Millenniums-Gipfel gerichteter Bericht *Wir, die Völker: Die Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert* enthält meine eigene Einschätzung der Lage sowie Anregungen zur Beantwortung der Frage, wie die internationale Gemeinschaft als Ganze zusammenarbeiten kann, um das Los der noch immer benachteiligten Menschen zu verbessern.

2. Das vergangene Jahr hat uns erneut vor Augen geführt, dass die internationale Gemeinschaft der Verwirklichung dieses Ziels immer noch nicht nahe genug ist. Seit September vorigen Jahres ist es in verschiedenen Teilen der Welt zu neuen kriegesischen Auseinandersetzungen gekommen, und viele seit langem anhaltende Konflikte konnten trotz größter Anstrengungen, die Vermittler zu ihrer Lösung unternahmen, nicht beigelegt werden. Die Verheerungen, die Naturkatastrophen anrichten, nahmen weiter zu, und Dürren, Überschwemmungen und Erdbeben warfen einen Schatten über das Leben von Millionen Menschen. Die Anforderungen, die an die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen gestellt wurden, überschritten die ungünstigsten Prognosen um ein Vielfaches.

3. Während der Lebensstandard in vielen Entwicklungsländern weiter anstieg, war sein Rückgang in vielen der am wenigsten entwickelten Länder auch weiterhin nicht aufzuhalten. Dies gilt insbesondere für das subsaharische Afrika, wo Aids, gewaltsame Konflikte und in einigen Fällen das beutegieriger Verhalten von Regierungen und politischen Splittergruppen einen schweren Tribut forderten. Gleichzeitig ging die Wirtschaftshilfe aus den reicheren Ländern pro Kopf der Bevölkerung drastisch zurück.

4. In Afrika fallen heute jährlich viermal so viele Menschen Aids zum Opfer wie den zahlreichen bewaffneten Konflikten auf dem Kontinent. In anderen Teilen der Welt greift die Pandemie weiter erschreckend rasch um sich. Wie ernst die Gefahr ist, die von HIV/Aids ausgeht, wird endlich gemeinhin erkannt. Dies ist jedoch ein schwacher Trost. Was gebraucht wird, ist größere Entschlossenheit, zur Tat zu schreiten.

5. Im vergangenen Jahr verdreifachte sich die Zahl der genehmigten Friedenssicherungskräfte durch die Schaffung dreier neuer Friedensmissionen auf 45.000, wodurch die dem Amtssitz der Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen bis aufs Äußerste beansprucht wurden. Die Einsätze in Osttimor und im Kosovo (Bundesrepublik Jugo-

slawien) sind die komplexesten und in mancher Hinsicht anspruchsvollsten, die es in der Geschichte der Vereinten Nationen jemals gegeben hat. Unser Auftrag ist nichts Geringeres, als zu helfen, gänzlich zerrüttete Gesellschaften nahezu von Grund auf zu rekonstituieren.

6. 1999 wurde im Gefolge des Krieges im Kosovo leidenschaftlich debattiert, wie die internationale Gemeinschaft auf flagrante Verstöße gegen die Menschenrechte reagieren sollte. Diese Frage beschäftigte die Vereinten Nationen schon seit längerem intensiv, nicht zuletzt weil die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, den Völkermord in Ruanda 1994 oder das Massaker an Tausenden von unbewaffneten Männern und Jugendlichen aus der "Sicherheitszone" der Vereinten Nationen in Srebrenica 1995 zu verhindern, unser Gewissen weiter schwer belastete.

7. Die Vereinten Nationen nahmen 1999 zwei Überprüfungen vor, um festzustellen, was zu diesen Fehlschlägen geführt hatte – eine Untersuchung des Sekretariats zu Srebrenica, und eine unabhängige Untersuchung der Situation in Ruanda. Aus beiden Überprüfungen ging hervor, dass es mangelnder politischer Wille, ungeeignete Sicherheitsratsmandate und unzureichende Ressourcen waren, die zu diesem Scheitern beigetragen hatten, zusammen mit doktrinären und institutionellen Fehleinschätzungen und Unzulänglichkeiten der Vereinten Nationen selbst.

8. Aus beiden Untersuchungen gingen zwar wichtige Empfehlungen hervor, doch bedurfte es offenkundig einer umfassenderen Diagnose der tief verwurzelten Probleme, die so viele unserer Missionen belasteten, und vor allem eines Rezepts, mit dessen Hilfe sich ein solches Scheitern in der Zukunft verhindern ließe. Im März 2000 setzte ich daher eine hochrangige Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Lakhdar Brahimi ein, mit dem Auftrag, eine groß angelegte Überprüfung vorzunehmen und Empfehlungen dazu abzugeben, wie bei künftigen Friedenseinsätzen ein größerer Erfolg gewährleistet werden kann.

9. Der Bericht der Sachverständigenkommission ist soeben erschienen. Er enthält eine offene und scharfsichtige Analyse der Probleme, denen wir uns im Hinblick auf die Durchführung wirksamer Friedenseinsätze immer wieder gegenübersehen. Die Empfehlungen der Gruppe bezüglich Veränderungen sind realistisch und werden überzeugend begründet. Sie treffen genau den Kern der Dilemmas, die sich uns bei unserem Bemühen stellen, unsere chartagemäße Verpflichtung, "die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren", zu erfüllen. Ich vertraue darauf, dass die Mitgliedstaaten diese Empfehlungen mit höchstem

Ernst prüfen und gemeinsam mit mir umgehend in die Praxis umsetzen werden.

10. Kein objektiver Beobachter könnte daran zweifeln, dass die gegenwärtige Unterstützung der Friedenseinsätze durch das Sekretariat unzureichend ist. Die 12.000 Soldaten, die zur Zeit in der Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone Dienst tun, werden beispielsweise von nur fünf Bediensteten am Amtssitz unterstützt. Keiner Regierung würde es auch nur im Traum einfallen, eine Militärmission vergleichbarer Größe mit einer so geringen Stabsunterstützung ins Ausland zu dislozieren.

11. Es überrascht daher nicht, dass die Umsetzung einiger der Empfehlungen der Sachverständigengruppe die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen verlangt. Die internationale Gemeinschaft muss einsehen, dass diese Mittel in der Tat unverzichtbar sind, wenn wir unseren internationalen Friedens- und Sicherheitsverpflichtungen nachkommen sollen. Die geschätzten Kosten aller Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen belaufen sich im Jahr 2000 auf weniger als ein halbes Prozent der etwa 800 Milliarden Dollar, die die Mitgliedstaaten für die nationale Verteidigung aufwenden. Im Vergleich dazu sind die zur Umsetzung der Empfehlungen der Sachverständigengruppe notwendigen zusätzlichen Ressourcen sehr bescheiden.

12. Sicherheit war im vergangenen Jahr nicht die einzige Streitfrage. Die Proteste auf der Tagung der Welthandelsorganisation in Seattle haben gezeigt, dass zunehmendes Potenzial für eine Gegenreaktion gegen die Globalisierung besteht. Es sind beileibe nicht nur die Straßendemonstranten in den entwickelten Ländern, die ihrer Besorgnis Gehör zu verschaffen suchen; Ähnliches lässt sich – wenn auch zumeist aus anderen Gründen – auch in den Hauptstädten vieler Entwicklungsländer beobachten.

13. Für einige verbindet sich die Globalisierung mit großen Verheißungen, für andere hingegen ist sie eine zutiefst empfundene Bedrohung. Wenige bestreiten, dass die wirtschaftlichen und technologischen Kräfte, die sie tragen, das Potenzial haben, die Menschheit von der furchtbaren Bürde der Armut und Krankheit zu befreien, die weiterhin auf der Hälfte der Weltbevölkerung lastet. Doch angesichts hartnäckiger Armut, zunehmender Ungleichheit sowie der Unbeständigkeit der Weltmärkte und der globalen Finanzströme zweifeln viele daran, dass dieses Potenzial jemals verwirklicht werden wird. Andere wiederum befürchten, dass offene Märkte die Unversehrtheit der Kulturen ebenso gefährden werden wie die Souveränität der Staaten.

14. Die Unterschiedlichkeit der Meinungen ist kaum verwunderlich. Wie andere große Veränderungen in der Geschichte bringt auch die Globalisierung Gewinner wie Verlierer hervor.

15. Natürlich hat sich kein Land erfolgreich entwickelt, indem es die durch den internationalen Handel und ausländi-

sche Direktinvestitionen gebotenen Chancen ungenutzt ließ. Die Entwicklungsländer, die sich am wirkungsvollsten in die Weltwirtschaft eingefügt haben, insbesondere diejenigen in Ostasien, haben nicht nur ein schnelleres Wachstum als die übrigen Länder erzielt, sondern waren auch weitaus erfolgreicher bei der Verringerung der Armut. Gleichzeitig ist zu vermerken, dass eine Einbindung in die Weltwirtschaft allein noch keine rasche Entwicklung garantiert und dass zusätzliche nationale und internationale Maßnahmen getroffen werden müssen, damit die Globalisierung allen zugute kommt.

16. Ich bin der festen Überzeugung, dass blühende Märkte mit menschlicher Sicherheit Hand in Hand gehen. Wenn offene Märkte und Finanzliberalisierung allerdings nachhaltige Unterstützung finden sollen, dann muss die Globalisierung mehr Menschen einschließen, und ihre Früchte müssen gerechter verteilt werden. Diese Ziele können nicht ohne effektivere globale Institutionen erreicht werden.

17. Hier stellt sich nun der internationalen Gemeinschaft ein großes Problem. Die internationalen Wirtschaftsinstitutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, sollten sich ursprünglich mit weitaus weniger komplexen und veränderlichen Fragestellungen befassen, und, was noch wichtiger ist, sie sollten den *internationalen* Wirtschaftsverkehr steuern. Inzwischen aber sind wir ins Zeitalter des *globalen* Wirtschaftsverkehrs eingetreten.

18. Zwar hat die Wirtschaftsliberalisierung die Grundlage für außerordentliches Wachstum geschaffen, doch hat sie gleichzeitig, wie uns die Krise 1997-1998 in Ostasien in Erinnerung gerufen hat, die Staaten eines Teils ihrer Resistenz gegenüber den Einwirkungen des weltwirtschaftlichen Umfeldes beraubt. Es bedarf einer wirksameren Weltordnungspolitik, worunter ich die kooperative Beherrschung von Weltproblemen verstehe.

19. In einigen Fällen sind weitreichende institutionelle Veränderungen geboten. Ordnungspolitik muss sich jedoch nicht zwangsläufig über formelle Institutionen, Regelungen oder Durchsetzungsmechanismen vollziehen, sondern lässt sich auch auf informelle Weise durch Dialog und Zusammenarbeit gestalten. Sie kann Vereinbarungen umfassen, die sowohl mit nichtstaatlichen Akteuren als auch zwischen zwei oder mehreren Regierungen getroffen werden.

20. In der Tat haben sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zahlreiche informelle Koalitionen herausgebildet, die gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme verfolgen – nicht nur unter den Regierungen, sondern auch unter Einschluss von internationalen Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und gelegentlich des Privatsektors. Ein solches Engagement stellt keine Bedrohung für die Regierungen dar, sondern sie werden im Gegenteil durch die Ge-

winnung williger und fähiger Verbündeter gestärkt. Solche Koalitionen können allen Partnern nutzen, da jeder einzelne von ihnen durch Zusammenarbeit das Erreichen kann, wozu er alleine nicht imstande wäre.

21. Globale Politiknetzwerke, manchmal auch als "Koalitionen für den Wandel" bezeichnet, überschreiten sowohl geografische als auch politische Grenzen. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf bestimmte Fragen, verbreiten Wissen, legen globale Agenden fest und mobilisieren die Menschen für den Wandel. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit finden sich in den Kampagnen zur Reduzierung der globalen Erwärmung, zur Bekämpfung der Malaria, zum Verbot der Landminen, zur Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs und zur Erleichterung der Schuldenlast der Entwicklungsländer.

22. Auf Grund ihrer Universalität, ihrer Legitimität und ihrer breit gefassten Mandate kommt den Vereinten Nationen eine singuläre Rolle dabei zu, solche Koalitionen für den Wandel zu formen und einen Konsens unter ihnen zu bilden.

23. Vieles wird bereits getan. Im vergangenen Jahr schufen die Vereinten Nationen globale Partnerschaften, die noch vor einem Jahrzehnt nahezu undenkbar gewesen wären. Auf dem Weltwirtschaftsforum im vergangenen Jahr in Davos schlug ich einen Globalen Pakt vor, mit dem sich privatwirtschaftliche Unternehmen dazu verpflichten, in ihrem eigenen Wirkungsbereich von der breiteren internationalen Gemeinschaft definierte gute Praktiken auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Arbeit und der Umwelt zu verfolgen. Im Juli 2000 berief ich die Eröffnungstagung der Partner des Globalen Pakts in New York ein. Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung und wichtiger Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Führungsspitzen von etwa 50 multinationalen Unternehmen nahmen daran teil.

24. Der Globale Pakt soll weder internationale Übereinkünfte noch wirksame Regierungsmaßnahmen ersetzen, sondern diese vielmehr ergänzen. Die Unternehmen, die ihm beigetreten sind, haben dies getan, weil die Werte, die der

Pakt fördert, zur Schaffung des stabilen und sicheren Umfelds beitragen werden, das die Wirtschaft benötigt, um langfristig florieren zu können. Arbeitnehmerorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind dem Globalen Pakt beigetreten, weil sie sich mit den Werten identifizieren, für die er steht, und weil sie erkennen, wie wichtig die Unterstützung seitens der Unternehmen ist.

25. Darüber hinaus arbeiten wir mit Unternehmen, philanthropischen Stiftungen und Organisationen der Zivilgesellschaft an immer mehr Partnerschaftsprojekten auf Landesebene zusammen. Im Rahmen eines dieser Projekte sollen Entwicklungsländer über das Internet mit medizinischen Informationen versorgt werden, ein weiteres Projekt soll Kommunikationsgeräte und Experten für den Einsatz in Katastrophenfällen und humanitären Notsituationen bereitstellen, und ein drittes verfolgt das Ziel, erheblich mehr Kindern weltweit Impfschutz zu verschaffen.

26. Weitere Gemeinschaftsprojekte, die die Vereinten Nationen derzeit mit internationalen Organisationen, dem Privatsektor und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie einzelnen Mitgliedstaaten durchführen, sind im Hauptteil dieses Berichts beschrieben.

27. In meinem Bericht *Wir, die Völker* gehe ich auf einige der großen Herausforderungen ein, denen sich die internationale Gemeinschaft im 21. Jahrhundert gegenüber sieht, schlage eine Reihe von Zielen und Maßnahmen zur Behandlung durch den Millenniums-Gipfel und die Millenniums-Generalversammlung vor und fordere die Mitgliedstaaten auf, ihr Bekenntnis zu den Vereinten Nationen zu erneuern.

28. Ich freue mich, dass meine Vorschläge eine so positive Resonanz gefunden haben. Ich hoffe aufrichtig, dass die Mitgliedstaaten die durch den Millenniums-Gipfel und die Millenniums-Generalversammlung eröffneten Chancen nutzen werden, um über bloße Lippenbekenntnisse hinauszugehen, und dass sie eine feste Verpflichtung zum Handeln eingehen werden.

Kapitel I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

Einleitung

29. Dauerhafter Frieden und nachhaltige Sicherheit für alle Länder und Völker ist zum Anbruch des 21. Jahrhunderts eine ebenso wichtige Zielsetzung der Vereinten Nationen wie bei der Gründung der Organisation vor über einem halben Jahrhundert. Kein anderer Bereich nimmt unsere Aufmerksamkeit und unsere Ressourcen mehr in Anspruch; dies hat der intensive Arbeitsrhythmus des Sicherheitsrats im vergangenen Jahr erneut wieder gezeigt. Die internationale Gemeinschaft war bestrebt, auf komplexe Krisen in so unterschiedlichen Situationen wie in Afghanistan, Äthiopien/Eritrea, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Kosovo, Osttimor und Sierra Leone zu reagieren.

30. Die an die Vereinten Nationen gerichteten Forderungen machen deutlich, dass Frieden und Sicherheit seit dem Ende des Kalten Krieges jetzt einer anderen Art der Bedrohung ausgesetzt sind und dass es heute weniger um Konflikte zwischen Staaten, sondern vielmehr um innerstaatliche Konflikte, weniger um Grenzverletzungen als in viel größerem Maße um Menschenrechtsverletzungen geht. Während der Konfliktauslöser früher die ideologische Spaltung einer bipolaren Welt war, werden Konflikte heute durch ethnische und religiöse Intoleranz, politischen Ehrgeiz und Habgier geschürt und durch den unerlaubten Handel mit Waffen, Edelsteinen und Drogen vielfach verschärft.

31. Aus den Forderungen, denen wir uns gegenüber sehen, spricht auch der zunehmende Konsens darüber, dass die enge Definition kollektiver Sicherheit als Abwesenheit bewaffneter Konflikte, sei es zwischen oder innerhalb von Staaten, heute nicht mehr ausreicht. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die großangelegte Vertreibung der Zivilbevölkerung, internationaler Terrorismus, die Aids-Pandemie, Drogen- und Waffenhandel sowie Umweltkatastrophen stellen eine unmittelbare Bedrohung der menschlichen Sicherheit dar, die uns dazu zwingt, unser Herangehen an eine Vielzahl von Problemen wesentlich stärker zu koordinieren. In meinem Bericht an die Millenniums-Generalversammlung habe ich deutlich gemacht, dass uns ein solcher Ansatz zu kreativem Denken zwingt. Vor allem aber verlangt er von uns das Verständnis dafür, dass wir integrativ an die verschiedenen Teildimensionen der menschlichen Sicherheit herangehen müssen, wenn wir dauerhaftem Frieden auch in Zukunft Bestand geben wollen.

32. Dass wir diesen Weg bereits eingeschlagen haben, wird an den Veränderungen in der Verwaltung unserer zahl-

reichen und weit verstreuten Friedenseinsätze erkenntlich, wo die Bereitschaft gewachsen ist, im Hinblick auf dauerhafte Lösungen für komplexe Probleme über administrative und institutionelle Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

33. Diejenigen, die im Auftrag der Vereinten Nationen überall auf der Welt Frieden schaffen, Frieden sichern und Frieden konsolidieren, haben damit begonnen, enger als je zuvor mit den Regierungen und den anderen Akteuren innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, mit Regionalorganen, nichtstaatlichen Organisationen und mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um bei der Schaffung der Grundlagen für gute Staatsführung und die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien mitzuhelfen. Die heute durchgeführten Tätigkeiten sind wesentlich umfangreicher und komplexer als diejenigen der traditionellen Friedenssicherung. Sie umfassen die Bereitstellung von Nothilfe, die Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten, Hilfe bei der Räumung und Zerstörung von Minen, Verfassungs- und Rechtsreformen, Beratung in Bezug auf die Stärkung der Menschenrechte, die Schaffung und Reform staatlicher Institutionen sowie die Wahlhilfe. Traditionellen Tätigkeiten wie etwa der Überwachung von Waffenruhen kommt bei Friedenssicherungseinsätzen auch weiterhin kritische Bedeutung zu.

34. Wir mussten uns im vergangenen Jahr großen Herausforderungen stellen, und es ist klar, dass kein Anlass zur Selbstzufriedenheit besteht. Die Vereinten Nationen ebenso wie die Mitgliedstaaten, die über Mandate entscheiden und Mittel zu ihrer Ausführung genehmigen, haben noch immer viel zu lernen.

35. Im vergangenen Jahr sind drei wichtige Studien erschienen, die darauf ausgelegt waren, uns ein besseres Verständnis für die Erfordernisse und das Potenzial von Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen zu geben. Als ich die Berichte über die Tragödien in Srebrenica und Ruanda in Auftrag gab, war mir daran gelegen, Klarheit darüber zu schaffen, wo die Fehler lagen – auch innerhalb der Vereinten Nationen –, um Vorschläge darüber vorzulegen, wo wir in Zukunft anders handeln könnten. Aus diesen beiden Berichten sind gewisse unmissverständliche Lehren für uns hervorgegangen, die sich seither in praktischen Erfahrungen, insbesondere denjenigen der Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone, bestätigt haben. Folgende Lehren wären zu nennen: Es ist wichtig, dass die Mitgliedstaaten und das Sekretariat gemeinsam handeln und so dem Instrument der Friedenssicherung größere Kraft verleihen; es gilt, sich dar-

über im Klaren zu sein, ob eine konkrete Situation nach Friedenssicherung oder nach Zwangsmaßnahmen verlangt; es ist wichtig, dass ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um den Bedarf einer Mission zu decken und selbst bei Friedenssicherungseinsätzen über eine glaubwürdige Abschreckungskapazität zu verfügen; es ist wichtig, auf den ungünstigsten Fall vorbereitet zu sein; es ist notwendig, den Informationsfluss sowohl zwischen den Mitgliedstaaten und dem Sekretariat wie auch innerhalb des Sekretariats zu verbessern; und es sind aussagekräftigere und aktuellere Analysen der aus dem Feld eintreffenden Informationen erforderlich. Die gegenseitige Achtung der Mitgliedstaaten und des Sekretariats vor den Aufgaben und Verantwortlichkeiten des jeweils anderen, einschließlich bei den Vorkehrungen für die Einsatzführung im Feld, ist ebenso ausschlaggebend wie die Notwendigkeit politischer Entschlossenheit zur Einleitung und Weiterführung von Einsätzen.

36. Diese beiden Berichte halfen uns auch dabei, über die schwierigen Fragen im Zusammenhang mit dem in meinem Millenniums-Bericht so bezeichneten "Interventionsdilemma" nachzudenken. Es ist für die internationale Gemeinschaft natürlich relativ einfach zu sagen, dass sich Tragödien wie in Ruanda und Srebrenica nie wieder ereignen dürfen. Wenn allerdings die Reaktion auf meine Rede vor der Generalversammlung im letzten Jahr ein Hinweis sein soll, so fürchte ich, dass wir wahrscheinlich immer noch keine glaubwürdige Antwort auf die Frage geben können, was das nächste Mal geschieht, wenn wir mit einem vergleichbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit konfrontiert sind.

37. Selbst wenn man gelten lässt, dass viele Staaten ernsthafte und legitime Bedenken gegenüber Interventionsmaßnahmen hegen, beantwortet dies noch immer nicht die Frage, die ich in meinem Bericht gestellt habe, nämlich wie wir, wenn eine humanitäre Intervention tatsächlich einen unannehmbaren Angriff auf die Souveränität darstellt, auf ein Ruanda, ein Srebrenica oder auf alle schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen reagieren sollen, die gegen jedes Gesetz verstoßen, das unser gemeinsames Menschsein vorschreibt. Im Grunde genommen geht es bei diesem Problem um Verantwortung: Wenn Umstände eintreten, in denen allgemein akzeptierte Menschenrechte in massivem Umfang verletzt werden, dann haben wir die Verantwortung zu handeln.

38. In Anerkennung der immer komplexeren Aufgabe, der sich die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen um die Verhütung und Beilegung von Konflikten und die Sicherung und Konsolidierung des Friedens gegenüber sehen, ersuchte ich eine Sachverständigengruppe unter der Leitung des ehemaligen Außenministers Algeriens, Lakhdar Brahimi, einen Bericht vorzulegen, der einen Überblick über die Friedenseinsätze gibt und Vorschläge macht, wie sie in Zukunft gestärkt werden könnten. Der Bericht der Sachverständigengruppe über die Friedenseinsätze der Vereinten

Nationen ist soeben veröffentlicht worden. Ich bin erfreut darüber, dass die Empfehlungen der Gruppe, die ich zum Teil in der Einleitung zu diesem Bericht erörtert habe, Parallelen zu vielen meiner eigenen Vorschläge aufweisen, die nachstehend aufgeführt sind.

39. Wenn wir uns nicht zu diesen entscheidend wichtigen Reformen verpflichten, besteht die echte Gefahr, dass wir der Herausforderung, Unschuldige vor der Geißel des Krieges zu retten, auch in Zukunft nicht begegnen werden. Ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mit mir zusammen die wichtigsten Empfehlungen der Gruppe in die Tat umzusetzen.

Konfliktverhütung und Friedensschaffung

40. In den letzten Jahren hat sich in der internationalen Gemeinschaft Einvernehmen darüber gebildet, dass die Verhütung bewaffneter Konflikte eine entscheidende Voraussetzung für die Herbeiführung dauerhafter menschlicher Sicherheit ist. Wie ich in meinem Millenniums-Bericht geschrieben habe, muss bei der Konfliktverhütung angesetzt werden. Ein Umschwenken von einer Kultur der Reaktion auf eine Kultur der Prävention ist unter menschlichen wie auch unter finanziellen Gesichtspunkten in höchstem Maße kostenwirksam. Im Anfangsstadium von Streitigkeiten haben sich die Parteien in der Regel noch nicht so stark polarisiert, sind flexibler und daher eher geneigt, ihren Streit friedlich beizulegen als später, wenn sich der gewaltsame Konflikt festgefahren hat. Vorbeugung eröffnet uns außerdem die denkbar beste Chance, an den tieferen Konfliktursachen statt nur an den Konfliktfolgen anzusetzen, womit sich uns eine echte Gelegenheit bietet, das Saatkorn eines dauerhaften Friedens auszusäen.

41. Konfrontiert mit dem Ausbruch neuer gewaltsamer Konflikte rund um die Welt und in der Einsicht, wie wichtig ein proaktives Handeln ist, habe ich die Stärkung unserer Kapazitäten für Frühwarnung und Konfliktverhütung weiter vorangetrieben. Mein oberstes Ziel ist dabei, Frühwarnung und Konfliktverhütung zu einem tagtäglichen Anliegen der Mitarbeiter der Vereinten Nationen zu machen, am Amtssitz ebenso wie im Feld.

42. In diesem Zusammenhang hat die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, die Koordinierungsstelle für Konfliktverhütung im System der Vereinten Nationen, ein Präventionsteam eingerichtet, das regelmäßig zusammentritt, um Konfliktsituationen zu identifizieren, bei denen die Möglichkeit vorbeugender Maßnahmen besteht. Andere Dienststellen und Organisationen haben ihre Kapazität in diesem Bereich ebenfalls verstärkt; sobald eine Dienststelle oder eine Organisation der Vereinten Nationen eine im Entstehen begriffene Krise aufgezeigt hat, finden Konsultationen im Kontext des neuen Dienststellenübergreifenden Koordinierungsrahmens statt. Inzwischen hat die Fortbildungsaka-

demie der Vereinten Nationen in Turin (Italien) in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat einen Schulungskurs für Konfliktverhütung eingerichtet, den bisher über 400 Mitarbeiter aus 22 Hauptabteilungen, Organisationen, Büros und Programmen absolviert haben.

43. Die Erfahrung zeigt, dass die Vereinten Nationen nur dann erfolgreich dabei sein werden, Konflikte verhüten zu helfen, wenn sie eng mit den Mitgliedstaaten und einer großen Anzahl anderer Akteure zusammenarbeiten, so auch mit regionalen Abmachungen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen. Im Anschluss an eine hochrangige Tagung im Juli 1998 in New York haben wir ein Programm zur Koordinierung der Konfliktverhütung mit Regionalorganisationen eingerichtet und uns um die Verbesserung unserer Kontakte mit einer Vielzahl nichtstaatlicher Akteure bemüht. Solche Anstrengungen dürfen jedoch nicht davon ablenken, dass die Hauptverantwortung für die Verhütung von Konflikten bei den Mitgliedstaaten liegt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Konfliktverhütung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist letztendlich der politische Wille, die notwendige Führung zu übernehmen und die Ressourcen für Maßnahmen bereitzustellen.

44. Ich begrüße daher die zunehmende Beachtung, die die Konfliktverhütung bei den Mitgliedstaaten findet. Dies wurde höchst anschaulich bei der Generaldebatte während der vierundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung deutlich, aber auch während der bahnbrechenden öffentlichen Aussprachen über Konfliktverhütung im Sicherheitsrat im November 1999 und im Juli 2000, sowie in dem umfassenden Aktionsplan, den die Gruppe der Acht im Juli verabschiedete. Aus den weittragenden, vom Sicherheitsrat verabschiedeten Erklärungen seines Präsidenten ging die breite Entschlossenheit der Mitgliedstaaten hervor, die Kapazität der Vereinten Nationen für wirksame Präventivmaßnahmen zu verbessern. Es ist wichtig, diese Dynamik aufrechtzuerhalten, und ich sehe der Aufnahme eines direkten Dialogs mit den Mitgliedstaaten über diese Frage in den kommenden Monaten entgegen.

45. In keiner Region der Welt wird dramatischer deutlich als in Afrika, wie notwendig es ist, Konflikte zu verhüten, und wie hoch die Kosten sind, wenn dies nicht geschieht. Der furchtbare Blutzoll, den die Konflikte in Angola, Äthiopien/Eritrea, der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone, Sudan und anderswo gefordert haben, spricht für sich. Es ist tragisch, dass trotz der kollektiven Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Äthiopien und Eritrea zu verhindern, so auch durch den Besuch einer Delegation des Sicherheitsrats in beiden Ländern, im Mai 2000 erneut heftige Kämpfe ausbrachen, die eine hohe Zahl von Opfern forderten und große Zerstörungen anrichteten.

46. Äthiopien und Eritrea durch Unterstützung der Vermittlungsbemühungen der Organisation der afrikanischen

Einheit (OAU) bei der Beilegung ihres Konflikts zu helfen, hat uns im vergangenen Jahr stark in Anspruch genommen. Ich forderte die Anführer der Parteien nachdrücklich auf, eine friedliche Regelung anzustreben, und bat meinen Sonderbotschafter für Afrika, die OAU in dieser Hinsicht zu unterstützen. Am 18. Juni wurde ein Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten unterzeichnet – ein notwendiger erster Schritt zur Wiederherstellung des Friedens durch eine umfassende Friedensregelung. Die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea wird in Kürze an der Grenze zwischen den beiden Ländern Stellung beziehen, und wir werden bei der Durchführung des Abkommens behilflich sein und die Vermittlungsbemühungen der OAU unterstützen.

47. In Burundi wurde nach dem Tod des ehemaligen tansanischen Präsidenten Julius Nyerere im Oktober 1999 der ehemalige südafrikanische Präsident Nelson Mandela zum neuen Vermittler im Friedensprozess ernannt, wodurch der Aruscha-Prozess neuen Auftrieb erhielt. Die Vereinten Nationen verstärkten ihre Hilfe für den Friedensprozess, indem sie nicht nur technische Hilfe und Konferenzdienste bereitstellten, sondern auch dem Vermittler einen leitenden politischen Berater zur Seite stellten. Ferner habe ich unsere Beteiligung dadurch aufgewertet, dass ich einen Sonderbeauftragten für das ostafrikanische Zwischenseengebiet ernannt habe, mit besonderem Schwerpunkt auf Burundi.

48. Bei dem Streben nach Frieden in Somalia haben sich die Hoffnungen oftmals als trügerisch erwiesen. Ich habe daher die Friedensinitiative der Regierung Dschibuti für Somalia auf das wärmste begrüßt. Die Somalische Nationalkonferenz für Frieden und Aussöhnung, die im Mai in Arta (Dschibuti) eröffnet wurde, hat bereits beträchtliche Erfolge erzielt und sich der Mitwirkung eines breiten Spektrums von Somaliern versichert. Einige somalische Gruppen und Einzelpersonen weisen jedoch eine gemischte Partizipationsbereitschaft auf; insbesondere "Somaliland" hält sich dem Friedensprozess ausdrücklich fern. Der Erfolg wird auch weiterhin davon abhängen, welchen Grad des Einvernehmens die Somalier in Bezug auf eine Einigung über künftige politische Regelungen für ihr Land erzielen können.

49. Gleichzeitig verursacht der im Oktober 1998 wieder aufgeflamte Krieg in Angola auch weiterhin entsetzliches Leid. Es gibt fast 3,7 Millionen Binnenvertriebene, und weitere Hunderttausende Menschen waren gezwungen, aus ihrem Land zu fliehen. Die Regierung Angolas hat zwar die militärische Schlagkraft der UNITA geschwächt, doch ist sie sich bewusst, dass militärische Gewalt allein dem Land keinen Frieden bringen wird, und sie hat ihre Verpflichtung auf das Protokoll von Lusaka erneut bekräftigt. Die Vereinten Nationen sind entschlossen, eng mit der Regierung Angolas und mit allen anderen Beteiligten zusammenzuarbeiten, um zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung des Friedens im Land beizutragen. Zu diesem Zweck habe ich

meinen Berater für Sonderaufgaben in Afrika um besondere Aufmerksamkeit für Angola gebeten.

50. Es ist ermutigend, dass die afrikanischen Staaten selbst sich zunehmend entschlossen zeigen, durch Zusammenarbeit das Ausbrechen neuer Konflikte zu verhindern und den Frieden in der Region zu fördern. Dies zeigte sich, als es im Dezember 1999 in Côte d'Ivoire zu einem plötzlichen und verfassungswidrigen Regierungswechsel kam und die Staaten der Region mit Unterstützung der Vereinten Nationen die Führung bei dem Versuch übernahmen, Côte d'Ivoire bei der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung zu helfen.

51. Eine Region, in der die Vereinten Nationen im letzten Jahr neue Anstrengungen unternommen haben – und in der bedeutende Fortschritte erzielt wurden – ist der Nahe Osten. Seit 22 Jahren tun Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen in Südlibanon in einem unserer weltweit am längsten bestehenden Friedenssicherungseinsätze Dienst. Nachdem mein Sonderbotschafter mehrere Missionen in die Region unternommen hatte, berichtete ich dem Sicherheitsrat am 16. Juni, dass sich die israelischen Streitkräfte im Einklang mit der Ratsresolution 425 (1978) aus Libanon zurückgezogen hätten. Wenig später besuchte ich die Länder der Region, um die Parteien und andere regionale Führer aufzufordern, die Bemühungen um die Konsolidierung der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Libanon zu unterstützen. Ungeachtet der Vorbehalte der Regierungen Libanons und Israels hinsichtlich der Rückzugslinie bestätigten beide, dass sie die von den Vereinten Nationen bezeichnete Linie achten würden. Nach dem Rückzug der israelischen Streitkräfte begann die Regierung Libanons wieder Aufgaben der öffentlichen Ordnung in dem gesamten Gebiet wahrzunehmen.

52. Damit sie ihre Verantwortlichkeiten nach der genannten Resolution erfüllen kann, wird die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon derzeit verstärkt. Ich gehe davon aus, dass die internationale Gemeinschaft Libanon zügig bei der Aufgabe unterstützen wird, die Wirtschaft im Süden wieder aufzubauen und ihre Verbindung mit den übrigen Landesteilen wieder herzustellen. Im August 2000 ernannte ich einen Persönlichen Beauftragten für Südlibanon; er soll die Bemühungen der Vereinten Nationen koordinieren und mithelfen, der Region Frieden und Stabilität zu bringen.

53. Ermutigend sind auch die wieder aufgenommenen bilateralen und multilateralen Bemühungen um einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten. Auf dem von Präsident Clinton ausgerichteten Gipfeltreffen von Camp David trat die Suche nach einem dauerhaften Frieden zwischen Israel und den Palästinensern in eine entscheidende Phase. Ich hoffe, dass die Parteien an ihren Bemühungen festhalten werden, die israelisch-palästinensischen Ver-

handlungen zu dem Abkommen über den endgültigen Status zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

54. Der Nichtbefolgung verschiedener Resolutionen des Sicherheitsrats durch Irak gilt nach wie vor größte Sorge. Nach langwierigen Verhandlungen verabschiedete der Sicherheitsrat am 17. Dezember 1999 die Resolution 1284 (1999), mit der die Sonderkommission der Vereinten Nationen durch ein neues Inspektionsorgan für Irak ersetzt wurde, die Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen (UNMOVIC). Ich habe einen Exekutivvorsitzenden der UNMOVIC sowie ein Kollegium von Fachkommissaren ernannt, das als Beratungsgremium fungieren soll. Irak hat diese Resolution jedoch nicht akzeptiert.

55. Seit Dezember 1998 gibt es keine Präsenz der Vereinten Nationen in Irak, die sicherstellt, dass Irak die Resolutionen des Sicherheitsrats bezüglich seiner Programme der Massenvernichtungswaffen befolgt. In seiner Resolution 1284 (1999) verwies der Sicherheitsrat außerdem erneut auf die Verpflichtung Iraks, alle vermissten Staatsangehörigen Kuwaits und dritter Staaten zu repatriieren und sämtliche kuwaitischen Vermögenswerte zurückzugeben. Irak hat sich nicht bereit erklärt, mit dem hochrangigen Koordinator, den ich zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen ernannt habe, zusammenzuarbeiten, und die Angelegenheit bleibt weiterhin ungelöst.

56. Afghanistan, ein weiteres Land, in dem der Konflikt sich jeder Lösung verschließt, Frieden zu bringen, stellt nach wie vor eine schier unüberwindliche Herausforderung dar. Im vergangenen Jahr waren kaum Fortschritte zu verzeichnen, weil die kriegführenden Parteien wenig Begeisterung für eine Verhandlungsregelung zeigten. Gleichzeitig sorgten ausländische Mächte unter klarem Verstoß gegen die Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats sowie gegen die Erklärung von Taschkent, die von der "Sechs-plus-zwei"-Gruppe im Juli 1999 unterzeichnet worden war, für einen nicht abbreißenden Zustrom von Kriegsmaterial. Seit seiner Ernennung im Februar 2000 hat mein Persönlicher Beauftragter und Leiter der Sondermission der Vereinten Nationen für Afghanistan einen laufenden Dialog mit den afghanischen Führern aufgenommen, so auch mit den Taliban und der Vereinigten Front Afghanistans, sowie mit anderen Ländern, deren Hilfe für die Herbeiführung einer Gesamtregelung unverzichtbar ist.

57. An den anhaltenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan zeigt sich auch weiterhin, wie instabil die Lage in dieser Region ist. Es ist bedauerlich, dass diese Länder, die beide vor zwei Jahren Kernsprengkörper erprobt haben, bisher nicht in der Lage waren, ihren bilateralen Dialog wieder aufzunehmen. In Kaschmir bleibt die Situation entlang der Kontrolllinie gespannt; Gewalt und Unsicherheit haben sich verschlimmert. Dies kann nicht hingenommen werden.

Vor diesem Hintergrund sind die zur Zeit erörterten Vorschläge zur Beilegung des Konflikts zu befürworten. Zur gleichen Zeit ist die internationale Gemeinschaft, die den Vermittlungsbemühungen Norwegens ihre Unterstützung zugesichert hat, zunehmend besorgt über die Verschärfung des internen Konflikts in Sri Lanka.

58. Ich habe die positiven Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel genau verfolgt, wo sich im Anschluss an das jüngste historische interkoreanische Gipfeltreffen die Gelegenheit bietet, Vertrauen zwischen beiden Parteien aufzubauen und einen bitteren Konflikt beizulegen, der seit einem halben Jahrhundert andauert. Einer Ausweitung der humanitären Maßnahmen und der Entwicklungsbemühungen der Vereinten Nationen in der Demokratischen Volksrepublik Korea messe ich besondere Wichtigkeit bei.

59. In einer ganz anderen Größenordnung stellen sich die Entwicklungen auf Bougainville (Papua-Neuguinea) dar, wo die Arbeit des Politischen Büros der Vereinten Nationen veranschaulicht, wie wirksam selbst eine kleine Präsenz den Bestand eines Friedensprozesses erhalten helfen kann. Mit maßgeblicher Hilfe des Büros verabschiedeten die Regierung Papua-Neuguineas und die Parteien auf Bougainville im März 2000 die Vereinbarung von Loloata und im Juni 2000 das Gateway-Kommuniqué, mit denen die Grundlage für weitere Gespräche über eine Beilegung der Krise auf Bougainville auf politischem Weg gelegt wurde.

60. Im April 2000 ernannte ich einen neuen Sonderbotschafter für Myanmar. Zwar kann ich nicht berichten, dass es bei unseren Bemühungen greifbare Fortschritte gegeben hat, doch ich habe ermutigt davon Kenntnis genommen, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit Zustimmung der Regierung Myanmars 1999 seine humanitäre Arbeit in dem Land aufgenommen hat.

61. In Reaktion auf die Krise, die durch die Verhaftung von Premierminister Mahendra Chaudhry und anderen in Fidschi ausgelöst worden war, entsandte ich unverzüglich meinen Persönlichen Abgesandten, der den Führern der politischen Parteien meine tiefe Besorgnis über die Anwendung von Gewalt gegen eine demokratisch gewählte Regierung übermittelte. Ich begrüße die Freilassung der Geiseln, doch muss noch erheblich mehr getan werden, um die Normalität in dem Land wiederherzustellen. Tragfähiger Frieden, Stabilität und Wohlstand können in Fidschi nur sichergestellt werden, wenn die Bestrebungen aller Gruppen innerhalb der fidschianischen Gesellschaft berücksichtigt werden und wenn alle Staatsbürger Fidschis im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes eine sinnvolle Rolle spielen können. Ich stehe bereit, mit dem Commonwealth und mit der internationalen Gemeinschaft bei der Verfolgung dieses Ziels zusammenzuarbeiten. In einem weiteren Pazifikstaat, den Salomonen, kam es in jüngster Zeit zu Rückschritten im demokratischen Prozess, die ebenfalls zu großer Sorge Anlass geben.

62. In Europa ist die anhaltende Verbesserung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei eine Quelle der Ermutigung für mich. Diese Entwicklung, die durch den Helsinki-Beschluss der Europäischen Union zur Türkei untermauert wurde, dürfte dazu beitragen, die Bemühungen um eine umfassende Lösung des Zypern-Problems zu unterstützen. Unter meiner Schirmherrschaft finden laufend indirekte Gespräche unter Beteiligung von Glafcos Clerides und Rauf Denktash statt. Mit Hilfe meines Sonderberaters soll ein konzeptioneller Rahmen für künftige Fortschritte entwickelt werden.

63. Mein Sonderbeauftragter für Georgien hat sich intensiv darum bemüht, den georgisch-abchasischen Friedensprozess neu zu beleben, insbesondere durch die Einberufung des Koordinierungsrates und durch regelmäßige Treffen mit der Russischen Föderation in ihrer Eigenschaft als Vermittlerin, mit der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs und mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Er hat die Aufmerksamkeit wieder auf das eigentliche Kernthema des Konflikts, den politischen Status Abchasiens (Georgien), gelenkt, während er weiterhin mit beiden Seiten über Fragen wie die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau verhandelt. Obschon einige Fortschritte erzielt wurden, fehlt den Parteien nach wie vor der notwendige politische Wille, sich auf eine umfassende politische Regelung zuzubewegen.

64. In Lateinamerika habe ich angesichts der wachsenden internationalen Sorge über die Sicherheit und die Menschenrechte in Kolumbien im Dezember 1999 einen Sonderberater für die internationale Hilfe für Kolumbien ernannt. Er hat mit einer Reihe von Akteuren innerhalb und außerhalb des Landes Kontakt aufgenommen und mitgeholfen, die internationale Öffentlichkeit stärker für die Notwendigkeit einer Beilegung des Konflikts in diesem Land zu sensibilisieren.

Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung

65. Die Bemühungen, ein besseres Verständnis für die in der Einleitung zu diesem Kapitel dargestellten Erfordernisse der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen zu gewinnen, fanden im Kontext außerordentlich rascher Entwicklungen am Boden statt. Im vergangenen Jahr nahmen die friedenssichernden Tätigkeiten dramatisch zu, und der Einsicht, dass zwischen Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung außerordentlich wichtige Verflechtungen bestehen, wird in der Praxis im Feld zunehmend Rechnung getragen. Wie die Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen in ihrem vor kurzem veröffentlichten Bericht festgestellt hat, sind die Friedenssicherungs- und die Friedenskonsolidierungskräfte untrennbare Partner, und ist der sinnvolle Augenblick zum Abzug von Friedenssiche-

rungskräften erst dann gekommen, wenn ein tragfähiger Friede besteht.

66. Der Einsatz im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) verfügt jetzt über seinen vollen Ressourcenbestand; im Laufe des Jahres wurden in Osttimor und in der Demokratischen Republik Kongo neue Einsätze eingeleitet, ein weiterer Einsatz wird für Äthiopien und Eritrea in Erwägung gezogen; in Sierra Leone und in Südlibanon sind an den Einsätzen erhebliche Veränderungen vorgenommen worden oder werden ins Auge gefasst; und die Friedenssicherungseinsätze in Tadschikistan und in der Zentralafrikanischen Republik wurden erfolgreich abgeschlossen und von kleineren Büros für Friedenskonsolidierung abgelöst.

67. Die von den Vereinten Nationen genehmigten Dislozierungen umfassen zur Zeit annähernd 45.000 uniformierte Kräfte (Truppen, Beobachter und Zivilpolizei) sowie weitere 13.000 internationale und lokale Zivilkräfte für Friedenssicherungseinsätze auf Grund eines Mandats des Sicherheitsrats; zur gleichen Zeit des Vorjahres waren es weniger als 17.000 uniformierte Kräfte und weniger als 10.000 Zivilkräfte. Im Rahmen der Einsätze, die unter den breiten Begriff der Friedenskonsolidierung fallen und unter der Autorität der Generalversammlung stehen, sind 341 internationale Kräfte im Feld tätig, unterstützt durch 455 Ortskräfte, verglichen mit 203 beziehungsweise 244 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Aus diesen Zahlen allein lässt sich jedoch nicht ablesen, wie groß die Herausforderungen sind, denen sich die Friedenssicherungseinsätze zunehmend gegenübersehen. Nachstehend habe ich acht dieser Problembereiche benannt, die zum großen Teil auch in dem Bericht der Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen angesprochen werden.

Neuartige Aufgaben

68. Die Friedenssicherung ist komplizierter geworden, weil die Friedenssicherungskräfte ein sehr viel breiteres Aufgabenspektrum übernehmen müssen. Nicht nur haben sie im vergangenen Jahr als Puffertruppe Einsatz gefunden und im Rahmen multidisziplinärer Operationen die Parteien bei der Durchführung von Vereinbarungen unterstützt, sondern sie haben darüber hinaus die Verantwortung für die Übergangsverwaltungen im Kosovo und in Osttimor übernommen, wo sie einen Ausgleich zwischen den in Konkurrenz und mitunter in Widerspruch zueinander stehenden Aufgaben herstellen mussten, diese Gebiete zu regieren, die Entstehung örtlicher Institutionen zu unterstützen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Neue Arten von Personal

69. Im Gefolge der Übernahme dieser neuen Verantwortungsbereiche mussten die Vereinten Nationen das Personalprofil der Friedenssicherungskräfte im Feld erweitern und

anpassen. Vor allem auf Grund der Dislozierung der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor schnellte die genehmigte Dislozierung von Polizeikräften in etwas mehr als einem Jahr um über das Dreifache von rund 2.500 auf über 8.600 empor. Des Weiteren mussten die Vereinten Nationen für diese neuen Missionen Rechtsanwälte und Richter, Stadtverwalter und Sachverständige für Zollfragen, Steuerverwaltung, öffentliche Versorgungsbetriebe, Gesundheitswesen, Bildung, Abwasserhygiene und Landwirtschaft einstellen.

Abschreckungskapazität

70. Im vergangenen Jahr erwies sich erneut, vor allem in Sierra Leone, dass die heutigen Einsätze in einem sehr instabilen Umfeld stattfinden, das ihre Wirksamkeit und die Sicherheit der Friedenssicherungskräfte gefährden kann. Die Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen verweist darauf, wie wichtig es angesichts dieser Einsatzerfahrungen ist, dass die Vereinten Nationen eine glaubwürdige Abschreckungskapazität mit "robusten" Einsatzrichtlinien dislozieren. Auch besteht die klare Notwendigkeit weiterer Anstrengungen in drei Bereichen: wir brauchen mehr und besser ausgerüstete und ausgebildete Truppen; fortlaufende Bemühungen um den Kapazitätsaufbau in den Entwicklungsländern, gestützt auf bilaterale und multilaterale Partnerschaften, um das Reservoir potenzieller Friedenssicherungskräfte auszuweiten; sowie einen wirkungsvolleren Einsatz der verfügbaren Kapazitäten der Vereinten Nationen zur Bereitstellung von Ausrüstung für die Friedenssicherungstruppen im Feld.

Einsatzbereitschaft/Schnelle Dislozierung

71. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben erneut gezeigt, wie wichtig es ist, Truppen schnell dislozieren zu können, und sie haben die Beschränkungen in den kritischen Bereichen der Logistik, der Finanzen und des Personals offengelegt. Der Bestand an Missionsausrüstungen in der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) ist jetzt weitgehend erschöpft. Dabei sehen wir uns infolge zusätzlicher und komplexerer Mandate bei gleichbleibenden oder sogar verringerten Ressourcen einer gestiegenen Nachfrage gegenüber. In diesem Zusammenhang ist es mir eine Genugtuung, dass die Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen empfiehlt, dem Generalsekretär noch vor der Genehmigung einer Mission durch den Sicherheitsrat Mittel für den Beginn der Planung zur Verfügung zu stellen.

Rechtzeitige und berechenbare finanzielle Unterstützung innerhalb von Friedensprozessen

72. Die wirksame Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten kann für den

Erfolg eines Friedensprozesses ausschlaggebend sein; ohne eine gewisse Berechenbarkeit der für solche Einsätze zur Verfügung stehenden Finanzmittel besteht jedoch die Gefahr, dass das ganze Unternehmen scheitert. Um dies zu verhindern, habe ich die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, hinsichtlich der Verwendung veranlagter Finanzmittel in diesem Bereich ein flexibleres Vorgehen in Erwägung zu ziehen.

Die Rolle wirtschaftlicher Anreize bei der Perpetuierung von Konflikten

73. Die Erfahrungen der Vereinten Nationen in Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone und anderswo haben gezeigt, wie sehr Kämpfe um die Kontrolle über Diamanten, Holz, Drogen, Schusswaffen und andere Ressourcen einem Friedensprozess schaden können. Die Wichtigkeit dieser Frage wurde im Verlauf dieses Jahres durch Aussprachen im Sicherheitsrat und durch den Bericht der Sachverständigengruppe über Sanktionen gegen die UNITA in Angola in den Vordergrund gestellt. Der Bericht zeigte, in welchem Ausmaß Verstöße gegen die Sanktionen durch den Export unerlaubt abgebauter Diamanten dafür verantwortlich waren, dass der Krieg in Angola weiterging.

Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen

74. Im vergangenen Jahr hat sich die Zusammenarbeit mit regionalen und anderen Organisationen bei der Friedenskonsolidierung mehrfach als sehr fruchtbar erwiesen, wiewohl sie angesichts praktischer, politischer und organisatorischer Probleme nach wie vor ein kompliziertes Unterfangen ist. Diejenigen, die für die Durchführung eines Friedensabkommens verantwortlich sein werden, müssen bereits in der Verhandlungsphase präsent sein, damit sichergestellt ist, dass der Einsatz von realistischen Annahmen ausgeht. Des Weiteren sollten die Unterstellungsverhältnisse und die Arbeitsteilung so eindeutig wie möglich geregelt sein; die Beziehungen zwischen der Organisation und der OSZE sowie der Europäischen Union im Kosovo sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen im Hinblick auf die Friedenssicherung werden weitergehen, und das bevorstehende hochrangige Treffen zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen soll sich mit der Zusammenarbeit bei der Friedenskonsolidierung befassen.

Personalausstattung am Amtssitz

75. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben deutlich gemacht, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung am Amtssitz ist – ein Thema, das von der Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen eingehend behandelt wird. Ich stimme voll mit der Ansicht der Sachverständigengruppe überein, dass die zentrale Unterstützung der Friedenssicherung primär über den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen erfolgen sollte

und nicht wie zur Zeit über den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt, der jedes Jahr eine detaillierte Begründung jedes einzelnen Dienstpostens erfordert.

76. Ich begrüßte den Beschluss der Generalversammlung vom November 1999, in der Hauptabteilung Friedenseinsätze eine Reihe von Stellen zu genehmigen. Jedoch hat der erhebliche Verlust an Personal und Fachwissen, der zuvor wegen des Ausscheidens des Gratispersonals eingetreten war, die Anstrengungen des Sekretariats zur Unterstützung neuer Dislozierungen, Mandatserweiterungen und -änderungen sowie der Liquidation abgeschlossener Missionen erheblichen Zwängen ausgesetzt. Die Tatsache, dass mit so wenigen Ressourcen so viel erreicht wurde, sollte als eine herausragende Leistung der Organisation anerkannt werden. Angesichts der außerordentlichen Zwänge, unter denen das Sekretariat arbeiten musste, und der unvermeidlich negativen Auswirkungen auf die Planung und Durchführung von Missionen hat sich die Sachverständigengruppe für die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen für eine umgehende Anhebung der Finanzmittel ausgesprochen. Insbesondere regt sie die Schaffung einer neuen Gruppe für Information und Analyse an, die allen Hauptabteilungen zuarbeiten soll, die Aufgaben im Bereich Frieden und Sicherheit wahrnehmen.

* * *

77. Das Ausmaß der oben dargestellten Herausforderungen wird kaum deutlicher ersichtlich als an den beiden Einsätzen in der Demokratischen Republik Kongo und in Sierra Leone. Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo, dem drittgrößten Land Afrikas, strahlt auf mehrere Staaten der Region aus und bedroht auch weiterhin die Stabilität der gesamten Region. Im Einklang mit meinen Empfehlungen vom 17. Januar 2000 betreffend die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) genehmigte der Sicherheitsrat die Dislozierung von insgesamt 5.537 Offizieren und Mannschaften. Dieser Truppe wurde die Aufgabe übertragen, sichere Versorgungsbasen für die Einsätze von bis zu 500 Militärbeobachtern bereitzustellen, die die Durchführung der Waffenruhevereinbarung von Lusaka überwachen sollen.

78. Die MONUC stieß von Anfang an auf schwerwiegende Probleme, darunter die ständige Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch die Regierung und andere Parteien, der wiederholte Ausbruch von Kampfhandlungen, einschließlich großer militärischer Offensiven unter Verstoß gegen die Waffenruhe, sowie logistische Probleme auf Grund des schlechten Zustands der Infrastruktur in der Demokratischen Republik Kongo und der enormen Größe des Landes. Die Tätigkeit der MONUC ist auf Grund des tiefen Misstrauens zwischen den Parteien und gelegentlich auch auf Grund der feindseligen Haltung gegenüber den Vereinten Nationen selbst ständigen Belastungen ausgesetzt.

79. In Sierra Leone ist die Gesamtsituation weiterhin angespannt und kritisch. Die im Mai 2000 begonnene Serie nicht provozierter Angriffe auf Personal der Vereinten Nationen und dessen Internierung durch die Kämpfer der Revolutionären Vereinigten Front haben die Friedensaussichten in diesem Land ernsthaft beeinträchtigt und stellen die Tätigkeit der Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone nach wie vor vor ernsthafte Probleme.

80. Trotz aller Schwierigkeiten bei der Umsetzung teile ich die sowohl von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) als auch vom Sicherheitsrat wiederholt zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass die Bestimmungen des im Juli 1999 geschlossenen Friedensabkommens von Lomé im Großen und Ganzen eine wichtige Grundlage für den Weg hin zu einem dauerhaften Frieden bleiben. Jedoch ist die entschlossene, vereinte Unterstützung durch die Nachbarstaaten und die subregionalen Organisationen, insbesondere die ECOWAS, sowie durch die truppenstellenden Länder und die internationale Gemeinschaft weiterhin unverzichtbar, wenn sich die Mission die glaubwürdige militärische Stärke sichern soll, die notwendig ist, um die umfassenden Ziele des Friedensabkommens zu verwirklichen.

81. Neun Jahre sind vergangen, seit in Westsahara Einigung über den Plan für die Regelung des Konflikts zwischen Marokko und der POLISARIO-Befreiungsfront erzielt wurde, doch steht die Durchführung des Regelungsplans noch immer aus, und die Situation ist nach wie vor prekär. Mein jüngster Bericht an den Sicherheitsrat über die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara (MINURSO) enthält unter anderem Anregungen, die zur Lösung der zahlreichen Probleme im Zusammenhang mit der Durchführung des Regelungsplans beitragen könnten. Die Präsenz der MINURSO ist nach wie vor unbedingt notwendig, um eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden.

82. Anders gearteten Herausforderungen sehen sich die Vereinten Nationen im Kosovo und in Osttimor gegenüber. Im Kosovo arbeitet die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) weiterhin eng mit der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) zusammen, um für alle Bewohner der Provinz ein sicheres Umfeld zu schaffen.

83. Eine besondere Herausforderung war der Aufbau und die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo. In Zusammenarbeit mit der OSZE verfolgt die Mission eine umfassende Strategie des Wiederaufbaus und der Reform des Justizwesens, der Polizei und des Strafvollzugs. Die UNMIK hat auch Fortschritte dabei erzielt, die direkte Beteiligung der Ortsbevölkerung an der Provinzverwaltung sicherzustellen. Nach den später in diesem Jahr stattfindenden Kommunalwahlen wird diese Beteiligung noch erweitert werden. Mit Hilfe der Europäischen Union wurden bei der

Schaffung makroökonomischer Rahmenbedingungen im Kosovo beträchtliche Fortschritte erzielt. Im humanitären Bereich haben die Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen und ihre Mitarbeiter im Kosovo zusammen mit wichtigen Partnern des Systems der Vereinten Nationen, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften und den nichtstaatlichen Organisationen den Herausforderungen, den Nothilfebedarf des Kosovo während des Winters zu decken, erfolgreich begegnen können. Die humanitäre Komponente der UNMIK wurde demzufolge Ende Juni beendet, und die Mission legt das Hauptgewicht jetzt auf Wiederaufbau und Entwicklung.

84. Die Präsenz der Vereinten Nationen im Kosovo ergänzt das seit langem bestehende Engagement der Organisation in der Region, insbesondere durch die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH), die auch weiterhin bei der Herbeiführung der Rechtsstaatlichkeit als Teil der Umsetzung des Dayton/Paris-Friedensübereinkommens Hilfestellung leistet. Nach langwierigen Bemühungen zur Überwindung politischer Widerstände brachte die UNMIBH im Juni 2000 schließlich die erste Einheit des neuen multiethnischen staatlichen Grenzschutzes zum Einsatz. Dieser ist das erste und einzige Rechtsvollzugsorgan, das den gemeinsamen Institutionen des Staates und nicht seinen ethnisch ausgerichteten Gebietseinheiten untersteht. Die Bemühungen, das ethnische Ungleichgewicht in den Polizeikräften zu beheben, kommen jedoch nur sehr schleppend voran.

85. In Osttimor fanden im letzten Jahr außerordentliche Entwicklungen statt. Die am 30. August 1999 in diesem Gebiet veranstaltete Volksbefragung ergab, dass 78,5 Prozent der Abstimmenden die von Indonesien angebotene Autonomieoption ablehnten und ihre Präferenz für einen Übergang zur Unabhängigkeit unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen bekundeten. Dieser Erfolg wurde leider beeinträchtigt durch die darauf folgenden Gewalttaten und die Zerstörungen sowie die Zwangsvertreibung von Hunderttausenden Osttimorern, eine unmittelbare Konsequenz des Versäumnisses der indonesischen Behörden, die ihnen auf Grund der Abkommen vom 5. Mai 1999 obliegenden Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen.

86. Das zügige und entschlossene Handeln des Sicherheitsrats, der die Dislozierung der Internationalen Truppe Osttimor (INTERFET) unter der Führung Australiens und die anschließende Einsetzung der UNTAET genehmigte, half mit, ein langes und trauriges Kapitel in der Geschichte Osttimors zu beenden. Die komplexe und schwierige Aufgabe des Wiederaufbaus von Osttimor und seiner Vorbereitung auf die volle Unabhängigkeit nimmt ihren Fortgang, sieht sich aber erheblichen Herausforderungen gegenüber. Politisches Geschick, Geduld und ein hohes Maß an internationaler und lokaler Zusammenarbeit und Koordination sind die notwendigen Voraussetzungen für einen

Erfolg, und die Zusammenarbeit zwischen der UNTAET und den Osttimorern schreitet mit Energie und gutem Willen voran. Die UNTAET beabsichtigt, die Beteiligung der Osttimorer an der Verwaltung nach und nach auszuweiten, um einen glatten Übergang in die Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die positive Haltung des Präsidenten Indonesiens, Abdurrahman Wahid, und der osttimorischen Führung, insbesondere von Xanana Gusmão, setzt ein günstiges Vorzeichen für künftige gute Beziehungen.

87. Bei allen Schwierigkeiten und bei aller Mittelknappheit bei der Durchführung dieser Einsätze kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, dass es uns im letzten Jahr doch auch gelungen ist, das Engagement der Vereinten Nationen in Tadschikistan und in der Zentralafrikanischen Republik beträchtlich zu verringern.

88. Die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik, die ihre Arbeit im Februar 2000 abschloss, spielte bei der Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit für das Land eine entscheidende Rolle. Sie trug auch dazu bei, förderliche Voraussetzungen für die Abhaltung landesweiter Wahlen, die Neustrukturierung der Sicherheitskräfte, die Ausbildung der staatlichen Polizei und Gendarmerie und die Einleitung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Reformen zu schaffen. Inzwischen habe ich mit Zustimmung des Sicherheitsrats das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung eingerichtet. Das neue Büro wird die Regierung und das Volk der Zentralafrikanischen Republik bei dem Friedensprozess unterstützen, bei der Herausbildung demokratischer Institutionen behilflich sein, die sozioökonomische Gesundheit und die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit fördern und auf diese Weise veranschaulichen, was bei der Förderung des Friedens und der nationalen Aussöhnung alles erreicht werden kann, wenn Missionen mit einem klaren Mandat, ausreichenden Ressourcen, dem Engagement der Parteien und der nachhaltigen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft durchgeführt werden.

89. Wie in der Zentralafrikanischen Republik verfolgen wir in Guinea-Bissau und in Liberia, wo ebenfalls Friedenskonsolidierungsbüros der Vereinten Nationen eingerichtet wurden, das Ziel, nicht nur die unmittelbaren Herausforderungen der Stabilisierung nach einem Konflikt zu bewältigen, sondern auch langfristig einen tragfähigen Frieden zu fördern. Hier und andernorts arbeiten die Vereinten Nationen mit lokalen Akteuren zusammen, um die eigentlichen Konfliktsachen zu beheben und so das Risiko erneuter Gewalt auf ein Mindestmaß zu senken.

90. Das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Tadschikistan, das im Mai 2000 eingerichtet wurde, wird den politischen Rahmen bereitstellen und die Führung der friedenskonsolidierenden Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen in diesem

Land übernehmen. Es baut auf dem Erfolg der mehr als siebenjährigen Bemühungen der Vereinten Nationen um Friedensschaffung und Friedenssicherung in Tadschikistan auf. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Tadschikistan, die eng mit den regionalen Garantiestaaten und den internationalen Organisationen zusammenarbeitete, unterstützte die tadschikischen Parteien bei der Überwindung zahlreicher Hindernisse für Frieden, nationale Aussöhnung und Entwicklung. Jedoch kann angesichts des Konflikts im benachbarten Afghanistan und der innenpolitischen Komplexitäten erneute Instabilität nicht ausgeschlossen werden. Es ist daher wichtig, dass die internationale Gemeinschaft Tadschikistan auch in der Konfliktfolgezeit weiterhin unterstützt, damit es den Ergebnissen des Friedensprozesses Bestand verleihen und darauf aufbauen kann.

91. Haiti ist ein weiteres Land, in dem sich die Präsenz der Vereinten Nationen in jüngster Zeit verändert hat. In diesem Fall kam die Veränderung durch den Abschluss einer Reihe seit 1995 dislozierter Friedenssicherungsmissionen zustande, so auch der von den Vereinten Nationen und der Organisation der Amerikanischen Staaten gemeinsam getragenen Internationalen Zivilmission in Haiti. Diese multidimensionalen Missionen hatten nicht den Auftrag, im Anschluss an einen bewaffneten Konflikt den Frieden wiederherzustellen beziehungsweise zu wahren, sondern durch die Wiederherstellung der Demokratie, die Verbesserung der Achtung der Menschenrechte und die Reform staatlicher Institutionen, insbesondere der Polizei, eine ernste innere Krise beizulegen.

92. Um die von der Mission erreichten Ergebnisse zu konsolidieren, empfahl ich der Generalversammlung, die Internationale zivile Unterstützungsmission in Haiti (MICAH) einzurichten, die die Aufgabe übernommen hat, den weiter vonstatten gehenden Übergang zu einer demokratischen verfassungsmäßigen Regierung zu unterstützen. Die drei sachlichen Tätigkeitsschwerpunkte der MICAH sind Menschenrechte, Polizei und Justiz.

93. Die Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala ist nach wie vor die größte Friedenskonsolidierungsmission der Vereinten Nationen. Sie stellt weiterhin Gute Dienste, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit bereit, um die Durchführung der Friedensabkommen zu unterstützen. Viele der sachbezogenen Reformen sind jedoch noch unvollständig. Obwohl der offizielle Durchführungszeitplan mit dem Jahr 2000 zu Ende geht, haben die Parteien der Abkommen eine Verlängerung des Zeitplans vorgeschlagen. Daher führe ich derzeit Konsultationen darüber, wie der Friedenskonsolidierungsprozess gefestigt werden kann, damit ich der Generalversammlung entsprechende Empfehlungen vorlegen kann.

94. In der Praxis sind mit der Friedenskonsolidierung Initiativen verbunden, die darauf ausgerichtet sind, nationale Aussöhnung und Gerechtigkeit, die Achtung der Menschen-

rechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Abhaltung freier und fairer Wahlen fördern zu helfen. Außerdem sollen durch friedenskonsolidierende Maßnahmen günstige Bedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden, eine notwendige Voraussetzung für den Wiederaufbau. Bei der Verfolgung dieser Ziele unterhalten unsere Büros regelmäßigen Kontakt mit den jeweiligen Geberländern und mit den Vertretern der internationalen Finanzinstitutionen.

95. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung hat durch die Herstellung engerer Arbeitsbeziehungen zwischen den Friedenseinsätzen und den Feldbüros des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte eine Stärkung erfahren. Solche Feldbüros befinden sich zur Zeit in Bosnien, der Bundesrepublik Jugoslawien, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Kambodscha, Kolumbien und Kroatien.

96. Ein weiterer Aspekt unserer Friedenskonsolidierungsarbeit, dem große Tragweite zukommt, steht im Zusammenhang mit der Minenräumung. Der Dienst für Antiminenprogramme der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze arbeitet mit seinen Partnern in Missionen überall auf der Welt zusammen, um bei der Erfassung und Räumung von Minen behilflich zu sein – eine Aufgabe, die immer größer wird, je weiter die Zahl der von Minen betroffenen Länder ansteigt und in Ländern, in denen zuvor die Minen geräumt wurden, wieder neue verlegt werden. Diese Entwicklungen setzen die ohnehin nur begrenzten Ressourcen einer weiteren Belastung aus. Der Ressourcenzugang ist jedoch nur ein Teil des Problems, und ich möchte erneut unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die Herstellung, die Verteilung und der Einsatz dieser unterschiedslos wirkenden Waffen angeprangert werden.

Wahlhilfe

97. Aus zwei Gründen gewähren die Vereinten Nationen Wahlorganen Hilfe: zum einen, um die vorhandene Verwaltungskapazität zur Durchführung glaubwürdiger, transparenter und fairer Wahlen zu steigern und zum anderen, um bei der in der Zeit nach den Wahlen erforderlichen Festigung der Institutionen behilflich zu sein. Auf mittlere und lange Sicht zielt eine solche Hilfe darauf ab, den Zusammenbruch beziehungsweise die Aushöhlung demokratischer Institutionen zu verhindern, zu der es im Zuge des Übergangs zur Demokratie nach ersten Wahlen mitunter kommen kann, und um die Wahlorgane selbst zu stabilisieren.

98. Die Gewährung von Wahlhilfe ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtstrategien des Systems der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung und Demokratisierung. Während der vergangenen acht Jahre hatten die Vereinten Nationen einen erheblichen Anstieg der Zahl und der Komplexität der Wahlhilfeersuchen zu verzeichnen. Seit der Einrichtung der Abteilung Wahlhilfe im Jahr 1992 hat sie bei 150 Wahlvorgängen Hilfe gewährt, wobei ihre Tätigkeit von

der Organisation von Wahlen bis zur Bereitstellung technischer Unterstützung reichte. Für das vergangene Jahr ist die Mitwirkung der Vereinten Nationen an den Wahlvorgängen in Mexiko und Nigeria besonders hervorzuheben.

Sanktionen

99. Die Erfolgsbilanz von Sanktionen als eines Mittels, die Befolgung der Resolutionen des Sicherheitsrats zu bewirken, ist unausgewogen, und die Wirkung von Sanktionen wird seit einigen Jahren zunehmend in Frage gestellt. Im Falle umfassender Wirtschaftssanktionen sind Bedenken über ihre negativen Auswirkungen auf Zivilpersonen und auf Nachbarstaaten geltend gemacht worden, deren Handelsbeziehungen durch die Sanktionen geschädigt werden, die für die entstandenen Nachteile jedoch keinerlei Entschädigung erhalten. Nur allzu oft trugen nicht die autoritären Regierungen die Kosten der gegen sie gerichteten Sanktionen, sondern die Menschen auf der Straße. Paradoxerweise waren es oftmals gerade die politischen Eliten, die Stützpfeiler des Regimes, die von den Schwarzmärkten profitierten, die zur Umgehung der Sanktionen entstanden waren, mit denen Druck auf das Regime ausgeübt werden sollte.

100. Ich teile daher die sich als Konsens unter den Mitgliedstaaten abzeichnende Auffassung, dass die Konzeption, die Durchführung und die Verwaltung der Sanktionen des Sicherheitsrats verbessert werden müssen, um eine raschere und wirksamere Reaktion auf gegenwärtige und künftige Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ermöglichen. In Zukunft sollten Sanktionsregelungen so gestaltet werden, dass sie die größten Aussichten haben, die Befolgung der Resolutionen des Sicherheitsrats durch den Staat zu bewirken, gegen den sich die Sanktionen richten, und dabei gleichzeitig die schädlichen Auswirkungen der Sanktionen auf die Zivilbevölkerung, die Nachbarstaaten und andere betroffene Staaten auf ein Mindestmaß reduzieren.

101. Die im April abgehaltene Aussprache im Sicherheitsrat über die Sanktionsfrage und die anschließende Einrichtung einer informellen Arbeitsgruppe des Rates mit dem Auftrag, allgemeine Empfehlungen zu Verbesserungen im Gebrauch von Sanktionen zu erarbeiten, zeigte die Bereitschaft des Rates, praktische Schritte im Hinblick auf bessere Sanktionsregelungen zu erwägen. Dies ist eine willkommene Entwicklung, die dem Rat die Aufsicht über eine Umgestaltung der Sanktionen zu einem wirksameren Instrument der Abschreckung und der Konfliktverhütung erleichtern sollte.

Abrüstung

102. Abrüstung ist ein entscheidendes Element der Strategie der Vereinten Nationen im Bereich Frieden und Sicherheit. Schritte zur Verringerung der Rüstungsbestände und zur Eindämmung der Verbreitung von Waffen machen die Welt nicht nur sicherer, indem sie die Konfliktneigung sen-

ken, sondern lassen auch die Versuchung für die Staaten geringer werden, sich auf ein kostspieliges Wettrüsten einzulassen. Aus den jüngsten Zahlen geht hervor, dass die weltweiten Rüstungsausgaben 1999 seit dem Ende des Kalten Krieges erstmals angestiegen sind und sich auf insgesamt etwa 780 Milliarden Dollar oder 2,6 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts belaufen.

103. Obwohl beim Abbau von Kernwaffen einige Fortschritte erzielt worden sind – insbesondere die Ratifikation des zweiten Vertrages über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (START-II) durch die Russische Föderation – besteht in der internationalen Gemeinschaft große Besorgnis über die Gefahr, die von diesen Waffen nach wie vor ausgeht. Den Ergebnissen der im Jahr 2000 abgehaltenen Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen kommt daher nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Die unmissverständliche Verpflichtung der Kernwaffenstaaten auf die vollständige Beseitigung ihrer Kernwaffenbestände, die mit neuem Elan unternommenen Anstrengungen, der weltweiten Verbreitung von Kernwaffen Einhalt zu gebieten, sowie die Stärkung der Normen für die friedliche Nutzung der Kernenergie – alle ausschlaggebend für die Sicherheit der Völker der Vereinten Nationen – geben Anlass zu Zuversicht. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Verwirklichung der Universalität des Chemiewaffenübereinkommens und die rasche Aushandlung eines Protokolls zur Stärkung des Biologiewaffenübereinkommens [Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen] sind erreichbare Ziele, für deren Verfolgung ich nachdrücklich eintrete.

104. Obgleich die Zahl der Ratifikationen des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen im vergangenen Jahr zugenommen hat, stehen dem Inkrafttreten des Vertrages nach wie vor Hindernisse entgegen, insbesondere nachdem der Senat der Vereinigten Staaten im Oktober 1999 seine Ratifikation abgelehnt hat. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, die Schlussklärung der im Oktober 1999 abgehaltenen Konferenz über die Erleichterung des Inkrafttretens des Vertrages umzusetzen. Ich rufe daher alle Staaten, insbesondere diejenigen, deren Ratifikation für das Inkrafttreten des Vertrages erforderlich ist, erneut auf, ihn zu ratifizieren.

105. Im vergangenen Jahr habe ich die Aufmerksamkeit auf die Gefahren aus der Entwicklung und Erprobung von Langstreckenflugkörpern gelenkt. Während diese Gefahren noch keineswegs gebannt sind, zeichnet sich bereits ein weiterer Gefahrenbereich ab, nämlich der zunehmende Druck, nationale Flugkörperabwehrsysteme zu installieren. Unter Wissenschaftlern herrscht breite Skepsis darüber, ob solche Systeme jemals effektiv funktionieren können, und

echte Besorgnis, dass ihre Dislozierung zu einem neuen Wettrüsten führen, der nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitungspolitik einen Rückschlag versetzen und neue Anreize für die Verbreitung von Flugkörpern schaffen könnte. Ich gehe davon aus, dass die Staaten diese Faktoren sehr sorgfältig abwägen werden, bevor sie einen Weg einschlagen, der angetan ist, den Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper zu untergraben und die globale Sicherheit eher zu vermindern als zu erhöhen.

106. Was die konventionellen Waffen angeht, so laufen zur Zeit die Vorbereitungen für die für 2001 anberaumte Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten. Da die meisten Menschen in den meisten Kriegen mit diesen Waffen getötet werden, sind die Ergebnisse der Konferenz von höchster Wichtigkeit. Wir müssen die Gefährdung derjenigen vermindern, die durch diese Waffen am meisten bedroht sind, einschließlich der Kinder, die oftmals als Soldaten angeworben werden und diese Waffen gebrauchen. In dem Maße, wie die Staaten strengere Gesetze für die Ausfuhr von Waffen erlassen sowie überschüssige Waffen einsammeln und vernichten, sind bereits jetzt gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Innovative Maßnahmen wie die Programme "Waffen für Entwicklung" und "Waffen für Nahrungsmittel" zeitigen konkrete Ergebnisse als praktische Abrüstungsmaßnahmen auf Gemeinwesenebene. Diese Fortschritte sind der engen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, der Wirtschaft, Gruppen der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft zu verdanken.

107. Die Vereinten Nationen sind eine globale Organisation, doch erkennen sie gleichwohl an, dass regionale Ansätze zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Herstellung größerer Sicherheit spielen können. Die drei Regionalzentren der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung erhielten neuen Aufschwung, sehen sich indessen durch chronische Mittelknappheit in ihrer Wirkung leider auch weiterhin eingeschränkt.

108. Auf der 2000 veranstalteten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen hatten die auf dem Gebiet der Abrüstung tätigen nichtstaatlichen Organisationen eine einmalige Gelegenheit, auf einer eigens zu diesem Zweck veranstalteten Sitzung den Vertragsstaaten ihre Auffassungen darzulegen. Auch im Rahmen des Anti-Minen-Übereinkommens von Ottawa kommt ihnen weiterhin eine zwar inoffizielle, jedoch unerlässliche Überwachungsfunktion zu. Ich vertraue darauf, dass die Mitgliedstaaten den konstruktiven Beitrag der Zivilgesellschaft zur Abrüstung berücksichtigen werden, wenn sie einen Beschluss darüber fassen, in welcher Form die nichtstaatlichen Organisationen an der für 2001 anberaumten Konferenz über Kleinwaffen mitwirken sollen.

Kapitel II

Die Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

109. Das vergangene Jahr war von humanitären Notständen geprägt, die die schlimmsten Voraussagen bei weitem übertrafen. Die langwährenden Konflikte in Afghanistan, Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Kolumbien, Somalia, Sri Lanka und Sudan nahmen unvermindert ihren Fortgang. In der Republik Kongo, im Kosovo, in Osttimor und in Tschetschenien sowie zwischen Äthiopien und Eritrea kam es zur Eskalation beziehungsweise zum Ausbruch von Krisen. Die Situation in Burundi wurde durch die von der Regierung durchgeführten massenhaften Zwangsumsiedlungsprogramme verschärft, und der Gewaltausbruch in Sierra Leone im Mai 2000 hatte schwerwiegende humanitäre Folgen. Die Hauptlast dieser gewalttätigen Konflikte fällt nach wie vor auf Zivilpersonen, die Opfer von gezielten Angriffen, wahllosen Bombardierungen, Vergewaltigung und sexueller Folter, Zwangsumsiedlung, Verwehrung oder Einschränkung des Zugangs zu humanitärer Hilfe sowie zahlreichen anderen Menschenrechtsverletzungen werden.

110. Abgesehen von den genannten komplexen Notsituationen brachten Naturkatastrophen erneut Verheerungen über viele Entwicklungsländer. Neben anderen wurden Indien, die Mongolei, die Türkei, Venezuela und das südliche Afrika von Schneestürmen, Erdbeben, Zyklonen, Schlamm Lawinen und Überschwemmungen schwer getroffen, während sich die Dürre im Horn von Afrika ausbreitete und in Zentralasien schneller als zuvor voranschritt. Die Zahl und der Umfang von Naturkatastrophen nehmen rapide zu und verlangen eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Hilfe für die betroffene Bevölkerung.

Die Koordinierung humanitärer Maßnahmen

111. Im vergangenen Jahr maß sich die verbesserte Koordinierung der internationalen humanitären Maßnahmen an der Anwendung innovativer Ansätze bei den großen Notstandssituationen im Kosovo und in Osttimor sowie an den Herausforderungen, die mit der Gewährung von Schutz für Binnenvertriebene und Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten verbunden sind. In Reaktion auf die humanitäre Krise auf dem Balkan stellte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten Personal ab, das zur Unterstützung der Führungsrolle des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in der Region Koordinierungsaufgaben wahrnahm. Dieses Personal war bei der Schaffung der Notstandsbewältigungsgruppe in Albanien behilflich und richtete später eine interinstitutionelle Koordinierungseinheit und ein Informationszentrum für humanitäre Helfer im Kosovo ein.

112. Auf die Krise in Osttimor reagierte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten mit der unverzüglichen Dislozierung eines hochrangigen Koordinators für humanitäre Angelegenheiten, mit der Aufgabe, ein interinstitutionelles Spezialistenteam zu leiten. In dieser Konfiguration wurden unerlässliche Koordinierungsdienste geleistet, bis der humanitäre Anteil der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor (UNTAET) eingerichtet werden konnte. Darüber hinaus unterstützte das Amt meinen Sonderbeauftragten für Osttimor bei der Konzipierung des humanitären Anteils der UNTAET sowie bei seiner Ausstattung mit Personal und Finanzmitteln für die Anfangsphase.

113. Eine organisationenübergreifende Reaktion auf die rasch wachsende Zahl der Binnenvertriebenen in verschiedenen Ländern wurde erarbeitet, darunter Afghanistan, Angola, Burundi, die Demokratische Republik Kongo und Kolumbien. Der Nothilfekordinator und die Mitglieder des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses bemühten sich darüber hinaus verstärkt um die Verbesserung der Programmkoordination und -ausführung zu Gunsten von Binnenvertriebenen.

114. Da Binnenvertriebene definitionsgemäß Bürger ihres jeweiligen Staates bleiben, werden internationale Antwortmaßnahmen auf konkrete Situationen in Zusammenarbeit mit den Regierungen und den örtlichen Behörden der betroffenen Länder gestaltet. Bereits seit einiger Zeit war es offensichtlich, dass die internationalen Eingreifmechanismen der Überprüfung bedurften und dass eine klarere Verantwortungs- und Rechenschaftshierarchie vereinbart werden musste. Eine Reihe von Überprüfungen wurden durchgeführt, und der Ständige interinstitutionelle Ausschuss erarbeitete ein grundsatzpolitisches Papier über den Schutz von Binnenvertriebenen. Die grundlegende Prämisse dieser Politik besagt, dass in erster Linie die Regierungen der einzelnen Staaten die Verantwortung für die Binnenvertriebenen tragen, es wird jedoch anerkannt, dass in einigen Konfliktsituationen die Behörden möglicherweise nicht in ausreichendem Maße oder gar nicht über die Kapazität oder die Bereitschaft verfügen, ihrer Verantwortung nachzukommen. Das Papier legt daher den humanitären Organisationen nahe, mit einzelstaatlichen und lokalen Behörden sowie mit anderen zuständigen Akteuren zusammenzuarbeiten, um deren Anstrengungen zu Gunsten der Binnenvertriebenen zu unterstützen und zu ergänzen. Mit der Verabschiedung dieser Leitlinien wollte der Ständige interinstitutionelle Ausschuss einige der Unklarheiten ausräumen, die sich wirksamen hu-

manitären Maßnahmen in Krisensituationen in den Weg stellen.

115. Ferner setzt sich der Ausschuss für die Stärkung des rechtlichen und persönlichen Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten ein. Im September 1999 legte ich dem Sicherheitsrat meinen Bericht über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten vor, der 40 Empfehlungen zur Reduzierung der Gefährdungen enthielt, denen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten ausgesetzt sind. Der Bericht wurde der Generalversammlung im November übermittelt. Der Sicherheitsrat hat seither mehrere Resolutionen zur Unterstützung meiner Empfehlungen verabschiedet und sich verpflichtet, besonderes Gewicht auf den Schutz und die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten zu legen. Diese Resolutionen bilden einen wichtigen Meilenstein bei den langwährenden Bemühungen der humanitären Organisationen, dafür Sorge zu tragen, dass die politische Auseinandersetzung mit den Ursachen humanitärer Krisen auf höchster internationaler Ebene erfolgt.

116. Die Reaktionen auf die konsolidierten interinstitutionellen Beitragsappelle für das Jahr 2000 waren bisher enttäuschend. Als am 30. Juni 2000 die halbe Laufzeit der Appelle verstrichen war, standen lediglich 34 Prozent der insgesamt benötigten Mittel zur Verfügung. Dieser Prozentwert liegt unter dem Vergleichswert des Jahres 1999, obwohl die Qualität der Appelle anerkanntermaßen verbessert worden war. Weitere Anstrengungen, den Prozess der konsolidierten Beitragsappelle im kommenden Jahr zu stärken, werden unternommen, und innovativere Ansätze zur Mittelbeschaffung für diese "vergessenen Notsituationen" werden erwo-gen.

117. In den konsolidierten Beitragsappellen für das Jahr 2000 wurde erstmals um die Bereitstellung von Mitteln zur Deckung von Sicherheitserfordernissen gebeten, wobei ein Betrag von 8,5 Millionen US-Dollar für sicherheitsbezogene Aktivitäten in zehn Ländern oder Regionen angesetzt wurde. In allen künftigen konsolidierten Beitragsappellen wird eine umfassende Bilanz der Sicherheitserfordernisse enthalten sein.

118. Im Zuge der Anstrengungen zur Verbesserung der Reaktion der Vereinten Nationen auf die wachsende Zahl von Natur- und Umweltkatastrophen wurden seitens des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in Asien, Lateinamerika und im Pazifik regionale Berater für Antwortmaßnahmen bei Naturkatastrophen eingesetzt. Die Berater leisten Regierungen und regionalen Netzwerken Beratungsdienste und Hilfestellung bei der Naturkatastrophenbereitschaft. Darüber hinaus sind sie bei der Dislokierung von Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen aus der Katastrophenregion und aus anderen Teilen der Welt behilflich.

119. Im Jahr 1999 wurden solche Teams für zwölf Einsätze disloziert. Darüber hinaus half das Amt den Mitgliedern der Internationalen Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste bei der Koordinierung der internationalen Such- und Rettungsteams, die in die Erdbebengebiete in drei Kontinenten entsandt wurden.

120. Mit der Verabschiedung der Resolution 1999/63 des Wirtschafts- und Sozialrats und der Resolution 54/219 der Generalversammlung betreffend künftige Vorkehrungen für Katastrophenvorbeugung erkannten die Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung und die Notwendigkeit an, die Maßnahmen zur Katastrophenvorbeugung unter Führung des Systems der Vereinten Nationen fortzusetzen. Die neue Strategie hilft den Gemeinwesen, die Auswirkungen natürlicher, technischer und ökologischer Gefahren aufzufangen und die sozialen und wirtschaftlichen Kosten zu senken. Außerdem sollen auf diese Weise Risikominderungsstrategien in die Aktivitäten zu Gunsten der nachhaltigen Entwicklung eingebunden werden. Während des vergangenen Jahres wurde zunehmendes Gewicht auf disziplinenübergreifende Katastrophenvorbeugungskonzepte gelegt. Vorrangig ist dabei der Einsatz relevanter wissenschaftlicher und technischer Neuerungen für die Katastrophenvorbeugung und die Einbeziehung von lokalen Entscheidungsträgern und Bürgergruppen in die Erarbeitung zukunftsfähiger, langfristiger regionaler und landesweiter Strategien zur Katastrophenvorbeugung. Eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um das neue disziplinenübergreifende Konzept zu fördern. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) führt den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe für Maßnahmen zur Quantifizierung von Risiko-, Gefährdungs- und Auswirkungsindikatoren; das Umweltprogramm der Vereinten Nationen in einer Arbeitsgruppe über Frühwarnsysteme; und die Weltorganisation für Meteorologie in einer Arbeitsgruppe zur Prognostizierung der sozioökonomischen Auswirkungen künftiger El-Niño-Ereignisse sowie von Klimaänderungen und Klimaschwankungen.

Die Erbringung humanitärer Dienstleistungen

121. Zu den Gebieten, die im vergangenen Jahr humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen erhielten, gehörten Afghanistan, Angola, Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Kolumbien, Kosovo, die Mongolei, Mosambik, Osttimor, die Republik Kongo, Ruanda, die Russische Föderation, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tadschikistan, die Türkei, Uganda, Venezuela und das ostafrikanische Zwischenseengebiet.

122. Im Jahr 1999 gewährte das Welternährungsprogramm (WEP) beinahe 89 Millionen Menschen weltweit Nahrungsmittelhilfe, ein Großteil davon im Rahmen von Nothilfe- und

Wiederaufbaueinsätzen. Die Zahl der Hilfeempfänger liegt um 17 Prozent über der Gesamtzahl für 1998. Etwa 41 Millionen Hilfeempfänger waren Opfer von Naturkatastrophen. Bei weiteren annähernd 18 Millionen handelte es sich um hilfebedürftige Zivilpersonen in Konfliktsituationen, darunter auch Binnenvertriebene und Flüchtlinge.

123. 75 Prozent der Menschen, die das WEP 1999 mit seiner humanitären Tätigkeit erreichte, waren Frauen und Kinder. Bei fast allen laufenden humanitären Einsätzen haben das WEP und seine Partner im Einklang mit der Politik des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses und der vom Welternährungsprogramm selbst verfolgten Politik des "Engagements für die Frau" ihre Anstrengungen darauf ausgerichtet, die geschlechtsspezifischen Aspekte und die sozialen Dimensionen einer labilen Nahrungsmittelversorgung anzugehen, und haben auf diese Weise geschlechtsspezifische Belange in die humanitären Hilfsprogramme eingebunden.

124. Die Reaktion des WEP auf plötzlich einsetzende Krisen wie beispielsweise auf dem Balkan und in Osttimor stellte die Fähigkeit des Programms unter Beweis, die wirksame Koordinierung von Nahrungsmittelhilfe zu erleichtern und die humanitären Partnerorganisationen vom Anbeginn einer solche Krise an auf dem Gebiet der Logistik und der Telekommunikation zu unterstützen. Das WEP und seine Partner sind nunmehr in der Lage, rasch koordinierte Interventionsstrategien zu erarbeiten, die auf die Bedürfnisse der hilfsbedürftigsten Gruppen abstellen.

125. Auf Grund seiner verbesserten Analyse- und Prognosekapazität war das WEP eine der ersten Organisationen, die Ende 1999 Anzeichen für eine drohende, durch die Dürre verursachte regionale Nahrungsmittelkrise im Horn von Afrika entdeckten und die internationale Gemeinschaft auf den Ernst der Lage aufmerksam machten. In Anbetracht der Krise ernannte ich im März 2000 die Exekutivdirektorin des WEP zu meiner Sonderbeauftragten für die Dürre im Horn von Afrika.

126. Die Sicherheit seiner Mitarbeiter bereitet dem Welternährungsprogramm nach wie vor große Sorge. 1999 kamen sieben seiner Mitarbeiter im Feld ums Leben. Das WEP unternimmt weitere Anstrengungen, um seine Mitarbeiter im Feld besser schützen zu können; nahezu alle Mitarbeiter haben mittlerweile eine Sicherheitsschulung durchlaufen.

127. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gibt Frühwarnungen hinsichtlich drohender Ernährungskrisen ab, informiert über Ernten und Nahrungsmittelvorräte, bewertet den Soforthilfebedarf im landwirtschaftlichen Sektor, stellt landwirtschaftliche Produktionsmittel zur Verfügung, damit die Menschen ihre eigenen Nahrungsmittel erzeugen und ihre Abhängigkeit von

der Nahrungsmittelhilfe reduzieren können, ist Regierungen bei der Bewältigung von Krisen behilflich und gewährt im landwirtschaftlichen Bereich tätigen nichtstaatlichen Organisationen technische Beratung.

128. Dank der bereitgestellten Gebermittel und dank ihrer Partner im System der Vereinten Nationen, darunter das WEP, das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, war die FAO gemeinsam mit ihren nichtstaatlichen Partnerorganisationen in der Lage, umfangreiche Kampagnen zur Bereitstellung landwirtschaftlicher Produktionsmittel an Binnenvertriebene, Rückkehrer und Flüchtlinge sowie Programme zur frühzeitigen Normalisierung durchzuführen. Darüber hinaus arbeitet die FAO nach wie vor eng mit dem WEP und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars zusammen, um die Lage von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrern und der Bevölkerung der Gastländer hinsichtlich ihrer Ernährungssicherheit verbessern zu helfen. Die FAO stellte technische Hilfe bei der kartografischen Erfassung von Katastrophen und bei der Einrichtung integrierter Informationsmanagementsysteme zur Katastrophenbewältigung bereit.

129. Zu den Prioritäten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehören nach wie vor die Bereiche Schutzimpfungen, Ernährung, Arzneimittel, Epidemiebekämpfung und psychische Gesundheit. Im vergangenen Jahr lenkte die WHO die Aufmerksamkeit auf gravierende weltweite Gesundheitsgefahren wie Malaria, Kinderlähmung, HIV/Aids und Müttersterblichkeit. Die Anstrengungen zur Überwindung dieser Herausforderungen wurden durch die größere Häufigkeit von Naturkatastrophen und komplexen humanitären Notlagen erschwert. Mit Unterstützung der zentralen Leitungsorgane der Organisation wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Bereitschaft der WHO-Landesbüros zu steigern und die gesundheitlichen Bedürfnisse der Menschen, die von Naturkatastrophen oder auf menschliche Einwirkungen zurückzuführenden Katastrophen betroffen sind, rechtzeitig zu bewerten und zu befriedigen.

130. Im Feld konzentrierte sich die WHO mit verstärkter Unterstützung seitens der Regionalbüros und der Zentrale darauf, aus Erhebungen in den Bereichen Gesundheit und Ernährung die Daten zu beziehen, die für eine koordinierte Planung und Durchführung der Hilfsmaßnahmen in Notsituationen ebenso wie beim Wiederaufbau in der Krisenfolgezeit unerlässlich sind.

131. Im Zeitraum 1999-2000 galten der Ausrottung der Kinderlähmung, der Eindämmung der Malaria, der Erarbeitung neuer Strategien zur Bekämpfung von HIV/Aids sowie der Sicherheit von Müttern und werdenden Müttern in komplexen Notstandssituationen besondere Anstrengungen. Darüber hinaus überwachte die WHO auch weiterhin die gerechte Verteilung der gemäß Resolution 986 (1995) des

Sicherheitsrats nach Irak importierten Güter. In den Gebieten unter palästinensischer Selbstregierung gingen die Arbeiten an der Reform der Gesundheitsversorgungssysteme weiter. Die Stärkung des Dialogs und der Koordinierung zwischen den nationalen und internationalen Akteuren im Gesundheitswesen sowie die Schließung der Lücken zwischen Schadensbeseitigung, Normalisierung und Aufbau des Gesundheitswesens nahmen für die Organisation auch weiterhin hohe Priorität ein.

132. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) gewährte gemeinsam mit seinen Partnern innerhalb der Vereinten Nationen und mit seinen nichtstaatlichen Partnerorganisationen mehr als 48 Millionen Kindern und Frauen, die im vergangenen Jahr von auf menschliche Einwirkungen zurückzuführenden Katastrophen oder Naturkatastrophen betroffen waren, humanitäre Hilfe und Schutz. In Antwort auf die im August 1999 verabschiedete Resolution des Sicherheitsrats, in der die Notwendigkeit größerer und wirksamerer Anstrengungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten betont wurde, erarbeitete das UNICEF ein umfassendes Paket von Programmen und Maßnahmen zu Gunsten von Kindern und Müttern in Not-situationen, das unter anderem die Versorgung von Kleinkindern, die Vorschul- und Primarschulbildung, Freizeitaktivitäten sowie Aufklärung über Gesundheits- und Ernährungsfragen umfasst. Außerdem erhöhte das UNICEF seine Unterstützung von Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen für Kinder in Sierra Leone und in der Demokratischen Republik Kongo und stärkte und erweiterte seine Programme in Angola, in der Demokratischen Republik Kongo, im Kosovo und in Osttimor zur Unterstützung der Zusammenführung von Kindern mit ihren Familien, von denen sie im Zuge der Konflikte getrennt worden waren. Von Konflikten und Vertreibung betroffene Kinder in Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei erhielten psychosoziale Unterstützung. Im Kosovo, in Osttimor und in vielen weiteren Notstandssituationen konnte die Unterstützung, die das UNICEF bei der Grundbildung und der Grundschulbildung gewährte, zur Wiederherstellung einer gewissen Normalität im Leben der Kinder beitragen.

133. Während des gesamten Jahres wurden nationale Impftage veranstaltet, in dem Bemühen, in Afghanistan, Angola, Burundi, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Demokratischen Republik Kongo, in Sudan und in der Vereinigten Republik Tansania die Kinderlähmung auszurotten. Soweit diese Kampagnen in Ländern stattfanden, in denen gewaltsame Konflikte herrschten, arbeitete das UNICEF mit der WHO zusammen, um Tage der Ruhe auszuhandeln, an denen die Kinder gefahrlos geimpft werden konnten.

134. 1999 stellte das UNICEF eine Globale Agenda für Frieden und Sicherheit auf, die als Leitlinie für die interna-

tionalen Anstrengungen zu Gunsten von Kindern und Frauen in bewaffneten Konflikten dienen soll. Der Zielkatalog, den die Exekutivdirektorin dem Sicherheitsrat vorlegte, verlangt ein Ende des Einsatzes von Kindern als Soldaten; den Schutz von Kindern vor den Auswirkungen von Sanktionen; die Aufnahme konkreter Bestimmungen zu Gunsten von Kindern bei der Friedenskonsolidierung; ein Ende der Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen, insbesondere bei denjenigen, die an Kindern verübt wurden; Frühwarn- und Präventivmaßnahmen zu Gunsten von Kindern; sowie die Verbesserung der Sicherheit humanitärer Helfer.

135. Im vergangenen Jahr konzentrierte sich mein Sonderbeauftragter für Kinder und bewaffnete Konflikte darauf, das Engagement der regionalen, zwischenstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Not von Kindern in bewaffneten Konflikten zu wecken und für die Anwendung der maßgeblichen Regeln und Normen einzutreten; das Mindestalter für die Rekrutierung und die Teilnahme von Jugendlichen an bewaffneten Konflikten anzuheben; sich unter besonderer Berücksichtigung der Region Westafrika mit grenzüberschreitenden, Kinder betreffenden Fragen auseinanderzusetzen; darauf hinzuwirken, dass diejenigen vor Gericht gestellt werden, die gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Recht verstoßen; dafür zu sorgen, dass in den Beweisregeln und in der Verfahrensordnung des Internationalen Strafgerichtshofs die Rechte des Kindes geschützt werden; und die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Friedensschaffungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zu fördern.

136. Es ist mir eine Genugtuung, dass der Sicherheitsrat dieses Jahr, aufbauend auf der allgemeineren Resolution 1261 (1999), eine weitere Resolution 1314 (2000) über Kinder verabschiedet hat, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, mit der er eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Schutz dieser Kinder festlegt. Ich freue mich auch, mitteilen zu können, dass auf diese Initiativen hin die Regierungen Burundis, Kolumbiens, Ruandas, Sierra Leones und Sudans Verpflichtungen zum Schutz von Kindern eingegangen sind.

137. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) verbindet humanitäre Strategien mit Entwicklungsstrategien, wenn es für etwa 3,7 Millionen Flüchtlinge in seinen fünf Einsatzgebieten (Jordanien, Libanon, das Westjordanland, der Gazastreifen und die Syrische Arabische Republik) Bildungs-, Gesundheits-, Nothilfe- und soziale Dienste bereitstellt. Im Mai 2000 war es 50 Jahre her, dass das Hilfswerk seine Tätigkeit im Feld aufnahm. Das UNRWA, dessen Arbeit hauptsächlich von seinen mehr als 20.000 engagierten Ortskräften durchgeführt wird, kann nach wie vor eindrucksvolle Ergebnisse vorweisen, die oftmals unter schwierigen Umständen, so auch in Notstands- und Konfliktsituationen, erzielt werden. Gravierende Fehlbeträge bei der Finanzierung des

Haushalts des Hilfswerks wirkten sich jedoch unvermeidlich negativ auf den Umfang und die Qualität seiner Dienstleistungen aus. Wenn sich das Hilfswerk den Herausforderungen stellen soll, denen es sich in den kommenden Jahren mit Sicherheit gegenübersehen wird, muss gesichert sein, dass das UNRWA die freiwilligen Geberbeiträge, von denen es abhängt, auch weiterhin erhält, und dass diese aufgestockt werden.

138. In Anerkennung seiner einzigartigen Rolle bei der Förderung der reproduktiven Gesundheit und der Verhütung sexueller Gewalt in Notstandssituationen wurde der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) im April 2000 Vollmitglied des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses. Nach einer Bewertung des Ausmaßes der an kosovarischen Frauen verübten sexuellen Gewalt richtete der UNFPA ein Büro im Kosovo ein, um die Versorgung auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit wiederherzustellen und um für die Frauen und ihre Familien Beratung und Dienstleistungen bereitzustellen. Die Richtlinien in dem interinstitutionellen Feldhandbuch für reproduktive Gesundheit in Flüchtlingssituationen wurden aktualisiert, und die Mitarbeiter des UNFPA, anderer Organe der Vereinten Nationen, nichtstaatlicher Organisationen und staatlicher Stellen wurden in der Anwendung der Leitlinien unterwiesen und erhielten Schulungen, um sie für die Bedürfnisse der Flüchtlinge auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit zu sensibilisieren. Der UNFPA nahm außerdem an Diskussionen mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze über die Verhütung von HIV-Infektionen bei Friedenssicherungsmissionen teil. Bei seiner Jahrestagung im Juni 2000 billigte der Exekutivrat von UNDP und UNFPA die Verwendung von bis zu einer Million US-Dollar aus dem interregionalen Sonderprogrammfonds des UNFPA als Eigenkapitalbasis für den Erlass von Appellen um außerplanmäßige Ressourcen, die dazu verwendet werden sollen, dieses Problem zu bewältigen.

139. Die Verringerung der Häufigkeit und die Abmilderung der Auswirkungen komplexer Notstandssituationen und Katastrophen, gleichviel, ob es sich dabei um Natur-, Umwelt- oder technische Katastrophen handelt, und die Beschleunigung des Schadensbeseitigungsprozesses mit dem Ziel einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung ist ein fester Bestandteil des allgemeinen Planungsrahmens des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Zu den Hauptzielen bei der Katastrophenvorbeugung und der Schadensbeseitigung gehören eine dauerhafte Minderung der Katastrophengefahr und die Aufrechterhaltung der erzielten Entwicklungsgewinne; die Gewährleistung dessen, dass weniger Menschen durch Katastrophen ihr Leben oder ihre Existenzgrundlagen verlieren und dass die Schadensbeseitigung nach Katastrophen der Festigung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung dient. Zur Verwirklichung dieser Ziele bedient sich das UNDP seines Systems von

ortsansässigen residierenden Vertretern, Regionalbüros und Fachprogrammen, wie etwa der Abteilung Nachhaltige Energie und Umwelt, sowie der von ihm mit getragenen Globalen Umweltfazilität und des Büros für die Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre. Das der Abteilung Notfallmaßnahmen nachgeordnete Programm des UNDP für Katastrophenvorbeugung ist als zentrale Koordinierungsstelle dafür zuständig, sicherzustellen, dass Belange der Katastrophenvorbeugung in die Entwicklungsstrategien einfließen. Ein Kernziel der Abteilung ist die Stärkung der institutionellen Kapazitäten auf allen Ebenen zu Gunsten einer wirksameren Katastrophenbewältigung und zur Förderung und Erarbeitung von Katastrophenvorbeugungsstrategien.

140. Das UNICEF förderte auch weiterhin das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung und setzte sich weiter für seine universelle Ratifikation ein. Das Übereinkommen ist bis zum 21. August 2000 von 133 Ländern unterzeichnet und von 101 ratifiziert worden. In enger Zusammenarbeit mit dem Dienst für Antiminenprogramme der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ist das UNDP für die Unterstützung des Aufbaus nationaler und lokaler Kapazitäten sowie für Maßnahmen zur Bewältigung der sozioökonomischen Folgen von Landminen zuständig. Bei zwölf bereits aktiven UNDP-Programmen und fünf neuen Initiativen ist die UNDP-Gruppe Antiminenprogramme, ein beratendes Element der Abteilung Notfallmaßnahmen, für die Politikausarbeitung, für grundsätzliche Richtlinien und für die operative Unterstützung der Antiminenprogramme des UNDP verantwortlich.

141. Da sich in Konfliktfolgesituationen die Nothilfe-, Normalisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsphasen oftmals überschneiden, bedient sich das UNDP umfassender, integrierter Konzepte für Länder in Krisensituationen beziehungsweise in der Krisenfolgezeit. Humanitäre Strategien und Entwicklungsstrategien, die auf die Krisenverhütung, die Folgenmilderung und die Förderung einer nachhaltigen Erholung abstellen, müssen aufeinander abgestimmt sein, wenn sie Erfolg haben sollen. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind Kapazitätsaufbau, Wiederaufbau der Infrastruktur, Förderung der Rechtsstaatlichkeit und sowohl Vertriebenen als auch örtlichen Gemeinden dienende Wiedereingliederungsprogramme zu einem festen Bestandteil der UNDP-Tätigkeit in Konfliktfolgesituationen gemacht worden.

142. In allen Ländern bedient sich das UNDP des Systems der residierenden Koordinatoren und legt dabei den Schwerpunkt auf gemeinsame Planung, auf nachfrage- anstelle von institutionsorientierten Bewertungen des Bedarfs und der vor Ort vorhandenen Kapazitäten, auf die Wichtigkeit einer klar vereinbarten Arbeitsteilung im Wege interinstitutioneller

Zusammenarbeit, und auf die Notwendigkeit flexiblerer Finanzierungssysteme für die Programmgestaltung in Übergangsphasen. Es wird alles getan, um die zentrale Position der einzelstaatlichen Behörden bei der Steuerung und Verwaltung dieser Prozesse zu untermauern und alle internationalen Akteure in einen gemeinsamen, inklusiven und partizipatorischen Ansatz einzubeziehen.

143. Seit Ende 1996 gab das vom Sicherheitsrat eingerichtete und von dem Büro für das Irak-Programm verwaltete Programm "Öl für Lebensmittel" Irak die Möglichkeit, sein Erdöl zu verkaufen und zwei Drittel des Erlöses mit Billigung des Sanktionsausschusses für den Ankauf humanitärer Hilfsgüter und neuerdings auch von Ersatzteilen und Ausrüstungsgegenständen für die beschädigte Infrastruktur, einschließlich der Erdölindustrie, zu verwenden. Dreißig Prozent verwendet die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen in Genf für Wiedergutmachungszahlungen im Anschluss an den Krieg. Die festgesetzten strengen Obergrenzen für den Wert des Erdöls, das in einem jeweiligen 180-Tage-Zeitraum verkauft werden durfte, wurden 1998 gelockert und 1999 vollständig aufgehoben. Bis Ende Juli 2000 hatte Irak Erdöl im Wert von 32 Milliarden Dollar verkauft und Güter im Wert von 8 Milliarden Dollar erhalten; weitere Güter im Wert von 5 Milliarden Dollar wurden genehmigt und sind unterwegs. Dennoch leidet die Bevölkerung Iraks nach wie vor unter den Auswirkungen der Sanktionen.

Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen

144. Obgleich sich die Zahl der Flüchtlinge und der unter der Obhut des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stehenden Personen zwischen dem Beginn und dem Ende des Jahres 1999 nur geringfügig veränderte (21,5 Millionen gegenüber 22,3 Millionen), war 1999 dennoch ein Jahr großer Herausforderungen. Konflikte im Kosovo, in Osttimor und Tschetschenien (Russische Föderation) dominierten die Berichterstattung der Medien und nahmen einen Großteil der Ressourcen des Flüchtlingsamts in Anspruch; gleichzeitig gab es auf der ganzen Welt viele weitere humanitäre Krisen, vor allem in Afrika, die von den Medien weniger Aufmerksamkeit erhielten. Diese disparaten Situationen brachten nicht nur für das Flüchtlingsamt der Vereinten Nationen, sondern auch für die übrigen humanitären Hilfsorganisationen Dilemmas und schwierige Entscheidungen mit sich.

145. Im Kosovo kam es nach der Ende März 1999 entstandenen massiven Notstandssituation, die zum Exodus von mehr als 800.000 Menschen führte, zehn Wochen später zu dem spektakulärsten Bevölkerungsrückfluss unserer Zeit; er zwang die humanitären Organisationen, von breit angelegten Nothilfemaßnahmen auf die Unterstützung der Rückführung

und Wiedereingliederung der Flüchtlinge umzuschwenken. Die Fortdauer der ethnischen Gewalt im Kosovo, vornehmlich seitens ethnischer Albaner gegen die Minderheiten der Serben und Roma, machte eines der erklärten Ziele des internationalen Eingreifens, nämlich die Erhaltung der multi-ethnischen Gesellschaft im Kosovo, zunichte. Vor diesem problematischen Hintergrund versucht das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars, einen reibungslosen Übergang zum längerfristigen Wiederaufbau herzustellen, und es hat seine Verantwortung als Führungsinstanz der humanitären Komponente der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo an die Komponenten Zivilverwaltung und wirtschaftlicher Wiederaufbau übertragen. In anderen Gebieten der Region gab es im ersten Halbjahr 2000 ermutigende Anzeichen für die Rückkehr von Minderheitengruppen nach Bosnien und Herzegowina und nach Kroatien.

146. Der bittere Konflikt in Osttimor führte zur Vertreibung von mehr als 75 Prozent der Bevölkerung, die größtenteils die Grenze zu Westtimor überquerte. Nach der Dislozierung der von Australien angeführten multinationalen Truppe im Oktober begannen Tausende von Flüchtlingen, in ihre Heimat zurückzukehren. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars und seine Partner gewährten etwa 160.000 Flüchtlingen Schutz und Hilfe, die auch umfangreiche Wiederaufbauarbeiten der Wohnbauten in Osttimor umfasste. Die weiterhin andauernde Einschüchterung von Flüchtlingen in den Lagern in Westtimor machte eine fortgesetzte humanitäre Hilfe in der Region notwendig.

147. Die Situation in Bezug auf Tschetschenien spitzte sich im zweiten Halbjahr 1999 akut zu und führte zur Flucht von mehr als 200.000 Menschen in die benachbarten Republiken; mehrere tausend weitere Menschen flohen nach Georgien und andere in das weiter entfernt liegende Kasachstan. In enger Zusammenarbeit mit seinen Partnern im System der Vereinten Nationen, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie den nichtstaatlichen Organisationen gewährte das Flüchtlingsamt diesen Binnenvertriebenen und Flüchtlingen trotz beträchtlicher operativer Zwänge weiterhin Hilfe. Flüchtlinge, die freiwillig nach Tschetschenien zurückkehren, erhalten in begrenztem Umfang ebenfalls Hilfe.

148. Durch die in den ersten Monaten des Jahres 2000 eingetretene Verschärfung des Krieges zwischen Äthiopien und Eritrea wurden nahezu 100.000 Menschen gezwungen, aus Eritrea nach Sudan zu fliehen; gleichzeitig wurden weitere Hunderttausende zu Binnenvertriebenen. Seit Beginn dieses Konflikts vor über zwei Jahren haben mehr als eine Million Menschen in beiden Ländern ihre Heimstätten verlassen. Auf Grund der von der Organisation der afrikanischen Einheit im Juni 2000 vermittelten Waffenruhe bestand Hoffnung, dass ein dauerhafter Friede geschaffen und Lösungen für die Opfer gefunden werden könnten. Im

Juli 2000 erließ das Flüchtlingsamt einen Beitragsappell für die Deckung der Bedürfnisse der Rückkehrer. Mittlerweile wird an Plänen gearbeitet, um die Rückführung anderer seit vielen Jahren in Sudan ansässiger eritreischer Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Das Programm war wegen des erneuten Auflebens des Konflikts ausgesetzt worden.

149. Außerhalb des Rampenlichts der Medienöffentlichkeit fanden viele weitere Flüchtlingsbewegungen statt; die internationale Reaktion, insbesondere zur Unterstützung von Friedensbemühungen, kann jedoch nur als schleppend, zögerlich und bruchstückhaft bezeichnet werden. Im ostafrikanischen Zwischenseengebiet führte der Umstand, dass in der Demokratischen Republik Kongo die Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften der Regierung und der Rebellenbewegung trotz der im Juli 1999 geschlossenen Waffenruhevereinbarung von Lusaka weiter andauerten, dazu, dass mehr als 136.000 Menschen in die Nachbarländer flohen und dass Sambia und die Vereinigte Republik Tansania Tausende von Neuankömmlingen aufnehmen mussten. Verstärkte Rebellaktivitäten in Burundi zogen neue Flüchtlingsbewegungen in die Vereinigte Republik Tansania nach sich; die Zahl der dort anwesenden Flüchtlinge aus Burundi erhöhte sich dadurch auf nahezu eine halbe Million. Obgleich sich die Lage in der Republik Kongo geringfügig besserte, flohen weitere 49.000 Kongolesen in die benachbarte Demokratische Republik Kongo. Auch Gabun wurde mit dem plötzlichen Zustrom von mehr als 12.000 Flüchtlingen aus der Republik Kongo konfrontiert. Die Liste dieser und anderer, vielfach seit langer Zeit bestehender Flüchtlingssituationen ist bedrückend lang. In Westafrika flohen 1999 mehr als 15.000 Sierra-Leoner und 8.000 Liberianer nach Guinea; die Gesamtzahl der Flüchtlinge in diesem Land beläuft sich damit heute auf weit über 460.000. Dies führte zu umfangreichen Forderungen nach humanitärer Hilfe, und trotz des Friedensabkommens von Lomé vom Mai 1999 besteht kaum Aussicht auf eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge.

150. Die Eskalation des bewaffneten Konflikts in Sri Lanka seit März 2000 hat die Zahl der Binnenvertriebenen auf der Jaffna-Halbinsel auf 170.000 anwachsen lassen, wobei das Schicksal der in den Konfliktgebieten eingeschlossenen Zivilpersonen Anlass zu Besorgnis gab. Gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz leisten das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars und seine Partner den Bedürftigen auch weiterhin Katastrophenhilfe.

151. Im Südwesten Afghanistans und in den benachbarten Gebieten Pakistans und der Islamischen Republik Iran herrscht die schlimmste Dürre seit 30 Jahren, was die Auslieferung von Hilfsgütern an die Flüchtlinge, die vielfach seit Jahren auf die Möglichkeit zur Rückkehr in ihre Heimat warten, noch weiter erschwert. Positiver ist die Einleitung eines gemeinsam mit der Regierung der Islamischen

Republik Iran durchgeführten Programms zur freiwilligen Rückführung afghanischer Flüchtlinge zu sehen, durch das seit April 2000 etwa 29.000 Personen repatriert werden konnten. Das Programm ist inzwischen, weitgehend aus Gründen im Zusammenhang mit der Dürre, ausgesetzt worden.

152. Die Herausforderungen, die sich im nächsten Jahr stellen werden, sind nach wie vor überwältigend groß. Zu den schwerwiegendsten zählt noch immer die Not der Binnenvertriebenen. Besonders besorgniserregend ist dabei die wachsende Tendenz, humanitären Organisationen über lange Zeiträume hinweg den Zugang zu Kriegsgebieten zu verwehren, was das Leid der Opfer unter der Zivilbevölkerung noch erhöht. Die Gewährleistung der Sicherheit stellt weitere große Herausforderungen an uns, namentlich im Hinblick auf den Schutz der Flüchtlinge und der zu ihren Gunsten durchgeführten Einsätze; die Sicherheit von Flüchtlingsgebieten; die Staaten, deren Sicherheit durch massive Bevölkerungsbewegungen gefährdet ist; sowie das Wohl des humanitären Personals. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, mit denen umfassende Lösungen für diese Probleme entwickelt werden sollen, darunter auch eine Strategie zur Verbesserung der Sicherheitslage in den Flüchtlingsgebieten, -lagern oder -siedlungen. Der Schwerpunkt liegt dabei in zunehmendem Maße auf der Verhütung. Zu diesem Zweck ist das Amt zur Zeit dabei, mit mehreren Regierungen Verfügungsbereitschaftsabkommen zu schließen, in deren Rahmen Sachverständige für öffentliche Sicherheit bereitgestellt und zu Beginn einer Flüchtlingskrise als fester Bestandteil der Nothilfe Teams des Amtes eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus hat sich die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze bereit erklärt, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen Situationen zu evaluieren, in denen ein Sicherheitsmanko besteht und die eine Bedrohung des regionalen Friedens und der regionalen Sicherheit darstellen, und ein entsprechendes Vorgehen zu empfehlen.

153. Bei einem weiteren wichtigen Vorhaben im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Schutz der Flüchtlinge geht es um die Bekräftigung des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge als der universalen Grundlage des Flüchtlingssschutzes. Der fünfzigste Jahrestag der Verabschiedung des Abkommens fällt in das kommende Jahr und schließt sich an das fünfzigjährige Gründungsjubiläum des Flüchtlingsamtes im Dezember 2000 an. Im Hinblick auf eine Stärkung der Flüchtlingssschutzpolitiken wird das Flüchtlingsamt demnächst einen globalen Konsultationsprozess mit hochrangigen Regierungsvertretern und Sachverständigen für den Flüchtlingssschutz einleiten. Ein Kernanliegen wird dabei sein, die Bestimmungen für den Flüchtlingssschutz in Situationen zu klären, die nicht vollständig von dem Abkommen von 1951 erfasst werden.

Kapitel III

Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklung in einer zunehmend globalen Welt

154. Während wir uns den komplexen und tiefgreifenden Veränderungen stellen, die die Globalisierung mit sich bringt, muss die Beseitigung der Armut auf der ganzen Welt auch in Zukunft das oberste Entwicklungsziel der Vereinten Nationen bleiben. Das wichtigste Mittel zu seiner Verwirklichung ist die Förderung eines nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums, was wiederum offene Märkte und die stabilen Rechts- und Aufsichtsinstitutionen erfordert, die die Märkte benötigen, um zu gedeihen. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung ist eine Entwicklungsfinanzierung in ausreichender Höhe. Für die ärmsten Länder, denen es schwer fällt, Privatkapital anzuziehen, bedeutet das, dass sie auch weiterhin auf die öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen sind. Wirksame soziale Entwicklungspolitiken auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, die auch für sich genommen bereits wichtige Ziele der Vereinten Nationen sind, tragen ebenso zum Wachstumsprozess bei.

155. An der Schwelle des neuen Jahrtausends gewinnt die Auseinandersetzung über Kosten und Nutzen der Globalisierung zunehmend an Intensität. Die gewaltsamen Proteste anlässlich der Tagung der Welthandelsorganisation in Seattle Ende 1999 und die anschließenden Demonstrationen gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington zeugen von der Kontroverse, die diese Frage umgibt. Das Unbehagen äußert sich aber nicht nur auf der Straße. In vielen Entwicklungsländern werden Bedenken gegen die Auswirkungen der Globalisierung erhoben. Viele davon kamen auf der zehnten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) im Februar zum Ausdruck. Auf dieser Konferenz wurde eine Reihe von Fragen behandelt, die im Zentrum der Globalisierungsdebatte stehen, und die nachdrückliche Forderung erhoben, die Vorteile der Globalisierung sowohl mehr Ländern als auch breiteren Kreisen innerhalb der einzelnen Länder zugute kommen zu lassen.

156. Während des vergangenen Jahres nahm ich an einem intensiven Reflexionsprozess über die institutionellen und grundsatzpolitischen Auswirkungen der Globalisierung teil. Auf einer Tagung mit den Leitern der zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen im vergangenen April kristallisierten sich zwei Fragestellungen heraus: Erstens, wie können wir sicherstellen, dass alle Länder effektiv am weltweiten Handelssystem teilhaben? Zweitens, wie binden wir die Förderung unserer sozialen und ökologischen Ziele in unsere Wirtschafts- und Finanzstrategien ein?

157. Diese kritischen Fragestellungen sind im vergangenen Jahr im gesamten System der Vereinten Nationen aufgegriffen worden. So hat sich zum Beispiel der Wirtschafts- und Sozialrat vorrangig mit dem Zusammenhang zwischen Globalisierung und Armutsbekämpfung auseinandergesetzt. Schwerpunkt der im April 2000 auf hoher Ebene abgehaltenen Sondertagung des Rates und der Bretton-Woods-Institutionen war die Stärkung der Finanzvereinbarungen sowie die Armutsbeseitigung. Das Abklingen der Wirtschafts- und Finanzkrisen der späten neunziger Jahre eröffnet uns die Gelegenheit, Reformen, namentlich die Reform von Teilen der internationalen Finanzarchitektur, auf die Tagesordnung zu setzen. Die systemweite Auseinandersetzung mit diesen Fragen findet weiterhin statt.

158. Auf der Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Juli wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Entwicklungs-, Finanz-, Handels- und Sozialpolitik wirksamer zu integrieren und eine bessere Koordinierung zwischen dem System der Vereinten Nationen, den Bretton-Woods-Institutionen und der Welthandelsorganisation herbeizuführen. Die Herbeiführung größerer Politikkohärenz und einer konsistenteren Entscheidungsfindung der verschiedenen zwischenstaatlichen Organe steht jedoch nach wie vor als schier unüberwindliche Aufgabe vor uns.

159. Die Beratungen im Wirtschafts- und Sozialrat fanden vor dem Hintergrund des weltweiten Aufschwungs nach den Wirtschaftskrisen der beiden vorangegangenen Jahre statt. Der von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten erstellte *World Economic and Social Survey 2000* (Welt-Wirtschafts- und Sozialüberblick 2000) stellt auch für die kommenden Jahre ein solides Wachstum der Weltwirtschaft in Aussicht. Das globale Finanzsystem ist jedoch noch immer anfällig für Störungen, und viele der Probleme, die die Krise 1997 in Asien ausgelöst beziehungsweise verschärft hatten, harren weiterhin einer Lösung. Selbstzufriedenheit wäre fehl am Platze, und Reformbedarf besteht weiterhin.

Entwicklungsfinanzierung

160. Die für 2001 geplante Tagung auf hoher Ebene über Fragen der Entwicklungsfinanzierung wird Gelegenheit bieten, Fortschritte in einer Reihe grundsatzpolitischer Maßnahmen zu Gunsten der finanziellen Stabilität und zur Krisenprävention zu erzielen. Ich messe der Arbeit des Vorbereitungsausschusses für diese Tagung, die erste weltweite Konsultationstagung der Finanz-, Handels- und Entwicklungsorganisationen über Fragen von gemeinsamem Belang

und Interesse, große Bedeutung bei. Es ist ermutigend, dass sich der Vorbereitungsausschuss in großen Zügen bereits auf eine Tagesordnung geeinigt hat, auf der auch die Frage der Mobilisierung innerstaatlicher und internationaler Ressourcen für Entwicklung, Handel, Entwicklungshilfe und Schuldenerleichterungen steht.

Die Notwendigkeit verlässlicher statistischer Informationen

161. Wirksame Entwicklungspolitiken erfordern verlässliche statistische Daten, doch die unterschiedlichen und oft unzureichenden statistischen Kapazitäten einzelner Länder machen die Aufstellung standardisierter statistischer Indikatoren zu einer ungemein schwierigen Aufgabe. Dem Rechnung tragend, hat der Wirtschafts- und Sozialrat die internationalen Organisationen aufgefordert, die Aufstellung und Verbreitung statistischer Indikatoren besser zu koordinieren. Außerdem hat er den verstärkten Aufbau statistischer Kapazitäten auf einzelstaatlicher Ebene gefordert. Die fünfzehnte Sachverständigentagung über das Programm der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung und Finanzen im Mai 2000 kam ebenfalls zu dem Schluss, dass die qualitative Verbesserung der den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stehenden Informationen eine grundlegende Voraussetzung für die Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung darstellt.

162. Diesen Forderungen entsprechen die Vereinten Nationen gegenwärtig dadurch, dass sie den Kapazitätsaufbau in nationalen statistischen Ämtern, insbesondere bei der Durchführung von Vollerhebungen, unterstützen. Des Weiteren tragen wir zur Stärkung der statistischen Kapazitäten in mehreren Subregionen bei, namentlich im Raum der Karibischen Gemeinschaft und des Verbandes Südostasiatischer Nationen.

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

163. Im Laufe der letzten Jahre haben die Vereinten Nationen einen regelmäßigen Dialog mit einem breiten Spektrum der am Entwicklungsprozess beteiligten Akteure geführt, insbesondere mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und in zunehmendem Maße mit dem Privatsektor. Im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit dem Privatsektor eine Reihe wichtiger Initiativen verfolgt. Die von der *Bill and Melinda Gates Foundation* unterstützte Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung und die mit großen pharmazeutischen Unternehmen getroffene Vereinbarung, den Entwicklungsländern HIV/Aids-Medikamente zu niedrigeren Kosten bereitzustellen, sind zwei herausragende Beispiele. Der Globale Pakt, dessen Partner Ende Juli erstmals zusammentrafen, ist lediglich der jüngste Beweis für die wachsende Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

Verbesserung der operativen Leistung

164. Auf der Grundlage des 1997 von mir eingeleiteten Reformprogramms macht das System der Vereinten Nationen stetige Fortschritte bei der Verbesserung der Kohärenz und Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere auf der Landesebene. Seit Mai 1999 haben sich 17 Länder an dem Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen beteiligt, und weitere 38 werden vor Ablauf des Jahres hinzukommen. Bislang wurden 37 gemeinsame Landesbewertungen der nationalen Entwicklungsbedürfnisse abgeschlossen, und 55 weitere werden derzeit durchgeführt. 19 weitere Bewertungen befinden sich in der Planungsphase.

Beseitigung der Armut

165. Obwohl im Laufe des letzten Jahrzehnts erhebliche Fortschritte bei der Auseinandersetzung mit dem Armutsproblem erzielt wurden, insbesondere in Asien, muss die Hälfte der Weltbevölkerung noch immer mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. Etwa 1,2 Milliarden Menschen müssen ihren Lebensunterhalt mit weniger als einem Dollar pro Tag bestreiten. Bei der Fünfjahresüberprüfung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung wurde die internationale Gemeinschaft auf das Ziel verpflichtet, den Anteil der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, bis 2015 zu halbieren. Diese Verpflichtung muss jetzt wirksam in die Tat umgesetzt werden. Das für 2015 gesetzte Ziel muss im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Entwicklungsbemühungen stehen, und ich fordere die Millenniums-Generalversammlung auf, sich dieses Ziel zu eigen zu machen und die notwendigen Mittel zu seiner Verwirklichung bereitzustellen.

166. Im Juli 2000 wurde der Gruppe von acht großen Industriestaaten auf ihrem Gipfeltreffen in Okinawa ein Bericht mit dem Titel *A Better World For All: Progress towards the International Development Goals* (Eine bessere Welt für alle: Fortschritte bei der Verwirklichung der internationalen Entwicklungsziele) vorgelegt. Der auf Ersuchen der G-8 erstellte Bericht ist das Ergebnis einer bisher einmaligen Kooperation zwischen den Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Er zeichnet ein Bild der Fortschritte bei der Verwirklichung der sieben miteinander verknüpften internationalen Entwicklungsziele, die auf den VN-Konferenzen der neunziger Jahre gesteckt wurden.

167. Wie aus dem Bericht hervorgeht, haben einige Länder und Regionen Fortschritte erzielt, wohingegen andere auch weiterhin zurückbleiben. In dem Schreiben, mit dem ich der G-8 den Bericht zuleitete, forderte ich eine Verpflichtung zur Gewährleistung finanzieller Stabilität; Politiken zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, das den Armen zugute kommt; höhere Investitionen in

den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Dienste; eine stärkere Öffnung des Handels; besseren Marktzugang und eine wirksamere Technologieverbreitung, verbunden mit dem Fachwissen und der Fähigkeit zum Technologieeinsatz.

168. Ein erweiterter Ressourcenzugang, verknüpft mit geeigneten Politiken, die sicherstellen, dass diese Ressourcen optimal genutzt werden, ist unerlässlich für die Entwicklungsförderung. Vor allem aber brauchen wir eine erneute Verpflichtung seitens der Entwicklungs- und der Industrieländer, auf dem Papier stehende Ziele in konkrete Ergebnisse umzusetzen.

169. Der Auslandshilfe wird auch weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Entwicklungsförderung zukommen, insbesondere in denjenigen Ländern, denen es nicht gelungen ist, Privatkapital anzuziehen. Ich habe die G-8-Länder nachdrücklich aufgefordert, sich erneut darauf zu verpflichten, den Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe umzukehren und die weltweit vereinbarten Zielwerte von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts beziehungsweise 0,15 Prozent für die am wenigsten entwickelten Länder zu erfüllen. Außerdem habe ich allen Seiten eindringlich nahe gelegt, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den bereits eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf Schuldenerleichterungen nachzukommen.

170. Die Bekämpfung der Armut ist eine komplexe und schwierige Aufgabe. Zur Klarstellung unserer Prioritäten hat eine Arbeitsgruppe der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung unter dem Vorsitz des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) den Entwurf einer systemweiten Strategie zur Armutsreduzierung ausgearbeitet. Praktische Möglichkeiten zur Umsetzung der Strategie durch Landesteamts werden derzeit entwickelt.

Bildung

171. Wie ich in meinem Millenniums-Bericht betont habe, ist die Bildung von Mädchen ein wichtiger Faktor der Armutsbeseitigung. Auf mein Ersuchen hin hat die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung eine informelle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) eingerichtet, mit dem Auftrag, eine Zehnjahresinitiative zu Gunsten der Bildung von Mädchen zu entwerfen. Auf dem im April in Dakar abgehaltenen Weltbildungsforum habe ich den Startschuss zu dieser Initiative gegeben.

172. Die Initiative setzt fünf strategische Ziele und wird den im System der Vereinten Nationen unternommenen Bemühungen zur Förderung der Bildung von Mädchen größere Kohärenz verleihen. Sie ist hauptsächlich dafür vorgesehen, diejenigen Regierungen zu unterstützen, die sich darauf verpflichtet haben, das Bildungsgefälle zwischen Jungen und Mädchen zu überwinden.

Gesundheit

173. Der Schutz und die Verbesserung der Gesundheit, insbesondere der Armen und Benachteiligten, sind unerlässlich für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Keine Gesellschaft kann gedeihen, wenn ihre Mitglieder nicht gesund sind. Kinder können nicht lernen und Erwachsene nicht ihrer Arbeit nachgehen, wenn sie krank werden. Für Haushalte, deren Verdienner erkranken oder vorzeitig sterben, sind die Folgen verheerend. Der Schutz und die Verbesserung der Gesundheit ist eine Entwicklungsfrage und wird von der Weltgesundheitsorganisation in ihrem Strategierahmen für Gesundheit und Armutsreduzierung, der auf Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen abstellt, auch als solche anerkannt.

174. Gegenwärtig laufen einige bedeutsame Gesundheitsinitiativen mit Partnerschaften zwischen VN-Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören die Anti-Malaria-Kampagne "Roll Back Malaria" und die Anti-Tuberkulose-Kampagne "Stop Tuberculosis", ein Programm zur Senkung der Müttersterblichkeitsraten mittels eines erweiterten Zugangs zu geburtshilflicher Notversorgung in den Entwicklungsländern und die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung.

Verstädterung

175. Im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte wird sich die in Städten lebende Bevölkerung weltweit von 2,5 auf 5 Milliarden Menschen verdoppeln. Nahezu der gesamte Zuwachs wird in den Entwicklungsländern erfolgen. Es ist wichtiger Bestandteil jeder umfassenden Armutsbekämpfungspolitik, die Verstädterungsdynamik zu verstehen und zu steuern sowie sich mit Fragen des Pachtschutzes auseinanderzusetzen. Im Hinblick darauf sind vom Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) zwei Initiativen in die Wege geleitet worden: die "Weltweite Kampagne für eine gute Stadtverwaltung" und die "Weltweite Pachtschutz-Kampagne". Die Weltbank und das Habitat bauen derzeit ein weltweites Städtebündnis auf, und ihr Entwicklungsprogramm umfasst den Aktionsplan "Cities without Slums" (Städte ohne Elendsviertel), der unter der Schirmherrschaft von Nelson Mandela steht. Das Programm will bis zum Jahr 2020 die Lebensbedingungen von 100 Millionen Slumbewohnern in den Entwicklungsländern verbessern.

Eine wirksamere Zusammenarbeit

176. Mit der Einführung der Strategiepapiere zur Armutsreduzierung durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds wird eine Gesamtsteigerung der Hilfe bewirkt, die das System der Vereinten Nationen Regierungen gewährt, die entschlossen sind, ihre eigenen Strategien zur Verringerung der Armut zu verstärken. Mit der Präsenz und

der Erfahrung der Vereinten Nationen sowie durch den Einsatz solcher Mittel wie der gemeinsamen Landesbewertung und des Entwicklungshilfe-Programmrahmens der Vereinten Nationen können wir den einzelnen Regierungen dabei helfen, die Wirksamkeit der ihnen gewährten Entwicklungshilfe zu steigern. Die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben vereinbart, die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte in 14 Ländern gemeinsam zu überwachen. In absehbarer Zeit soll diese Ländergruppe mehr als 20 Länder umfassen.

Nachhaltige Entwicklung

177. Die nachhaltige Entwicklung verfolgt vordringlich eine zweifache Zielsetzung: den wirtschaftlichen Bedürfnissen der heutigen Generation Genüge zu tun, ohne künftigen Generationen die Fähigkeit zu nehmen, ihren Bedürfnissen ebenfalls gerecht zu werden, und dabei gleichzeitig die Umwelt zu schützen. Leider sind wir weit davon entfernt, diese Ziele zu erreichen.

178. Die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir das Ziel der Nachhaltigkeit erreichen wollen, sind komplexer und vielschichtiger Natur. Wo Länder um die Überwindung von Finanzkrisen, die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und die Anhebung der Einkommen kämpfen, wird Umweltbelangen geringerer Stellenwert eingeräumt. Unsere Anstrengungen werden durch wachsende Umweltzerstörung, Umweltverschmutzung, Verzögerungen bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen, Erschöpfung der Ressourcenbasis und Bedrohung der biologischen Vielfalt in Frage gestellt, Probleme, die durch ein auf Dauer nicht tragbares Konsumverhalten in den entwickelten Ländern und durch armutsbedingte Umweltbelastungen in den Entwicklungsländern noch verschärft werden.

179. Die mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum verbundene Belastung für die materiellen Ressourcen unseres Planeten lassen diese Herausforderungen noch schwieriger werden. Aus dem mittleren Szenario der langfristigen Weltbevölkerungsprojektion, die die Abteilung Bevölkerungsfragen der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Dezember 1999 herausgegeben hat, geht hervor, dass die Weltbevölkerung von 6 Milliarden im Jahr 1999 wahrscheinlich auf 9,7 Milliarden im Jahr 2150 anwachsen wird, bevor sie sich bei etwas über 10 Milliarden stabilisiert. Praktisch das gesamte Bevölkerungswachstum zwischen heute und dem Jahr 2030 wird in den städtischen Gebieten der weniger entwickelten Regionen zu verzeichnen sein.

180. Innerhalb der Vereinten Nationen fungiert die Kommission für Nachhaltige Entwicklung als wichtigstes hochrangiges zwischenstaatliches Forum für die Förderung inte-

grierter, übergreifender Vorschläge zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung. Seit ihrer Einsetzung und dank der von ihr in letzter Zeit geführten Politikdebatten mit Interessengruppen nimmt die Kommission eine Schlüsselposition als Forum für die Intensivierung des Politikdialogs und die Überwachung der Fortschritte im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung ein.

181. Unter den verschiedenen unter der Schirmherrschaft der Kommission durchgeführten Programmaktivitäten ist die Arbeit des Zwischenstaatlichen Forums über Wälder besonders bemerkenswert. Das Forum, das im Februar 2000 seine vierte Tagung erfolgreich abgeschlossen hat, befasst sich namentlich mit Waldfragen unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Waldwirtschaft, wobei es nicht nur auf die der Entwaldung zugrunde liegenden Ursachen, sondern auch auf den Handel mit Waldprodukten und den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente zur Walderhaltung eingeht. Was die Zukunft betrifft, hat das Forum die Schaffung neuer internationaler Gremien, darunter ein Forum der Vereinten Nationen für Wälder, vorgeschlagen, um die Umsetzung international vereinbarter, die Wälder betreffender Maßnahmen zu fördern und einen kohärenten, transparenten und partizipatorischen weltweiten Rahmen für nachhaltige Waldwirtschaft zu bieten.

182. Auf ihrer achten Tagung im April und Mai 2000 hat die Kommission für Nachhaltige Entwicklung einen Katalog landwirtschaftlicher Themen und die Frage einer integrierten Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen behandelt. Im Zuge hochrangiger Zusammenkünfte führten Landwirtschafts-, Umwelt-, Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfeminister einen offenen und in die Tiefe gehenden Dialog über Probleme im Bereich Bodenressourcen sowie über nachhaltige Landwirtschaft, Handel, Wirtschaftswachstum und Globalisierung. Diese unter Einbeziehung vieler Interessengruppen geführten Dialoge geben auch repräsentativen Organisationen der Zivilgesellschaft und Privatunternehmen Gelegenheit, Regierungsvertretern die Probleme und Lösungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht heraus darzustellen.

183. Des Weiteren erörterte die Kommission die bevorstehende Zehnjahresüberprüfung der Ergebnisse der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro, 1992) und betonte die Notwendigkeit frühzeitiger und wirksamer Vorbereitungen. Sie empfahl der Generalversammlung, zu erwägen, die Überprüfungs-konferenz 2002 als Gipfeltreffen zu veranstalten, und zwar vorzugsweise in einem Entwicklungsland. Die Zehnjahresüberprüfung bietet eine wichtige Gelegenheit, erneut zu bewerten, welche Fortschritte auf dem Wege zur Verwirklichung der von der Konferenz gesetzten ehrgeizigen Ziele gemacht wurden beziehungsweise ausgeblieben sind. Die internationale Gemeinschaft muss diesen Anlass unbedingt nutzen, um die globa-

len Partnerschaften neu zu beleben, die zur Verwirklichung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung notwendig sind.

184. Die Eröffnungstagung des Globalen Forums der Umweltminister – die sechste Sondertagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) – fand im Mai 2000 in Malmö (Schweden) statt. In der aus ihr hervorgegangenen Malmöer Ministererklärung werden die wichtigsten ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sowie die Rolle und die Verantwortung dargelegt, die der private Sektor und die Zivilgesellschaft übernehmen müssen, um diesen Herausforderungen in einer zunehmend globalen Welt zu begegnen.

185. Was multilaterale Umweltübereinkünfte angeht, war die erfolgreiche Aushandlung des Protokolls von Cartagena über biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt ein wichtiger Meilenstein. Das Protokoll wurde im Januar 2000 in Montreal von mehr als 130 Staaten unterzeichnet. Dabei handelt es sich um den ersten weltweiten Vertrag, der den in der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung artikulierten Grundsatz der Vorbeugung bekräftigt, wieder aufnimmt und zur praktischen Anwendung bringt. Mit den in dem Protokoll vorgegebenen Verfahren soll die Bewältigung von Problemen ermöglicht werden, die sich aus der grenzüberschreitenden Verbringung, dem Transit, der Handhabung und der Verwendung genetisch veränderter Organismen ergeben, durch welche die Erhaltung und zukunftsfähige Nutzung der biologischen Vielfalt beeinträchtigt werden oder Gefahren für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt entstehen können. Das Protokoll wurde auf der fünften Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Mai 2000 in Nairobi zur Unterzeichnung aufgelegt und von 68 Staaten unterzeichnet.

186. Bei der Erarbeitung eines weltweiten Vertrags mit dem Ziel, die Verwendung bestimmter beständiger organischer Schadstoffe einzuschränken und schließlich ganz einzustellen, wurden ebenfalls Fortschritte erzielt. Im Dezember 1999 wurde das Protokoll über Haftung und Schadenersatz zu dem Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung verabschiedet. Im Hinblick auf die Durchführung des Weltaktionsprogramms zum Schutz der Meeresumwelt gegen vom Lande ausgehende Tätigkeiten und der Globalen Bewertung internationaler Gewässer wurden weitere Schritte getan. Was letztere betrifft, wurde auf der Sondertagung der Generalversammlung über kleine Inselentwicklungsländer im September 1999 eine Clearingstelle eingerichtet, die den Zugang zu Informationen über diese Fragen erleichtern wird. In enger Zusammenarbeit mit der WHO, dem Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) und dem Rat für die Zusammenarbeit bei Wasserversorgung und Abwasserbesei-

tigung wurde ein strategischer Aktionsplan für die Behandlung städtischer Abwässer erarbeitet.

187. Es werden weiterhin Bemühungen unternommen, den Mitgliedstaaten ein tieferes Verständnis der Verzahnungen und Komplementaritäten zwischen Umwelt-, Handels- und Entwicklungsfragen zu vermitteln. So haben das UNEP und die UNCTAD eine Arbeitsgruppe eingesetzt, mit dem Auftrag, die einzelnen Länder besser in die Lage zu versetzen, synergistische Umwelt- und Handelspolitiken zu erarbeiten.

188. Das Umweltprogramm hat, aufbauend auf seinen seit langem bestehenden Verbindungen zum Privatsektor, eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der die Umwelt betreffenden Teile des Globalen Paktes übernommen. Mit Hilfe eines Zuschusses der Stiftung der Vereinten Nationen arbeitet das Umweltprogramm partnerschaftlich mit der Koalition für umweltverantwortliche Wirtschaft, dem Weltunternehmererrat für Nachhaltige Entwicklung, dem Verband der Wirtschaftsprüfer, dem Stockholmer Umweltinstitut und dem Imperial College in London zusammen, um die im Rahmen der Globalen Berichterstattungsinitiative erarbeiteten Richtlinien für die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu fördern.

189. Auf regionaler Ebene werden eine Reihe von Initiativen erfolgreich umgesetzt. So befasst sich die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) beispielsweise mit vier großen Tätigkeitsgebieten: der Aushandlung und Verabschiedung völkerrechtlicher Übereinkünfte auf regionaler Ebene, der Ministerkonferenz "Umwelt für Europa", der Förderung einer zukunftsfähigen Lebensqualität in menschlichen Siedlungen und Umwelt-Ergebnisüberprüfungen.

190. Zu den verabschiedeten Übereinkünften gehören das Protokoll zur Verringerung der Versauerung, der Eutrophierung und des bodennahen Ozons (November 1999) zu dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, das Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen, das im April 2000 in Kraft trat, und ein Protokoll über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen.

191. Die Umwelt-Ergebnisüberprüfungen tragen zur Förderung wirksamer Umweltbewirtschaftungspolitik in den Übergangsländern bei. Im Laufe dieses Jahres nahm das zuständige Team erste Überprüfungen in Armenien, Kasachstan und Kirgisistan, eine zweite Überprüfung in Bulgarien und Anschlussüberprüfungen in Lettland, Litauen, der Republik Moldau und Slowenien vor. Weitere Überprüfungen sind für Rumänien und Usbekistan vorgesehen.

192. In Lateinamerika unterstützt die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik zusammen mit dem

UNEP, dem UNDP, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank die Arbeit des Forums der Umweltminister, das eingerichtet wurde, um bei der Umsetzung regionaler Umweltprioritäten behilflich zu sein.

193. Im Rahmen einer neuen gemeinsamen Initiative des UNDP und der Europäischen Kommission über Armut und Umwelt wird ein Katalog konkreter Politikalternativen zur Armutsminderung bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Ressourcenbasis, auf die die Armen für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind, aufgestellt.

194. Nachhaltige Entwicklung wird auch weiterhin Engagement, einen verstärkten Politikdialog, eine wirksamere Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sowie innovative und praktische Lösungen vor Ort erfordern.

Soziale Entwicklung und die Förderung der Frau

195. Im Juni 2000 hielt die Generalversammlung in Genf und New York Sondertagungen zur Fünfjahresüberprüfung der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung (Kopenhagen, März 1995) beziehungsweise der Vierten Weltfrauenkonferenz (Beijing, September 1995) ab, auf denen sie die Verpflichtung bekräftigte, den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklungsbemühungen zu stellen.

Fünfjahresüberprüfung des Kopenhagener Gipfels

196. Die Ergebnisse der Genfer Sondertagung der Generalversammlung zur Fünfjahresüberprüfung des Weltgipfels für soziale Entwicklung haben deutlich gemacht, dass über sensible Fragen der sozialen Entwicklung Einigung erzielt werden kann. Die Generalversammlung unterstützte einen breiten Katalog von Initiativen zur Armutsreduzierung, zur Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Förderung größerer Mitsprache im Entscheidungsprozess und gab eine Vereinbarung heraus, in der konkrete Zielwerte und Strategien festgelegt sind.

197. An herausragender Stelle unter den Ergebnissen der Sondertagung stand ein Katalog von Verpflichtungen zu folgenden Punkten: die Einleitung einer weltweiten Armutsbekämpfungskampagne, die Umsetzung von Schuldenerleichterungsvereinbarungen, die Erschließung des Selbsthilfepotenzials der Armen durch Zugang zu Mikrokreditsystemen, die Gewährleistung des Zugangs zu sozialen Diensten selbst in Zeiten einer Finanzkrise, die Erschließung neuer und innovativer Quellen der Entwicklungsfinanzierung, die Ermutigung der Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung und die Bekämpfung von Korruption, Bestechung, Geldwäsche und des illegalen Transfers von Geldern, die Bekämpfung von einzelstaatliche Steuersysteme schwächenden Möglichkeiten zur Steuerumgehung,

die Förderung des Dialogs zwischen Regierungen und Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen zur Herbeiführung eines breit angelegten sozialen Fortschritts und die Förderung einer internationalen Strategie für erhöhten Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten.

198. Um dem Problem der sozialen Ausgrenzung und Benachteiligung wirksamer zu begegnen, ist es unerlässlich, dass auf Landesebene Folgemaßnahmen zu den Resolutionen der internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen getroffen werden. Der sich herausbildende internationale Konsens über bessere Methoden zur Förderung der menschlichen Entwicklung muss in die Politik der einzelnen Staaten Eingang finden. Es ist mir bewusst, wie wichtig es ist, die Mitgliedstaaten bei diesem Folgeprozess zu unterstützen, und ich bin interessiert zu sehen, wie etwa die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe des Verwaltungsausschusses für Koordinierung über soziale Grundversorgung für alle unter dem Vorsitz des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) dieser Herausforderung in ihren neuen Leitlinien für Landesteam gerecht werden wird.

Fünfjahresüberprüfung der Konferenz von Beijing

199. Auf der in New York abgehaltenen Sondertagung mit dem Titel "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" wurde das Ergebnisdokument über die Überprüfung der Vierten Weltfrauenkonferenz von der Generalversammlung im Konsens verabschiedet. Wir freuen uns, dass die Aktionsplattform von Beijing durch schärfere Präzisierung auf einigen Gebieten und die Aufnahme neuer Fragenkomplexe, die sich in den letzten fünf Jahren neu abgezeichnet haben oder aber prägnanter geworden sind, eine Stärkung erfahren hat. Im Hinblick auf die Förderung der Menschenrechte der Frau, die Frage der Gewalt gegen Frauen sowie die Frage des Frauen- und Mädchenhandels wurden greifbare Fortschritte erzielt. Alle diese Fragen werden nunmehr auf ganzheitlichere Weise angegangen. In dem Ergebnisdokument werden Änderungen der Rechtsvorschriften gefordert, mit dem Ziel, sämtliche diskriminierenden Bestimmungen bis zum Jahr 2005 zu entfernen und die Lücken in der Gesetzgebung zu schließen, die bewirken, dass Frauen und Mädchen keinen wirksamen Rechtsschutz erhalten oder dass ihnen keine wirksamen Rechtsmittel gegen Diskriminierung auf Grund des Geschlechts zur Verfügung stehen. Außerdem werden die Mitgliedstaaten darin nachdrücklich aufgefordert, das Fakultativprotokoll von 1999 zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu unterzeichnen und zu ratifizieren, das eine der größten Leistungen der Rechtssetzung auf dem Gebiet der Rechte der Frau darstellt.

200. Im gesamten System der Vereinten Nationen werden konsequente Anstrengungen unternommen, um eine Gleichstellungsperspektive in die sachbezogene Arbeit der Organi-

sation zu integrieren, insbesondere über den Interinstitutionellen Ausschuss für Frauen und Gleichstellung. Auf der Landesebene setzen sich VN-Teams unter der Leitung des residierenden Koordinators zusammen mit ihren nationalen Partnern und mit Unterstützung durch den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau auch weiterhin mit Gleichstellungsfragen auseinander. Initiativen in mehr als 100 Ländern sind darauf ausgerichtet, die Ausstattung der Frauen mit wirtschaftlicher Macht, ihre Führungsfunktion und ihre Teilnahme an friedensschaffenden Aktivitäten zu unterstützen sowie die Menschenrechte der Frau zu fördern und geschlechtsspezifische Gewalt zu beseitigen. Mehr als die Hälfte der VN-Landesteams auf der ganzen Welt arbeiten an gemeinsamen Programmen und Projekten zur Gleichstellung. Etwa 30 Länder haben Berichte über frauenfördernde Initiativen vorgelegt. Ferner haben 17 Landesteams über ihre Entwicklung frauenfördernder Initiativen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen selbst Bericht erstattet.

Maßnahmen in Bezug auf Alterung und Behinderung

201. Eines der komplexesten Probleme der sozialen Entwicklung, mit dem immer mehr Staaten konfrontiert sind, ist das Problem der Alterung der Bevölkerung. Das Internationale Jahr der älteren Menschen, das 1999 begangen wurde, hat uns geholfen, unser Verständnis der Alterung zu vertiefen. Das Motto des Jahres – "Eine Gesellschaft für alle Altersgruppen" – wurde durch einen Fächer von Aktivitäten veranschaulicht, in deren Mittelpunkt die Lage älterer Menschen, die Beziehungen zwischen mehreren Generationen und die Verflechtungen zwischen dem Alterungsprozess und der Entwicklung standen. Während der Sonderplenarsitzungen über die Folgemaßnahmen zu dem Jahr auf der vierundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung stellten viele Mitgliedstaaten fest, dass die Begehung des Jahres eine einzigartige Gelegenheit bot, nicht nur die Auswirkungen der demografischen Revolution auf verschiedene Gesellschaften zu evaluieren, sondern auch geeignete Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, den sich daraus ergebenden Herausforderungen zu begegnen.

202. Die Förderung der Chancengleichheit von Behinderten nimmt nach wie vor hohen Vorrang ein. Im vergangenen Jahr waren unsere wichtigsten Anliegen auf diesem Gebiet Zugänglichkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten und bestandfähige Existenzgrundlagen sowie soziale Dienste und soziale Sicherung. Durch verschiedene Aktivitäten wurde die Bedeutung des technischen Fortschritts bei der Erleichterung des Zugangs, insbesondere zu Informationen, als einer Ressource für Behinderte ausgelotet.

Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung

203. Das Büro für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung, das sich aus dem Programm der Vereinten Na-

tionen für internationale Drogenkontrolle und dem Zentrum für internationale Verbrechenverhütung zusammensetzt, steht an der Spitze der Bemühungen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um die Ausbreitung des unerlaubten Anbaus von Drogenpflanzen und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen, des Drogenhandels und des Drogenmissbrauchs, der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, des Menschenhandels sowie der Korruption und der Geldwäsche zu bekämpfen.

204. Das Büro für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung gewährte Unterstützung bei der Ausarbeitung und Anwendung innovativer Strategien zur Verminderung des unerlaubten Anbaus von Drogenpflanzen und des Drogenmissbrauchs, so auch bei der Ausarbeitung des ersten je ausgehandelten Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie bei der Einleitung von Initiativen zur Bekämpfung der Geldwäsche, der Korruption und des Menschenhandels.

205. Das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle hilft mehreren Andenstaaten bei der Durchführung eines Katalogs einzelstaatlicher Pläne zur Reduzierung der Suchtstoffgewinnung und des Drogenhandels und gewährt dabei auch direkte Unterstützung, um armen Bauern wirtschaftlich tragbare Alternativen zum Anbau unerlaubter Kulturen zu bieten. Das Programm arbeitet bei diesen Projekten in immer größerem Umfang in Partnerschaft mit der Weltbank und bilateralen Gebern. In Asien leistete es Hilfestellung bei der Entwicklung eines regionalen Aktionsplans zur Reduzierung der Suchtstoffgewinnung sowie bei der Durchführung landesspezifischer Initiativen in Afghanistan, der Demokratischen Volksrepublik Laos und in Myanmar.

206. Im vergangenen Jahr richtete sich die Tätigkeit des Zentrums für internationale Verbrechenverhütung unter anderem auf die Unterstützung des Verhandlungsprozesses über den Entwurf des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seine drei Protokolle über den Handel mit Menschen, Migrantinnen und Schusswaffen. Der Entwurf wird der Generalversammlung voraussichtlich während des Millenniums-Gipfels zur Annahme vorgelegt, und die Staats- und Regierungschefs sind eingeladen, das erste je verabschiedete Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität bei einer von der Regierung Italiens in Palermo ausgerichteten speziellen Unterzeichnungszereemonie im Dezember gemeinsam mit den Vereinten Nationen feierlich zu begehen. Das Zentrum hat außerdem eng mit dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege und anderen internationalen Organisationen zusammengearbeitet, um zu besseren Daten und umfassenderen Erkenntnissen über die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, den Menschen-

handel und die Korruption zu gelangen und dazu beizutragen, dass die internationale Gemeinschaft diesen Problemen durch entsprechende Maßnahmen entgegentritt. Im März 2000 wurde das Offshore-Forum der Vereinten Nationen gegründet. Das Forum ist bestrebt, weltweite Verpflichtungen auf international akzeptierte Normen der Bekämpfung der Geldwäsche herbeizuführen und den Rechtspflegeinstanzen nach Bedarf technische Hilfe bei ihrer Erfüllung zu leisten.

HIV/Aids

207. Die HIV/Aids-Epidemie ist zu einer ernststen Entwicklungskrise geworden. Die Pandemie zerstört das wirtschaftliche und soziale Gefüge in den am schwersten betroffenen Ländern, sorgt für einen Aufwärtstrend bei den seit Jahren sinkenden Sterblichkeitsraten und führt zu einem dramatischen Anstieg der Mortalität junger Erwachsener. Schätzungen zufolge lebten Ende 1999 34,3 Millionen Erwachsene und Kinder auf der ganzen Welt mit HIV/Aids, wobei 18,8 Millionen Menschen seit dem Ausbruch der Epidemie gestorben sind. Nach dem jüngsten *Report on the Global HIV/Aids Epidemic* (Bericht über die weltweite HIV/Aids-Epidemie), der im Juni 2000 von dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids herausgegeben wurde, kam es 1999 zu 5,4 Millionen Neuinfektionen, und die Zahl der wegen Aids verwaisten Kinder stieg auf 13,2 Millionen an.

208. Afrika südlich der Sahara ist mit insgesamt 24,5 Millionen mit HIV/Aids lebenden Menschen die am schwersten betroffene Region. Aids ist in dieser Region heute die Haupttodesursache. Die Ausbreitung von HIV in der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen hat in 16 Ländern, allesamt im subsaharischen Afrika, bereits die 10-Prozent-Marke erreicht beziehungsweise überschritten. In Osteuropa sowie Süd- und Ostasien gibt das rasche Ansteigen der HIV-Infektionen zu ernster Besorgnis Anlass. In der Karibik herrschen in mehreren Inselstaaten schlimmere Epidemien als in allen anderen Ländern mit Ausnahme des subsaharischen Afrika.

209. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen beträchtliche Anstrengungen unternommen, um den Ländern bei der Bewältigung dieser furchterregenden Herausforderungen zu helfen. In einem beispiellosen Schritt hat sich der Sicherheitsrat im Januar 2000 mit den Auswirkungen der Epidemie auf Afrika befasst. Im Anschluss an die Ratsdebatte wurde von der Arbeitsgruppe des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses eine Studiengruppe gebildet, die den Zusammenhang zwischen Krieg, bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen und der Verbreitung von HIV/Aids untersuchen soll.

210. Im Juni 1999 reagierte die internationale Gemeinschaft auf die Epidemie mit der Festsetzung eines neuen Entwicklungsziels. Im Rahmen ihrer Fünfjahresüberprüfung der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Ent-

wicklung forderte die Generalversammlung bis zum Jahr 2005 eine 25-prozentige Reduzierung der Neuinfektionen bei den 15- bis 24-Jährigen in den am schwersten betroffenen Ländern. 24 dieser Länder befinden sich in Afrika. Ich rufe den Millenniums-Gipfel auf, sich dies seinerseits als Ziel zu setzen und darüber hinaus das Ziel zu unterstützen, dafür Sorge zu tragen, dass bis 2005 mindestens 90 Prozent und bis 2010 mindestens 95 Prozent der jungen Menschen Zugang zu den Informationen, der Aufklärung und den Diensten haben, die sie brauchen, um sich vor einer HIV-Infektion zu schützen.

211. Systemweit wurden Anstrengungen unternommen, um sich mit den gleichstellungs- und drogenspezifischen Aspekten von HIV/Aids auseinanderzusetzen. In dem Bemühen, Gleichstellungsaspekte in die HIV/Aids-Politik aufzunehmen und gleichstellungsbezogenen Forschungsarbeiten, Lobbyarbeit und Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene eine entsprechende Ausrichtung zu geben, wurden im Zuge einer interinstitutionellen Partnerschaft zwischen dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen Pilotprogramme in neun Entwicklungsländern durchgeführt. Das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle hat im Rahmen seiner weltweiten Programme zur Verhütung des Drogenmissbrauchs seine Tätigkeit auf dem Gebiet der HIV/Aids-Verhütung ausgebaut.

212. In Zusammenarbeit mit dem UNAIDS-Sekretariat und anderen Trägerorganisationen ist die WHO zur Zeit dabei, eine globale Gesundheitssektorstrategie zur Verbesserung der HIV/Aids-Maßnahmen der einzelnen Gesundheitssysteme zu erarbeiten. Eine Interinstitutionelle Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen unter dem Vorsitz der WHO hat eine Strategie entwickelt, die Aids-Opfern leichteren Zugang zu Aids-Medikamenten geben soll.

213. Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids und die weiteren Trägerorganisationen haben einen intensiven Dialog mit der pharmazeutischen Industrie aufgenommen. Als Folge dessen haben sich fünf Unternehmen bereit erklärt, Preissenkungen für Aids-Medikamente für Afrika und andere arme Regionen zu erörtern. Dies ist ein höchst begrüßenswerter Schritt, wenngleich er auch allein nicht ausreicht. Nicht nur muss die Gesamtmenge der in die betroffenen Regionen gelieferten Medikamente erhöht werden, sondern es ist auch dringend erforderlich, die Kapazitäten schwacher und überlasteter Gesundheitsfürsorgesysteme in den Entwicklungsländern zu stärken. Als Beitrag zur Verwirklichung dieses Ziels erarbeitet die WHO zur Zeit eine Strategie für die umfassende Betreuung und Unterstützung von Menschen, die mit HIV/Aids leben.

214. Im Kampf gegen Aids gilt es noch große Herausforderungen zu bewältigen. Es besteht ein kritischer Bedarf

an zusätzlichen Finanzmitteln und zusätzlicher Entwicklungshilfe. Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids schätzt, dass für eine wirksame Aids-Bekämpfung in Afrika allein jährlich mindestens 3 Milliarden Dollar gebraucht werden. Doch Geld ist bei weitem nicht das einzige Problem. In vielen Ländern führt die mangelnde Bereitschaft amtlicher Stellen, eine klare Haltung gegenüber den Gefahren von HIV/Aids einzunehmen, weiterhin unnötig zu Tod und Leid.

Überbrückung der digitalen Kluft

215. Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen einzigartige Chancen im Hinblick auf die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsziele und der Armutsminderung. Derzeit können jedoch lediglich 5 Prozent der Weltbevölkerung auf das Internet zugreifen, was bedeutet, dass der weitaus größte Teil der Menschheit nicht in den Genuss der wirtschaftlichen und sozialen Vorteile gelangt, die die Revolution im Informations- und Kommunikationsbereich mit sich bringen kann. Die Überbrückung der "digitalen Kluft" zwischen Arm und Reich wird zu einem immer wichtigeren Entwicklungsziel.

216. In der vom Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner Tagung im Juli verabschiedeten Ministererklärung erging ein nachdrücklicher Aufruf zu konzertierten Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, um die digitale Kluft zu überbrücken und die Informations- und Kommunikationstechnologien in den Dienst der Entwicklung für alle Menschen zu stellen. In der Erklärung wird betont, dass alle in Betracht kommenden Interessengruppen an der Mobilisierung dieser Technologien zu Gunsten der Entwicklung beteiligt werden müssen. Auf der Ratstagung kamen Minister, Vertreter der Zivilgesellschaft und eine beispiellose Zahl großer privatwirtschaftlicher Unternehmen des Informations- und Kommunikationssektors zusammen, um darüber zu beraten, wie die digitale Kluft überbrückt werden könnte.

217. Einzelstaatliche Programme zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien sollten Bestandteil von Entwicklungsstrategien sein. Der Anschluss armer Gemeinwesen an das Internet wird den Menschen Zugang zu Telemedizin, Fernunterricht und vielen weiteren wertvollen Ressourcen für die soziale Entwicklung eröffnen. Voraussetzung für eine solche Vernetzung sind allerdings hohe Infrastruktur-, Ausbildungs- und Kapazitätsaufbauinvestitionen.

218. Die Bereitstellung von Anlagen allein nützt indessen wenig, wenn nicht auch die notwendigen personellen Ressourcen für ihre Einrichtung, Wartung und Reparatur vorhanden sind. Vielfach mangelt es in den Entwicklungsländern an solchen Fachkenntnissen, und daher habe ich in meinem Millenniums-Bericht die Einrichtung des Informations-technologiedienstes der Vereinten Nationen (UNITEs) ange-

kündigt. Der UNITEs, ein Freiwilligenkorps für Spitzentechnologien, wird dabei behilflich sein, Gemeinwesen in den Entwicklungsländern im Gebrauch von Informationstechnologien zu unterweisen. Auch inhaltlichen Fragen kommt kritische Bedeutung zu, da das Internet zu 80 Prozent aus englischsprachigen Seiten besteht, aber weltweit weniger als 30 Prozent der Menschen dieser Sprache mächtig sind.

219. Die Entschlossenheit zur Überbrückung der digitalen Kluft zeigt sich im gesamten System der Vereinten Nationen. 1999 verabschiedete das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen eine umfassende Strategie, die ihm bei seinen Maßnahmen zur Unterstützung einzelstaatlicher Partner als Leitlinie dient. Die Schärfung des Bewusstseins für die Wissensrevolution; die Lobbyarbeit und die Politikgestaltung; die Hilfe bei der Vernetzung, um einen universalen, erschwinglichen Zugang zu Telekommunikationsinfrastrukturen zu gewährleisten; der Aufbau einzelstaatlicher und personeller Kapazitäten; die Erweiterung des Informationsangebots in den Landessprachen; und die Förderung kreativer Problemlösungen sind die Schlüsselemente dieser Strategie.

220. Auf regionaler Ebene ist die Internet-Initiative für Afrika darauf ausgerichtet, in 15 Ländern südlich der Sahara Internetanschlüsse einzurichten und die für ihren Betrieb notwendigen Kapazitäten zu schaffen. In Asien und im Pazifik half das Entwicklungsinformationsprogramm für Asien und den Pazifik bei der Einrichtung von Internetanschlüssen in mehreren Ländern, darunter Bhutan, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Osttimor und Tuvalu. Über sein Programm "Vernetzung für Nachhaltige Entwicklung" und durch Partnerschaften mit dem Privatsektor förderte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen den Einsatz freier Software und stellte in zahlreichen Sprachen Informationen über nachhaltige Entwicklung zur Verfügung.

221. Das vom Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) verwaltete Programm "Zukunftsfähige Städte" sieht im Haushalt eines jeden von ihm durchgeführten Schauprojekts für Stadtentwicklung Mittel für Computeranlagen und -programme vor. Das Habitat entwickelte darüber hinaus ein internetgestütztes Netzsystem, das mehr als 1.000 Gebietskörperschaften und über 1.500 Gemeinwesenorganisationen in Lateinamerika elektronisch miteinander verbindet.

222. In ihrer Politikerstellung und Interessenvertretung setzte sich die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) durch Schulungen und Seminare tatkräftig für den elektronischen Geschäftsverkehr als Schrittmacher der Entwicklung ein. So richtete beispielsweise der Referenzdienst der UNCTAD eine elektronische Dokumentensammlung zu Handels- und Entwicklungsfragen ein, die Material aus zahlreichen Quellen in aller Welt enthält, und er ist derzeit dabei, eine virtuelle Bibliothek mit

Dokumenten und Veröffentlichungen der UNCTAD selbst zusammenzustellen.

223. Darüber hinaus fährt die UNCTAD mit der Umsetzung ihres Automatischen Zolldatensystems fort, das Informationstechnologien nutzt, um die Zollabwicklung zu modernisieren und zu vereinfachen, die Staatseinnahmen zu steigern und die Transparenz der Zollverwaltungen zu erhöhen. In über 80 Ländern im Einsatz, hat sich dieses System de facto zur internationalen Norm für die Modernisierung des Zollwesens entwickelt und steht den Entwicklungs- und den Übergangsländern zu einem Bruchteil der Kosten zur Verfügung, die für alternative Systeme anfallen würden.

224. Die Regionalkommissionen förderten 1999 in ihren Regionen aktiv die Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Verband für elektronische Datenübermittlung ein zweitägiges Forum "Elektronischer Geschäftsverkehr für die Übergangsländer im digitalen Zeitalter", das im Juni 2000 in Genf stattfand. Der ECE-Ausschuss für Handel, Industrie und Unternehmensentwicklung wird eine Sachverständigengruppe für den Aufbau von Internetunternehmen einrichten, mit dem Ziel, den freien Informationsfluss zu fördern und das Geschäftspotenzial der neuen Technologien auszuschöpfen. Die ECE und die UNCTAD arbeiten gemeinsam an einem Programm zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs in den Übergangsländern.

225. Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik analysierte die jüngsten Trends bei der Entwicklung und Anwendung von Informationstechnologien und ihre Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Region.

226. Das von der Wirtschaftskommission für Afrika im Oktober 1999 in Addis Abeba veranstaltete erste Afrikanische Entwicklungsforum stand unter dem Motto "Herausforderungen der Globalisierung und des Informationszeitalters für Afrika". Zu den von den Konferenzteilnehmern eingeleiteten Programmen gehört NGOnet Africa, eine Aktionsgruppe, die sich um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologie zu Gunsten der Entwicklung Afrikas bemüht; ein Netzwerk von Telezentren; ein Programm, das die digitale Diaspora in Afrika für die Weiterentwicklung der Informationstechnologie in Afrika heranzieht; sowie die Gründung der Afrikanischen Unternehmerallianz, die das Ziel verfolgt, den Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur in Afrika zu fördern.

227. Auch bei ihrem Eintreten für die Sache der Entwicklung können die Informationstechnologien den Vereinten Nationen behilflich sein. Der Start von NetAid im Jahr 1999 war die größte je von mehreren Trägern simultan ausgestrahlte Internetsendung. Die Web-Seite von NetAid ver-

zeichnete bisher über 40 Millionen Zugriffe und konnte Beiträge für eine ganze Reihe von Projekten zur Armutsminderung aufbringen helfen. Erste Zuschüsse für Afrika und das Kosovo belaufen sich inzwischen auf insgesamt 1,7 Millionen Dollar.

Afrika

228. Afrika sieht sich nach wie vor einem Spektrum komplexer und außerordentlich schwieriger Herausforderungen auf den Gebieten Wirtschaft, Gesundheit und Sicherheit gegenüber, mit denen sich der Sicherheitsrat, die Generalversammlung und die Programme und Organe der Vereinten Nationen derzeit vorrangig befassen.

229. In dem Bericht über Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika, den ich 1998 vorgelegt habe, werden die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Afrikas im Einzelnen dargestellt. Die Notwendigkeit, die in diesem Bericht enthaltenen Empfehlungen anzunehmen, wenn das subsaharische Afrika die sich ihm stellenden Herausforderungen überwinden und sein außerordentliches Potenzial entfalten will, wurde von zahlreichen Stellen anerkannt. Im Dezember 1998 setzte die Generalversammlung eine allen Mitgliedstaaten offen stehende Ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die die Umsetzung dieser Empfehlungen überwachen soll. Nach einer Mandatsänderung im Februar 2000 konzentriert sich die Tätigkeit der Arbeitsgruppe jetzt auf eine Reihe von Schwerpunktbereichen, darunter Armutsbeseitigung, Entwicklungsfinanzierung, Schuldenerleichterung, HIV/Aids, Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie Unterstützung von Ländern in der Konfliktfolgezeit.

230. Eine von der Arbeitsgruppe durchgeführte Überprüfung ergab, dass sich dem Fortschritt nach wie vor erhebliche Hindernisse entgegenstellen – mangelnder politischer Wille, die schwache Regierungs- und Verwaltungsführung in einer Reihe von Staaten, bewaffnete Konflikte, Schwierigkeiten bei der Mobilisierung von Finanzmitteln, das Fehlen ausreichender personeller Kapazitäten, Probleme der öffentlichen Gesundheit, insbesondere HIV/Aids und Malaria, die ungeeignete Wirtschaftsstruktur in einigen Ländern sowie der begrenzte Technologiezugang.

231. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen in Afrika ist außerordentlich breit gespannt und intensiv. Sie umfasst vorbeugende Diplomatie, Friedenssicherung, Wahlhilfe, humanitäre Hilfe und Nothilfe, Wiederaufbau in der Konfliktfolgezeit, Umweltberatung, Unterstützung bei der Internetvernetzung sowie Hilfe bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

232. Das Welternährungsprogramm (WEP) gewährte im Laufe des vergangenen Jahres 22 Millionen Menschen in

Afrika Hilfe, darunter 15,7 Millionen Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und sonstigen Personen, die von Naturkatastrophen betroffen sind, in 26 Ländern. Die Entwicklungshilfe des WEP kam etwa 6,3 Millionen Menschen zugute. Insgesamt flossen 44 Prozent der operativen Ausgaben des WEP in die Länder Afrikas südlich der Sahara. Darüber hinaus stellte das Programm etwa 37,1 Millionen Dollar zur Unterstützung der Humankapitalentwicklung mittels Grundbildung (frühkindliche Entwicklung, Grundschulbildung und Alphabetisierung) sowie Ernährung, Gesundheit und Ausbildung bereit. Gemeinsam mit der Weltbank und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hilft das WEP derzeit 15 Ländern in Afrika, die landesspezifische Aktionspläne zur Steigerung der Schülerzahlen in den Grundschulen unterzeichnet haben.

233. Eine der größten Herausforderungen für den afrikanischen Kontinent ist der Schutz und die Fürsorge für seine Kinder. Doch die Kluft zwischen dem, was getan wird, und dem, was zu tun ist, wird immer tiefer und die Vielzahl der notwendigen Interventionsformen immer größer. In kriegszerrütteten Ländern, wie in Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone und Sudan, hat das UNICEF durch seine Fürsprache die Aufmerksamkeit auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder bei der Erbringung humanitärer Hilfe gelenkt. Bei den Naturkatastrophen in Madagaskar und Mosambik konnte das UNICEF Soforthilfe mit der längerfristigen Wiedereröffnung von Schulen verbinden, um so die Normalität herzustellen, derer Kinder zur Überwindung solcher plötzlichen Umwälzungen am meisten bedürfen.

234. Unter gezielter Ausrichtung auf die erneute Stärkung der Gesundheitsversorgung wurde dem Überleben der Kinder sowie der Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Müttern hoher Vorrang eingeräumt. Es werden auch weiterhin Bemühungen unternommen, um Kindern, insbesondere Mädchen, besseren Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung zu verschaffen.

235. Die in Afrika eingeleitete Anti-Malaria-Initiative "Roll Back Malaria" der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verfolgt das Ziel, die Malariahäufigkeit bis zum Jahr 2010 um die Hälfte zu senken. Bei einem Gipfeltreffen von mehr als 50 afrikanischen Staatsoberhäuptern, den Staatshäuptern der G-8, Vertretern der Entwicklungsorganisationen und der Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im April 2000 in Abuja lag der Schwerpunkt auf den Mitteln zur Bekämpfung des Malariaproblems in Afrika. Die Initiative wird gemeinschaftlich von der WHO, dem UNICEF, dem VN-Entwicklungsprogramm, der Weltbank, von Entwicklungsgruppen sowie von privaten Organisationen und Regierungsstellen getragen. Die mit politischer Unterstützung von afrikanischer Seite eingeleitete WHO-Kampagne "Kick Polio out of Africa" zielt darauf ab, die Kinderlähmung in Afrika noch in diesem Jahr auszurotten.

236. Bei früheren Diskussionen über die HIV/Aids-Pandemie ist deutlich geworden, welche außerordentliche Bedrohung sie nicht nur für die einzelnen Menschen in Afrika, sondern auch für die Entwicklungsaussichten des Kontinents an sich darstellt. Obwohl in den Ländern Afrikas südlich der Sahara nur ein Zehntel der Weltbevölkerung lebt, entfallen auf sie 80 Prozent der weltweiten aidsbedingten Todesfälle. Vor diesem tragischen Hintergrund beschloss die Wirtschaftskommission für Afrika, das Afrikanische Entwicklungsforum 2000 unter das Motto "Aids: Die größte Führungsherausforderung für Afrika" zu stellen. Das Forum, das im Oktober 2000 in Addis Abeba stattfinden soll, wird in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS), der Weltbank, dem UNICEF und dem VN-Entwicklungsprogramm veranstaltet.

237. Die Internationale Partnerschaft gegen Aids in Afrika, ein großes Unterfangen, in dem mehrere Organisationen zusammengeschlossen sind, hat die Aufgabe, die Anstrengungen im Kampf gegen Aids zu verstärken und zusätzliche Ressourcen dafür zu mobilisieren. In den sechs ausgewählten Ländern – Äthiopien, Burkina Faso, Ghana, Malawi, Mosambik und die Vereinigte Republik Tansania – sollen intensivierete Maßnahmen ergriffen werden.

238. Vorbeugung ist ausschlaggebend für die Eindämmung von Aids, und in Afrika sorgt der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) dafür, dass Jugendliche besseren Zugang zu Informationen, Beratung und Diensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit erhalten, die auf ihre Zielgruppe zugeschnitten sind. Auch das UNICEF hat viele seiner Landesprogramme, insbesondere im östlichen und südlichen Afrika, so ausgerichtet, dass der Eindämmung von HIV/Aids hoher Vorrang eingeräumt wird.

239. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gewährt in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regierungen grundsatzpolitische Unterstützung und Hilfe beim Kapazitätsaufbau für internationale Verhandlungen. Ein Hauptziel ist dabei die Neubelebung der Afrikanischen Ministerkonferenz über Umweltfragen, des wichtigsten umweltpolitischen Forums in Afrika. Darüber hinaus richtete das Umweltprogramm Konsultationen auf Sachverständigen- beziehungsweise Ministerebene aus, um die Herausbildung eines gemeinsamen afrikanischen Standpunkts zu Fragen der Wüstenbildung, der Klimaänderung, der biologischen Sicherheit und des Schutzes der Wälder zu erleichtern.

240. Das Umweltprogramm unterstützt auch weiterhin den Ausbau der Kapazität, über die Afrika im personellen, Management- und institutionellen Bereich verfügt, um den ungeheuren ökologischen Herausforderungen des Kontinents zu begegnen, und führt gleichzeitig eine Reihe von Programmaktivitäten zum Schutz der Boden-, Wasser- und biologischen Ressourcen Afrikas durch. So arbeitet das Um-

weltprogramm beispielsweise mit dem Habitat zusammen, um das neue Programm "Wasserbewirtschaftung für afrikanische Städte" durchzuführen, das Großstädten bei der Verbesserung ihrer Wasserversorgung und -bewirtschaftung behilflich sein wird.

241. Der Handel ist ein kritischer Faktor der Zukunft Afrikas. 1999 setzte die UNCTAD als federführende Organisation zur Förderung des Handelszugangs der afrikanischen

Länder ihre Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Handelszentrum fort. Außerdem stärkte sie im vergangenen Jahr ihr Programm der technischen Hilfe und der Beratenden Dienste für afrikanische Länder auf den Gebieten Schuldendienst und Schuldenverhandlungen, wobei 18 afrikanische Länder Hilfe erhielten. Insgesamt belief sich die langfristige Auslandsverschuldung dieser 18 afrikanischen Länder Ende 1998 auf 95 Milliarden Dollar.

Kapitel IV

Die internationale Rechtsordnung und die Menschenrechte

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Menschenrechte

242. Auf dem Gebiet der Menschenrechte war das vergangene Jahr ein Jahr der Konsolidierung, des Fortschritts und der Herausforderungen, sowohl innerhalb des Systems der Vereinten Nationen als auch auf der staatlichen Ebene. Im internationalen und nationalen Bereich sind wir immer besser ausgestattet, einem Menschenrechtskodex Achtung zu verschaffen. Die von dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ausgearbeiteten Strategien zur Förderung der Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen sowie den internationalen Finanzinstitutionen haben entscheidend zu diesem Fortschritt beigetragen. Das Amt des Hohen Kommissars hat seine Beziehungen zur Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze intensiviert und steigert durch die Einbindung der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte in Friedensschaffungs-, Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsinitiativen die Wirksamkeit der Feldeinsätze der Vereinten Nationen. Auch andere Organisationen haben in diesem und im vergangenen Jahr Programme gefördert, bei denen die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen ging bei seinem Eintreten für den Schutz der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen von einem rechtsgestützten Ansatz aus, und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen widmete seinen *Bericht über die menschliche Entwicklung 2000* den Menschenrechten und der menschlichen Entwicklung.

Neue Entwicklungen

243. Auf Empfehlung der Menschenrechtskommission beschloss der Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner Arbeitstagung 2000, als Nebenorgan des Rates ein Ständiges Forum für Fragen autochthoner Bevölkerungsgruppen einzurichten. Das Ständige Forum soll als Beratungsgremium des Rates zu einer Reihe von Fragenkomplexen fungieren, die für autochthone Bevölkerungsgruppen von Belang sind.

244. Im April 2000 verabschiedete die Menschenrechtskommission zwei bahnbrechende Resolutionen über gute Staatsführung beziehungsweise das Recht der Frau auf Eigentum an Grund und Boden. In der ersten Resolution bezeichnet die Kommission Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflicht, Partizipation und Eingehen auf die Bedürfnisse und Bestrebungen der Bevölkerung als Schlüsselemente einer guten Staatsführung und setzt gute Staatsführung in Beziehung zu einem Umfeld, das die Wahrnehmung

der Menschenrechte und die Förderung des Wachstums und einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung begünstigt. In der zweiten Resolution erklärt sie, dass die in Gesetzestexten verankerte Diskriminierung von Frauen in Bezug auf den Erwerb, die Sicherung und die Finanzierung von Grund und Boden, Eigentum und Wohnraum einen Verstoß gegen die Menschenrechte der Frau darstellt.

245. Darüber hinaus beschloss die Menschenrechtskommission, zwei neue Sonderberichterstatte und einen unabhängigen Sachverständigen einzusetzen, und ersuchte den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen. Die Amtszeit der Sonderberichterstatte beträgt drei Jahre. Einer von ihnen wird menschenwürdiges Wohnen als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard zum Schwerpunkt seiner Tätigkeit machen, während der andere sich mit dem Recht auf Nahrung befassen wird. Dem von ihr ernannten unabhängigen Sachverständigen erteilte die Kommission unter Zusammenlegung zweier älterer Mandate den Auftrag, die Auswirkungen von Strukturanpassungspolitiken und der Auslandsverschuldung auf die uneingeschränkte Wahrnehmung aller Menschenrechte, insbesondere der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, zu untersuchen. Ferner empfahl die Kommission die Ernennung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, der über die Situation von Verfechtern der Menschenrechte Bericht erstatten soll. Der Wirtschafts- und Sozialrat genehmigte die neuen Mandate am 16. Juni 2000.

246. Im April 2000 veranstaltete die Menschenrechtskommission eine Sonderdebatte über Armut und die Wahrnehmung der Menschenrechte, in deren Verlauf die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Vertreter von Organisationen der Vereinten Nationen und Sachverständige Erklärungen über Armut und Menschenrechtsfragen abgaben. Die Kommission billigte einen auf den Menschenrechten aufbauenden Ansatz zur Armutsminderung und Entwicklung.

247. Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte legte der Welthandelsorganisation anlässlich ihrer Dritten Ministerkonferenz eindringlich nahe, die internationalen Handels- und Investitionspolitiken und -regeln im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu überprüfen. Der Ausschuss erkannte zwar an, dass Handelsliberalisierung Wohlstand schaffen kann, stellte aber fest, dass eine Liberalisierung von Handel, Investitionen und Finanzen nicht zwangsläufig ein günstiges Umfeld für die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte herstellt. Handelsliberali-

sierung sei kein Selbstzweck, sondern müsse im Kontext der bestehenden internationalen Rechtsakte auf dem Gebiet der Menschenrechte das Wohlergehen der Menschen fördern.

248. Im Oktober 1999 verabschiedete die Generalversammlung das Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Sobald es von zehn Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist, bietet das Fakultativprotokoll einen Mechanismus, der es Einzelpersonen oder Personengruppen erlaubt, bei dem Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau Mitteilungen einzureichen, in denen sie geltend machen, Opfer von Verletzungen der nach dem Übereinkommen geschützten Rechte zu sein. Bis zum 21. August 2000 war das Fakultativprotokoll von 43 Staaten unterzeichnet und von fünf ratifiziert worden. Im Mai 2000 verabschiedete die Generalversammlung außerdem zwei Fakultativprotokolle zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Das erste betrifft die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und verbietet die zwangsweise Einziehung von Personen unter 18 Jahren oder ihren Einsatz in Feindseligkeiten durch Regierungen oder nichtstaatliche bewaffnete Gruppen. Das zweite Fakultativprotokoll befasst sich mit Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie und spiegelt die Besorgnis der Generalversammlung über den weit verbreiteten und zunehmenden Handel mit Kindern und die auch weiterhin fortbestehende Praxis des Sextourismus wider.

Künftige Herausforderungen

249. Trotz der im vergangenen Jahr verzeichneten positiven Entwicklungen bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte kommt es noch immer nur allzu häufig zu schweren Verstößen gegen die Menschenrechte. Der Handel mit Frauen und Kindern gibt Anlass zu tiefer Besorgnis. Auch die Rechte von Migrantinnen, Minderheiten und autochthonen Bevölkerungsgruppen sind oft Verletzungen ausgesetzt, während Würde, Frieden und Sicherheit vieler Menschen auch weiterhin durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedroht werden. Im September 2001 wird sich die in Südafrika stattfindende Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz mit Fragen der Diskriminierung auf Grund von Rasse, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft befassen.

250. Mit dem Jahr 2000 ist nunmehr die erste Hälfte der Dekade der Vereinten Nationen für Menschenrechtserziehung verstrichen, ein Prozess, der für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte auf der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung ist. Es ist unerlässlich, die Dynamik und die Fortschritte, die in den vergangenen fünf Jahren im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und die Förderung des Wohlergehens der Menschen erreicht wurden, in den noch verbleibenden fünf Jahren zu verstärken und zu festigen.

Der Internationale Strafgerichtshof

251. Die Vorbereitungskommission für den Internationalen Strafgerichtshof hielt im März 2000 ihre vierte Tagung und im Juni 2000 ihre fünfte Tagung ab. Eine sechste Tagung wird im November/Dezember 2000 stattfinden.

252. Im Juni 2000 verabschiedete die Vorbereitungskommission die endgültigen Entwürfe zweier Dokumente, die für die Tätigkeit des Gerichtshofs maßgebend sind: die Verfahrens- und Beweisordnung und die Verbrechenstele. Diese Entwürfe sind das Ergebnis ausgedehnter Verhandlungen, die 1999 und 2000 auf den ersten fünf Tagungen der Vorbereitungskommission geführt wurden. Sie bedürfen noch der Annahme durch die Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs.

253. Die Verfahrens- und Beweisordnung regelt die Zusammensetzung und Verwaltung des Gerichtshofs, die Zuständigkeit und Zulässigkeit, die Offenlegung, das Prozessverfahren, die Beweisaufnahme und andere wichtige Aspekte des Römischen Statuts. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Regeln betreffend den Schutz von Opfern und Zeugen.

254. Die Verbrechenstele helfen dem Gerichtshof bei der Auslegung und Anwendung der in den Artikeln 6, 7 und 8 des Römischen Statuts enthaltenen Definitionen des Verbrechens des Völkermordes, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen. Sie enthalten eine ausführliche Beschreibung der Handlungen, die die verabscheuungswürdigsten Verbrechen darstellen, und sind ein wichtiger Beitrag zum internationalen Strafrecht.

255. Auf ihrer nächsten Tagung wird sich die Vorbereitungskommission weiter mit der Definition des Verbrechens der Aggression sowie mit der Frage befassen, wie der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit im Hinblick auf dieses Verbrechen ausüben soll. Darüber hinaus wird die Vorbereitungskommission mit der Behandlung dreier ebenfalls in ihrem Mandat vorgesehener, noch offener Gegenstände beginnen: dem Entwurf des Abkommens über die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und dem Gerichtshof, dem Entwurf der Finanzordnung und der Finanzvorschriften und dem Entwurf eines Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten des Gerichtshofs.

256. Bis zum 24. August 2000 war das Römische Statut von 98 Staaten unterzeichnet und von 15 ratifiziert worden. Diese Zahlen sind ermutigend. Sie bleiben indessen weit hinter den 60 Ratifikationen zurück, die notwendig sind, damit das Statut in Kraft treten und der Gerichtshof seine Tätigkeit aufnehmen kann.

257. Mit der Verabschiedung des Römischen Statuts haben die Staaten einen entscheidenden Schritt getan und ihre

Entschlossenheit unter Beweis gestellt, konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung der im Laufe der letzten hundert Jahre entwickelten Normen des humanitären Völkerrechts zu ergreifen. Sie haben ihre Entschiedenheit bekundet, diejenigen, deren Taten das Gewissen der Menschheit erschüttern, nicht länger ungestraft davonkommen zu lassen. Sie haben ihre Überzeugung kundgetan, dass die Beziehungen der Menschen aller Nationen zueinander letztlich durch das Recht geregelt werden sollen. Ich ermutige die Staaten, in eben diesem Geist möglichst bald ihre Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, durch das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs gebunden zu sein.

Die internationalen Gerichte

258. Im November 1999 legte die Gruppe der unabhängigen Sachverständigen, die ich auf Ersuchen der Generalversammlung eingesetzt hatte, um die Arbeitsabläufe und die Tätigkeit der Gerichte für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien unter allen Gesichtspunkten zu überprüfen, ihren Bericht vor. Die Sachverständigengruppe kam zu dem Schluss, dass die Gerichte im Hinblick auf ihre Arbeitsabläufe und ihre Tätigkeit relativ wirksam funktionieren, gab jedoch 46 Empfehlungen zu ihrer Verbesserung ab. Gleichwohl räumten die Sachverständigen ein, dass die Verfahren in Anbetracht der grundlegenden Hindernisse, denen sich die beiden Gerichte gegenübersehen, auch weiterhin langwierig sein würden. Im März und April 2000 meldeten die Gerichte, dass sie die überwiegende Mehrzahl der Sachverständigenempfehlungen umgesetzt hätten beziehungsweise im Begriff seien, sie umzusetzen.

Das Internationale Gericht für das ehemalige Jugoslawien

259. Im vergangenen Jahr waren mehrere denkwürdige Ereignisse zu verzeichnen, darunter im April 2000 die Festnahme des ehemaligen Präsidenten der Bosnisch-Serbischen Versammlung, Momcilo Krajisnik, der höchstrangigen bisher verhafteten politischen Figur. Ein weiteres Ereignis war der Prozess gegen General Radoslav Krstic, der im März 2000 seinen Anfang nahm. General Krstic wird beschuldigt, nach dem Fall von Srebrenica für das schlimmste Massaker an Zivilpersonen verantwortlich gewesen zu sein, das seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa verübt wurde.

260. Das Gericht verzeichnete eine erhebliche Zunahme bei den Verhaftungen von Verdächtigen, gegen die eine Anklage vorliegt; zehn Personen wurden im vergangenen Jahr festgenommen und an die Haftanstalt des Gerichts überstellt. Im August 2000 befanden sich dort 37 Personen in Gewahrsam. Drei weitere Angeschuldigte wurden bis zum Beginn ihres Prozesses vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

261. In 20 Fällen mit insgesamt 39 Angeklagten wurde das Vorverfahren, das Hauptverfahren oder das Berufungs-

verfahren eingeleitet oder fortgesetzt. Das Gericht fällte Entscheidungen in vier Fällen mit insgesamt acht Angeklagten. Sieben von ihnen wurden verurteilt und erhielten Freiheitsstrafen zwischen 6 und 45 Jahren – letztere die längste von dem Gericht bisher verhängte Strafe. Des Weiteren befand es einen der Angeklagten der ihm zur Last gelegten Straftaten für nicht schuldig und ordnete seine Freilassung an.

262. Die Berufungskammer fällte Entscheidungen in zwei Fällen, wobei sie die von den Angeklagten eingelegte Berufung in beiden Fällen zurückwies und in einem Fall den Angeklagten in neun zusätzlichen Punkten für schuldig befand. Beide Male wandelte sie das von den Strafkammern verhängte Strafmaß ab. Zur Zeit laufen Verhandlungen über die Überstellung der Verurteilten an Staaten, die den Strafvollzug übernehmen werden. Die Gesamtzahl der Staaten, die Abkommen zur Vollstreckung der von dem Gericht verhängten Strafen abgeschlossen haben, hat sich auf sieben erhöht: Frankreich und Spanien unterzeichneten solche Abkommen im Februar beziehungsweise März 2000.

263. Nach Beendigung der Luftkampagne der NATO führte die Anklägerin im Kosovo in bisher nicht dagewesenem Umfang und Tempo Ermittlungen durch. Die Anklägerin berichtete dem Sicherheitsrat, dass mit Unterstützung von Gruppen gerichtsmedizinischer Sachverständiger, die von 14 Mitgliedstaaten gestellt worden waren, die Arbeiten an 159 von 529 identifizierten Grabstätten abgeschlossen und bis November 1999 2.108 Leichen exhumiert werden konnten. Ein zweites gerichtsmedizinisches Programm lief im April 2000 an und wird über das ganze Jahr weitergehen. Das Büro der Anklägerin führt außerdem rund 24 weitere Ermittlungsverfahren zu in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) verübten Verbrechen durch.

264. Das Gericht richtete in Zagreb und Banja Luka regionale Büros für Öffentlichkeitsarbeit ein, die in den jeweiligen Lokalsprachen zutreffende und aktuelle Informationen über die Arbeit des Gerichts bereitstellen, um Falschinformationen entgegenzuwirken und in der Region über das Gericht aufzuklären.

Das Internationale Gericht für Ruanda

265. Das Gericht fuhr damit fort, die erreichten Ergebnisse zu konsolidieren und auszubauen. Die Strafkammern verkündeten Urteile in drei Fällen, die Berufungskammer in einem Fall. Bis heute verurteilte das Gericht in sieben Urteilen insgesamt acht Personen. Dies sind nach wie vor die ersten Verurteilungen wegen Völkermordes, die seitens eines internationalen Gerichts ergangen sind, und sie bilden wichtige Präzedenzfälle für andere Gerichtsbarkeiten.

266. Im Dezember 1999 erging das Urteil der Ersten Strafkammer im Verfahren *Ankläger v. Georges Rutaganda*. Sie

befand den Angeklagten – ein Geschäftsmann und nationaler Vizepräsident der Interahamwe-Miliz – des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig und verurteilte ihn zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe. Im Januar und Juni 2000 verurteilte das Gericht zwei weitere Personen wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beziehungsweise Anstiftung zum Völkermord. Bei dem Prozess im Juni wurde erstmals ein nicht-ruandischer Staatsbürger von dem Gericht verurteilt.

267. In einem anderen Prozess – gegen einen ehemaligen Bürgermeister, der ebenfalls wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Anklage stand – besuchten die Richter die Tatorte einiger der Massaker, an denen der Angeklagte teilgenommen haben soll, und nahmen sie in Augenschein. Dies war der erste Besuch, den die Richter Ruanda in amtlicher Eigenschaft abstatteten. Für die zweite Hälfte des Jahres 2000 ist der Beginn mehrerer weiterer Prozesse vorgesehen.

268. In ihrem ersten Berufungsurteil zu einem von einer Strafkammer abgeschlossenen Fall wies die Berufungskammer im Februar 2000 den Revisionsantrag eines örtlichen Anführers der Interahamwe-Miliz, der sich in der gegen ihn erhobenen Anklage für schuldig erklärt hatte, ab und bestätigte die von der Ersten Strafkammer verhängte fünfzehnjährige Freiheitsstrafe.

269. Mit Stand vom August 2000 befanden sich insgesamt 43 Häftlinge in der Haftanstalt des Gerichts in Aruscha. Mehrere Personen, für die ein Haftbefehl des Gerichts vorlag, wurden im letzten Jahr festgenommen. Insgesamt überstellten Belgien, Frankreich, die Vereinigte Republik Tansania und die Vereinigten Staaten von Amerika fünf Angeklagte nach Aruscha.

270. Das Gericht führt in Ruanda ein dynamisches Programm für Öffentlichkeitsarbeit durch, mit dem Ziel, dem ruandischen Volk seine Arbeit näher zu bringen und so eine langfristige Aussöhnung zu erleichtern. Seine Beziehungen zu der Regierung und dem Volk von Ruanda haben sich sehr verbessert, da seine Effektivität bei dem Unterfangen, die hochrangigen Planer und Urheber des Völkermordes von 1994 der Gerechtigkeit zuzuführen, zunehmend anerkannt wird.

Sonstige Gerichte

271. Der Bereich Rechtsangelegenheiten spielte eine zentrale Rolle bei den Gesprächen zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung Kambodschas über die Schaffung und Arbeitsweise eines Sondergerichts zur Strafverfolgung der Führer der Roten Khmer. Insbesondere beriet er die Regierung bei der Ausarbeitung der notwendigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und führte Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens zur Festlegung der gegenseitigen Verpflichtungen der Parteien.

272. Dem Bereich Rechtsangelegenheiten wurde auch die Verantwortung für die Durchführung der Resolution 1315 (2000) des Sicherheitsrats vom 14. August 2000 über die Einrichtung eines unabhängigen Sondergerichts für Sierra Leone übertragen. Es wird vor allem die Gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht haben, sowie für Verbrechen nach geltendem sierra-leonischem Recht, die auf dem Hoheitsgebiet Sierra Leones begangen wurden. Das Sondergericht wird die Gerichtshoheit über diejenigen Personen besitzen, die die größte Verantwortung für diese Verbrechen tragen. Der Bereich Rechtsangelegenheiten arbeitet zur Zeit die Rechtsinstrumente zur Durchführung der Resolution aus, und es finden Erörterungen mit Vertretern der Regierung Sierra Leones zu diesen Fragen und mit den Mitgliedstaaten über die Finanzierung des Gerichts statt.

Stärkung der Herrschaft des Rechts

273. Das neue Jahrtausend ist ein geeigneter Anlass, die Hauptziele unserer Organisation zu bekräftigen und sie erneut in den Vordergrund zu stellen. Der Verankerung der Herrschaft des Rechts in den internationalen Angelegenheiten kommt allerhöchster Vorrang zu.

274. Verträge sind eine der beiden Hauptquellen des Völkerrechts, und ich habe beschlossen, während des Millenniums-Gipfels die Unterzeichnung und Ratifikation der Verträge, deren Verwahrer ich bin, beziehungsweise den Beitritt zu ihnen zu fördern. Im Mai 2000 richtete ich ein Schreiben an alle Staats- und Regierungschefs mit der Bitte, auf dem Millenniums-Gipfel die Gelegenheit zur Unterzeichnung und Ratifikation dieser Verträge beziehungsweise zum Beitritt dazu wahrzunehmen. Ich legte ihnen nahe, einer Kernausswahl von 25 multilateralen Verträgen, die für die Ziele der Charta der Vereinten Nationen repräsentativ sind und in denen die zentralen Werte der Organisation zum Ausdruck kommen, besondere Beachtung zu schenken. Es liegt eine Broschüre mit dem Titel *Millennium Summit – Multilateral Treaty Framework: An Invitation to Universal Participation* (Millenniums-Gipfel – Das Rahmenwerk der internationalen Verträge: eine Aufforderung zur universellen Partizipation) vor, die mein Schreiben und eine Aufstellung derjenigen Kernverträge enthält, die Gegenstand dieser Kampagne sind. Ich freue mich mitteilen zu können, dass bis zum 25. August 2000 69 Staaten meinem Ersuchen um die Ratifikation dieser Verträge nachgekommen sind.

275. Mit Stand von August 2000 bin ich der Verwahrer von 517 Verträgen. Viele davon haben eine einschneidende Wirkung auf das Leben und den Lebensunterhalt des Einzelnen, da sie sich mit Fragen wie Menschenrechte, Flüchtlinge und Staatenlose, internationales Strafrecht, Rohstoffe, Handel, Verkehr, Meere, Abrüstung und Umwelt befassen. Einige dieser Verträge liegen seit mehreren Jahren zur Unter-

zeichnung, Ratifikation oder zum Beitritt auf, aber ist es noch nicht gelungen, alle Staaten zur Partizipation daran zu bewegen.

276. Ich möchte die Mitgliedstaaten daran erinnern, dass im dritten Präambelabsatz der Charta der Vereinten Nationen das Ziel verkündet wird, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können. Eine unserer wichtigsten Aufgaben besteht darin, die Anwendung der in diesen Verträgen enthaltenen Regeln fest zu verankern und mitzuhelfen, den ihnen zu Grunde liegenden Werten Bestand und größere Geltung zu verschaffen.

277. Es ist nicht damit getan, dass Staaten lediglich ihre Zustimmung bekunden, an Verträge gebunden zu sein. Wenn die Völker aller Staaten an der sich abzeichnenden globalen Rechtsordnung teilhaben und ihre Früchte genießen sollen, müssen die Staaten auch die in diesen Verträgen niedergelegten Verpflichtungen achten und erfüllen. Es ist ausschlaggebend, die Verheißung des von der internationalen Gemeinschaft entwickelten globalen Normengefüges Wirklichkeit werden zu lassen. Ohne ein entsprechendes Engagement wird die Herrschaft des Rechts in internationalen Angelegenheiten graue, abstrakte Theorie bleiben.

278. Es bleibt noch viel zu tun; allzu häufig stellen Einzelpersonen und Unternehmen fest, dass ihnen die Rechte und Vorteile verwehrt werden, die das Völkerrecht und internationale Verträge ihnen zuerkennen. In manchen Fällen weigern sich die einzelstaatlichen Behörden, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen anzuerkennen und zu achten, selbst wenn der betreffende Staat die maßgeblichen Verträge aus freien Stücken angenommen hat. Weitaus öfter jedoch fehlen diesen Behörden einfach die nötigen Fachkenntnisse oder Ressourcen, um sicherzustellen, dass ihre Verpflichtungen angemessen erfüllt und umgesetzt werden, etwa soweit es darum geht, die erforderlichen Rechtsvorschriften zu erarbeiten und zu verabschieden, die notwendigen Verfahren und Verwaltungsvorkehrungen zu schaffen, alle Beteiligten in der Anwendung dieser Rechtsvorschriften, Verfahren und Vorkehrungen auszubilden und sie mit den internationalen Regeln, deren Umsetzung sie dienen sollen, vertraut zu machen. Um die Anstrengungen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus internationalen Verträgen zu unterstützen, gewähren wir den Regierungen auf Antrag bereits heute Hilfe bei der Ausarbeitung innerstaatlicher Gesetze und bei der

Durchführung von Ausbildungsprogrammen zu bestimmten Aspekten des Völkerrechts für diejenigen, die mit seiner Anwendung beauftragt sind, wie zum Beispiel Polizisten, Strafvollzugsbeamte, Sozialarbeiter und Beamte der Einwanderungsbehörden.

279. Um auf einzelstaatlicher Ebene Kapazitäten für die wirksamere Durchführung von Verträgen aufzubauen, habe ich alle Büros, Hauptabteilungen, Programme, Fonds und Organe der Vereinten Nationen ersucht, ihre gegenwärtige Tätigkeit zu überprüfen und zu überlegen, was sie im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen noch tun können, um die Anwendung des Völkerrechts zu fördern, sowie technische Hilfe bereitzustellen, um den Regierungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf Grund von Verträgen zu helfen, denen sie beigetreten sind oder noch beizutreten wünschen.

280. In allgemeinerer Hinsicht habe ich außerdem alle Stellen der Vereinten Nationen, nicht nur soweit sie unmittelbar mit Rechtsfragen befasst sind, gebeten, mir mitzuteilen, wie sie, sowohl bei der Öffentlichkeit als auch bei Rechtsanwendern, insbesondere bei Rechtspraktikern und Richtern, ein schärferes Bewusstsein für das Völkerrecht schaffen helfen könnten. Ich möchte mich auch dafür einsetzen, dass an Universitäten und anderen höheren Bildungseinrichtungen die Lehre des Völkerrechts breiteren Raum einnimmt. Zu diesem Zweck hat der Rechtsberater die Dekane der juristischen Fakultäten auf der ganzen Welt angeschrieben und sich der Unterstützung durch eine Gruppe prominenter Hochschuljuristen versichert, die den Universitäten dabei behilflich sein sollen, geeignete Lehrpläne zu entwickeln und sachgerechtes Lehrmaterial zu identifizieren.

281. In dem Maße, wie sich das Völkerrecht weiter entwickelt und auf immer größere Bereiche des täglichen Lebens und der Geschäftswelt einwirkt, wächst auch seine Wirkung auf das Recht eines jeden Landes. Diese Tatsache erlegt Juristen und denjenigen, die sie aus- und fortbilden, eine besondere Verantwortung auf. Völkerrecht kann nicht länger als freiwilliges Zusatzfach angesehen werden – wenn es dies überhaupt je war –, das Juristen zum Bestandteil ihrer Ausbildung machen können oder nicht. Wenn sie den mit der Herrschaft des Rechts verbundenen Anforderungen gerecht werden wollen, müssen Juristen mit dem Völkerrecht vertraut, in seiner Methodik geübt und, falls die Situation es gebietet, in der Lage sein, entsprechende Recherchen anzustellen.

Kapitel V

Die Gestaltung des Wandels

Verbesserung der Kommunikation

282. Voraussetzung für eine weltweite Unterstützung der Vereinten Nationen auf breiter Grundlage ist eine aktuelle und wirksame Kommunikation. In diesem Jahr hat die Hauptabteilung Presse und Information eine Reihe von Innovationen vorgenommen, die unserer Antwort auf die Frage, wer wir sind, was wir tun und warum wir dies tun, eine größere Breite und Tiefe verleihen werden. Eine dieser Initiativen ist die systemweite Kampagne "Die VN in Aktion", die erklärt, wie die Vereinten Nationen die wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, angehen. Hinter diesen Anstrengungen steht unsere Entschlossenheit, uns die neuen Kommunikationstechnologien in vollem Umfang zunutze zu machen, um unserer Arbeit und der Produktivität unserer Mitarbeiter größere Wirkung zu verleihen.

283. Die Nutzung der Web-Seite der Vereinten Nationen nimmt weiterhin außerordentlich rasch zu, und inzwischen werden mehr als 400 Millionen Zugriffe pro Jahr verzeichnet. Im vergangenen Jahr wurden erhebliche inhaltliche und konzeptionelle Verbesserungen an der Web-Seite vorgenommen, außerdem wurden in allen sechs Amtssprachen eine Reihe von Neuerungen, unter anderem auch Live-Übertragungen von wichtigen Ereignissen über das Internet, eingeführt. Die Neugestaltung, die im Augenblick vorgenommen wird, wird allen Nutzern der Web-Seite in allen sechs Amtssprachen dasselbe Bild und dasselbe Gefühl vermitteln. Der Forderung der Generalversammlung nach Führung der Web-Seite in allen sechs Amtssprachen nachzukommen, erwies sich trotz der leichten Erhöhung der für die Entwicklung der Web-Seite veranschlagten Mittel als echte Herausforderung.

284. Der Millenniums-Gipfel und die Millenniums-Generalversammlung bieten der Hauptabteilung eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Interesse der Öffentlichkeit für die Vereinten Nationen und ihre weltumspannende Rolle durch eine globale Medienkampagne zu mobilisieren. Durch die Veröffentlichung meines Millenniums-Berichts und die zu seiner Bekanntmachung veranstaltete, per Telekonferenz übertragene Informationsreihe für Journalisten in aller Welt, wurde bereits ein bisher einzigartiges Medienecho zu dem Millenniums-Gipfel erzielt. Darüber hinaus sorgte die Hauptabteilung für eine breite Bekanntmachung der Initiative des Generalsekretärs zur Unterzeichnung multilateraler Verträge im Zusammenhang mit dem Gipfel. Im Mai wur-

den die Arbeiten des Millenniums-Forums der Organisationen der Zivilgesellschaft simultan durch das Fernsehen der Vereinten Nationen sowie per Videokonferenz und als Internetsendung übertragen.

285. In dem Maße, wie Zahl und Umfang der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen weiter zunehmen, steigt auch der Bedarf an Informationen und Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet. Im Kosovo und in Osttimor war die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit entscheidend, und an den neuen Einsätzen, beispielsweise in Sierra Leone, der Demokratischen Republik Kongo und in Äthiopien/Eritrea, war die Hauptabteilung von Anfang an in vollem Umfang beteiligt. Die Einrichtung rasch einsetzbarer Informationsteams für neue Friedensmissionen wird die Hauptabteilung noch besser in die Lage versetzen, ihre Ziele auf diesem Gebiet zu verwirklichen.

286. Weitere Initiativen zum Aufbau von Partnerschaften mit anderen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen, nichtstaatlichen Organisationen, Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft entstehen durch die gemeinsame Förderung von Konferenzen, Informationssitzungen, Ausstellungen und Veranstaltungen wie dem Weltfernsehforum und dem Welt-Aids-Tag. Der Kontakt zu den 1.600 mit der Hauptabteilung assoziierten nichtstaatlichen Organisationen hat sich durch Videokonferenzen und Live-Übertragungen über das Internet dramatisch verbessert.

287. Das Programm für Rundfunk- und Fernsehberichterstatte und Journalisten aus den Entwicklungsländern, inzwischen im zwanzigsten Jahr seines Bestehens, und das Programm für palästinensische Journalisten stellen auch weiterhin Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung und sorgen gleichzeitig dafür, dass die Tätigkeit der Vereinten Nationen in den Entwicklungsländern breiteren Kreisen bekannt gemacht wird. Andere Programme zum Ausbau der Medienkontakte führten dazu, dass im Dezember 1999 zwölf Chefredakteure sowie Rundfunk- und Fernsehjournalisten aus Entwicklungsländern nach Genf kamen, wo sie intensiv über Menschenrechtsfragen unterrichtet wurden, und dass 15 afrikanische Chefredakteure sowie Rundfunk- und Fernsehjournalisten im Juni eine Woche lang am Amtssitz in New York zusammenkamen, wo sie mit der Rolle und der Tätigkeit der Vereinten Nationen in Afrika vertraut gemacht wurden. E-Mail-Direktverbindungen zu Journalisten auf der ganzen Welt sind Teil eines weiteren innovativen Projekts, das nahezu in Echtzeit auf elektronischem Weg auf die neuesten Nachrichten aus den Vereinten Nationen aufmerksam machen wird.

288. Die Tatsache, dass es heute weltweit eine 24-Stunden-Berichterstattung gibt, hat mehrere neue Initiativen zur intensiveren Berichterstattung über die Tätigkeit der Vereinten Nationen nach sich gezogen. Mit Hilfe des internetgestützten Nachrichtenzentrums der Vereinten Nationen werden heute den regionalen Medien Informationen und andere Materialien in Echtzeit zur Verfügung gestellt. Das seit fast einem Jahr bestehende Zentrum liefert rund um die Uhr aktualisierte Nachrichten über die Vereinten Nationen. Ziel der Hauptabteilung ist letztlich der Aufbau eines voll integrierten, multimedialen Nachrichtendienstes der Vereinten Nationen, der den Medien auf der ganzen Welt direkt Nachrichten zur Verfügung stellt.

289. Zur Zeit wird ein Pilotprojekt durchgeführt, das es dem Rundfunksender der Vereinten Nationen (*United Nations Radio*) ermöglichen wird, täglich 15-minütige Nachrichtenbulletins in allen sechs Amtssprachen zu produzieren und an Rundfunkstationen weltweit zu verteilen. Die Hauptabteilung geht davon aus, dass bis Ende des Jahres sämtliche Produkte des *United Nations Radio* auf der Web-Seite der Vereinten Nationen verfügbar sein werden, was es Rundfunk- und Fernsehjournalisten weltweit, die Zugang zum Internet besitzen, ermöglichen wird, das Material zu jeder beliebigen Zeit abzurufen. Die Radioinitiative wird demnächst auch vom Fernseh-Dienst nachvollzogen: Ab 2001 werden täglich für Fernsehjournalisten Nachrichtenzusammenstellungen über die jüngsten Entwicklungen im System der Vereinten Nationen verbreitet.

290. Diese Entwicklungen sind bedeutsam, doch wird ihr Erfolg ausschließlich davon abhängen, ob das Sekretariat in der Lage sein wird, die Anpassung an die digitale Revolution zu bewältigen. Ziel ist die Schaffung einer informationstechnologischen Infrastruktur, die in der Lage ist, Texte, Bilder und gesprochene Nachrichten von den Vereinten Nationen sofort an nahezu alle Orte der Welt zu übermitteln. Umfangreiche Investitionen, auch seitens anderer Hauptabteilungen, müssen vorgenommen werden, wenn vermieden werden soll, dass die Vereinten Nationen in dem neuen Informationsumfeld in eine Randstellung abgedrängt werden. Außerdem sind Investitionen erforderlich, um die hinfallige Informationsinfrastruktur am Amtssitz, die größtenteils ein halbes Jahrhundert alt ist, zu ersetzen. Der totale Zusammenbruch dieses Kommunikationssystems, das Fernseh- und Rundfunkmaterial vom Amtssitz an die Medien in aller Welt verbreitet, ist eine konkrete Gefahr.

291. Die Informationszentren der Vereinten Nationen spielen eine entscheidende Rolle dabei, den Gemeinwesen auf der ganzen Welt die Botschaft und die Anliegen der Vereinten Nationen zu übermitteln. Sie bilden das direkte Bindeglied zwischen den Vereinten Nationen und den Vertretern der Medien, den nichtstaatlichen Organisationen und der breiten Öffentlichkeit, und sie lenken die Aufmerksam-

keit der lokalen Gemeinwesen auf die Tätigkeit der Vereinten Nationen. Die Mitarbeiter der Zentren sind führend an der Erarbeitung der Informationsstrategien für die VN-Landesteams in den einzelnen Ländern beteiligt, und sie sorgen mit dafür, dass die Äußerungen der Vereinten Nationen einheitlich sind. 34 Zentren verfügen bereits über ihre eigenen Web-Seiten, weitere befinden sich in der Planungsphase.

292. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Dag-Hammarskjöld-Bibliothek stehen auch weiterhin die Verbreitung elektronischer Informationen, die Verbindungsarbeit mit den Depotbibliotheken, die Ausbildung von Mitarbeitern der Ständigen Vertretungen, des Sekretariats und der nichtstaatlichen Organisationen im Gebrauch der Dokumentation und des Internet sowie die Unterstützung der Mehrsprachigkeit. Die Web-Seite der Bibliothek hatte 1999 1,5 Millionen Zugriffe zu verzeichnen, und ihre wichtigsten Datenbanken sind inzwischen auf einer Web-Plattform namens UNBISNET installiert. Das Programm zur Digitalisierung und Übertragung der Dokumente aller wichtigen Organe der Vereinten Nationen aus der Mikrofiche-Sammlung der Bibliothek auf das optische Speicherplattensystem schreitet mit Hochdruck voran.

293. Der technologische Wandel hat das Spektrum und die Reichweite eines der traditionellsten Tätigkeitsgebiete der Vereinten Nationen – das Veröffentlichungswesen und die damit verbundenen kundenspezifischen Dienstleistungen – vergrößert. Die ersten 50 Jahrgänge des *Yearbook of the United Nations* (Jahrbuch der Vereinten Nationen) werden demnächst in elektronischer Form als Quelle sofort abrufbarer Informationen über die Geschichte der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen. Die Zeitschrift *Development Business*, die sich mit den Beschaffungsmöglichkeiten aus Entwicklungsländern befasst, wurde im Rahmen konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Weltbank neu belebt und erscheint heute auch in einer aktiven, einkommenserzeugenden elektronischen Ausgabe. Sowohl die Druck- als auch die Internet-Fassung des *UN Chronicle*, in dem nach wie vor namhafte Persönlichkeiten ihre Beiträge veröffentlichen, hat ein neues Gesicht erhalten. Die Zeitschrift *Africa Recovery*, die bestrebt ist, zur Verbesserung der Entwicklungsaussichten und zur Verwirklichung von Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent beizutragen, richtet sich an einen breiten Leserkreis und hat im vergangenen Jahr in den afrikanischen Medien und Regierungskreisen zunehmend Anerkennung gefunden. Die Verkaufszahlen der VN-Veröffentlichungen sind gestiegen, und die Web-Seite "Veröffentlichungen der Vereinten Nationen" bietet eine solide Plattform für weltweite Vertriebssteigerungen.

294. Die Sektion Kartografie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Unterstützung der Sachtätigkeit der Vereinten Nationen. Die technischen Dienste unserer Kartografen wer-

den nahezu täglich vom Sicherheitsrat in Anspruch genommen und liefern maßgebliche Informationen für die Friedensschaffungs- und Friedenssicherungstätigkeiten. Im März 2000 wurde offiziell eine Arbeitsgruppe Geografische Informationen eingesetzt, in der alle Kartografen und Geografen des Systems der Vereinten Nationen regelmäßig zusammentreffen.

Beziehungen nach Außen

295. Eine der grundlegendsten Herausforderungen, vor die sich die Vereinten Nationen gestellt sehen, ist die gestiegene Arbeitsbelastung, der keine ausgleichende Erhöhung der Ressourcen gegenübersteht. Mit unserem laufenden Reformprogramm suchen wir, dem Problem der mangelnden Ressourcen durch Effizienzsteigerungen zu begegnen, nicht zuletzt indem wir uns in höherem Maße auf Informationstechnologie stützen.

296. Während der vergangenen drei Jahre haben wir in dieser Hinsicht beachtliche Fortschritte erzielt, doch nach wie vor sind unsere Verpflichtungen höher als die Ressourcen, die uns zu ihrer Erfüllung zur Verfügung stehen, und unsere finanziellen Schwierigkeiten werden durch die Nicht-entrichtung von Beiträgen noch weiter verschärft. Wir können mit weniger mehr erreichen, jedoch nur bis zu einem gewissen Punkt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Großzügigkeit einzelner Mitgliedstaaten, des Privatsektors und philanthropischer Stiftungen besondere Bedeutung.

297. Im Laufe der Jahre konnten die Organisationen der Vereinten Nationen dank der großzügigen Unterstützung einzelner Mitgliedstaaten innovative Programme in den Bereichen Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Entwicklung in Angriff nehmen, deren Finanzierung sonst niemals möglich gewesen wäre.

298. Eine neuere Entwicklung ist die aufblühende Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Privatsektor, auf die ich an früherer Stelle in diesem Bericht eingegangen bin. Den Vereinten Nationen kommen in zunehmendem Maße die Ideen, der Sachverstand und die Ressourcen zugute, die der Privatsektor bereitstellen kann. Umgekehrt nützt es dem Privatsektor, wenn eine stärkere Organisation der Vereinten Nationen internationale Regeln und Normen fördert – die "weiche Infrastruktur", auf die der Welthandel in immer stärkerem Maße angewiesen ist.

299. Um zu gewährleisten, dass die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor mit den Prioritäten und Regeln der Vereinten Nationen im Einklang steht, habe ich Leitlinien für Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und der Privatwirtschaft aufgestellt, die überprüft werden können, sobald wir über mehr Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

300. Zwar haben philanthropische Stiftungen unsere Arbeit schon immer freigebig unterstützt, doch kamen die Vereinten Nationen erst in den letzten drei Jahren dank des großzügigen Geschenks von Ted Turner in den Genuss einer groß angelegten Partnerschaft. Mit diesem Geschenk wurden so unterschiedliche Projekte der Vereinten Nationen unterstützt wie die Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV/Aids, die Stromgewinnung aus Biomasse in Indien sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt auf den Galapagos-Inseln. Der durch diese Spende geschaffene Präzedenzfall hat bereits andere dazu angeregt, die Vereinten Nationen bei ihrer Suche nach Lösungen für die drängenden Weltprobleme zu unterstützen.

301. Der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften, der eingerichtet wurde, um die zugeteilten Mittel aus der Schenkung Ted Turners ihren Empfängern zuzuweisen und weitere neue Partnerschaften zu fördern, geht ins dritte Jahr seines Bestehens. Bisher hat der Fonds Programme mit einem Mittelumfang von insgesamt 310 Millionen Dollar in 112 Ländern aufgestellt, in folgenden vier konkreten Bereichen: Gesundheit von Kindern; Frauen und Bevölkerung; Umwelt und Frieden sowie Sicherheit und Menschenrechte. Auch in den kommenden Jahren wird sich seine Arbeit auf diese Bereiche sowie auf die in meinem Millenniums-Bericht genannten Prioritäten konzentrieren.

302. Das interne Forschungsnetz des Systems der Vereinten Nationen, das zu großen Teilen der Universität der Vereinten Nationen (UVN) angeschlossen ist, führt politikrelevante Forschungsarbeiten in einem breiten Spektrum von Disziplinen und Themen durch. So untersuchen Wissenschaftler der Vereinten Nationen am UVN-Institut in Helsinki die Zusammenhänge zwischen Informationstechnik, Armut und Wirtschaftswachstum; in Hamilton, Ontario (Kanada) liegt der Schwerpunkt auf der Sicherheit der Wasserversorgung für die Entwicklungsländer; in Genf auf der Eindämmung der Verbreitung von Kleinwaffen; in Legon (Ghana) auf der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in Afrika; in Reykjavik auf geothermischer Energie und in Tokio auf nachhaltiger Entwicklung und humanitärer Intervention.

303. In meinem Reformplan von 1997 habe ich betont, dass die Organisation die Forschung ausbauen und deren Ergebnisse wirksamer einsetzen muss. Seither wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Kommunikation zwischen den an der UVN und an anderen Forschungsinstituten tätigen Wissenschaftlern und den Anwendern der Forschungsergebnisse im Sekretariat der Vereinten Nationen sowie in den Programmen und Organen zu verstärken. Entscheidend wichtig ist, dass diejenigen, die Politikmaßnahmen entwerfen und umsetzen, über sachdienlichere und nützliche Forschungsergebnisse verfügen, und

dass den politischen Entscheidungsträgern stärker bewusst gemacht wird, was die Forschergemeinschaft der Vereinten Nationen anzubieten hat. Die Förderung dieses Austauschs ist der Grundgedanke hinter dem als jährliche Veranstaltung geplanten Genfer Dialog zwischen Forschung und Politik, der 2000 erstmals stattgefunden hat.

304. In den letzten zehn Jahren kam den Organisationen der Zivilgesellschaft eine immer wichtigere Funktion dabei zu, bei der Ausarbeitung, der Umsetzung und der Ausführung der Programme der Vereinten Nationen behilflich zu sein und als Träger des Wandels zu dienen. Dank der weltumspannenden Reichweite des Internet, das sich zu einem einflussreichen Werkzeug der Interessenvertretung sowie zu einer außerordentlich ergiebigen Quelle für Informationen und Analysen entwickelt hat, sind die Organisationen der Zivilgesellschaft heute besser als je zuvor in der Lage, auf globaler Ebene Koalitionen zu bilden, sich zu organisieren und ihre Kräfte zu mobilisieren.

305. Während des vergangenen Jahres spielten die Organisationen der Zivilgesellschaft bei den regionalen Anhörungen zur Vorbereitung der Millenniums-Generalversammlung eine außerordentlich wichtige Rolle. Bei dem im Mai am Amtssitz der Vereinten Nationen abgehaltenen Millenniums-Forum kamen Vertreter von über 1.000 Organisationen der Zivilgesellschaft aus mehr als 100 Ländern zusammen, um darüber zu beraten, wie die Vereinten Nationen gestärkt werden sollten, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Noch höher war die Zahl der Teilnehmer an den im Juni in New York beziehungsweise Genf abgehaltenen Sondertagungen der Generalversammlung, auf denen eine Bilanz der seit der Vierten Weltfrauenkonferenz beziehungsweise seit dem Weltgipfel für soziale Entwicklung erzielten Fortschritte gezogen wurde.

306. Der Begriff der Zivilgesellschaft ist breit gespannt und umfasst mehr als nur Aktivisten- und Lobbygruppen. Einige herausragende zivilgesellschaftliche Begegnungen finden im Vorfeld des Millenniums-Gipfels statt. Dazu gehören ein von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur mit Unterstützung des Präsidenten der Islamischen Republik Iran, S. M. Khatami, veranstalteter Runder Tisch zur Einleitung des Jahres des Dialogs zwischen den Kulturen; die jährliche Konferenz der Hauptabteilung Presse und Information und der nichtstaatlichen Organisationen; eine von der Interparlamentarischen Union veranstaltete dreitägige Konferenz, bei der Parlamentsvorsitzende aus aller Welt zu den Vereinten Nationen kommen werden; sowie ein Gipfeltreffen religiöser und geistiger Führer, die etwa 75 verschiedene Glaubensrichtungen vertreten.

Verwaltung und Management

307. Ich freue mich, feststellen zu können, dass wir der Verwirklichung meines Ziels der Schaffung einer aufge-

schlossenen und ergebnisorientierten Organisationskultur im vergangenen Jahr erheblich näher gekommen sind. Eine wichtige Entwicklung war die Erarbeitung eines Personalreformpakets, einer Politik auf dem Gebiet der Informationstechnik und eines Rahmenplans für das Anlagevermögen. Ich empfehle diese Vorschläge den Mitgliedstaaten zur Billigung. Durch ihre Umsetzung wird die Effektivität der Vereinten Nationen erheblich steigen.

Personalreform

308. In dem Maße, wie sich die Vereinten Nationen von einer Amtssitz-Organisation zu einer Organisation mit stärkerer Präsenz im Feld wandeln, muss das Sekretariat sein Personal mit zunehmender Flexibilität einsetzen können. Ziel der Reformvorschläge ist die Modernisierung des Personalmanagements und die Verfügbarkeit von Führungskräften mit entsprechender Kompetenzausstattung, Verantwortung und Rechenschaftspflicht sowie qualifizierter, fachlich geeigneter und motivierter Mitarbeiter.

309. Das Reformpaket besteht aus neun Bausteinen, die auf den Grundsätzen der Transparenz, Einfachheit und Rechtzeitigkeit beruhen. In dem Paket werden grundlegende Änderungen in den folgenden vier Hauptgebieten vorgeschlagen: Rechenschaftspflicht; Mobilität; Rekrutierung, Stellenbesetzung und Beförderung; sowie arbeitsvertragliche Regelungen. Andere Reformen sehen Verbesserungen in der Personalplanung und dem Leistungsmanagement, die Rationalisierung der Vorschriften und Verfahren, die Verbesserung der Schulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, bessere Beschäftigungsbedingungen und die Stärkung der Rechtspraxis im Sekretariat vor.

Politik auf dem Gebiet der Informationstechnik

310. Um sicherzustellen, dass die Vereinten Nationen mit den raschen Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik Schritt halten, wurde eine Politik der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Informationstechnik erarbeitet. Unter Heranziehung sekretariatsinterner Fachkenntnisse wird diese Politik sowohl die Einführung als auch die Handhabung neuer Informationstechnologien und deren Verwendung als Mittel zur Informationsverbreitung und -verwaltung bestimmen.

311. Nach Einführung dieser Politik werden die Führungskräfte der Organisation Zugang zu umfassenden, aktuellen Informationen zu Grundsatz-, Verwaltungs- und operativen Fragen haben und die sich daraus ergebende höhere Gesamtproduktivität nutzen können. Auch den Mitgliedstaaten werden die Verbesserungen in der technischen Unterstützung und den Dienstleistungen zugute kommen.

312. Die Politik auf dem Gebiet der Informationstechnik wird auch eine wirksamere Verbreitung größerer Informationsmengen innerhalb der Vereinten Nationen ermöglichen.

Unsere externen Partner werden ebenfalls von diesen Veränderungen profitieren. Das umfassendere Ziel der Vereinten Nationen – die Überbrückung der digitalen Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern – wird durch ein Sekretariat erleichtert werden, das sich die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnik systematischer zunutze machen kann.

313. In diesem Zusammenhang kommt dem Integrierten Management-Informationssystem, das sich als leistungsfähiges Managementinstrument erweist, im Hinblick auf die zentralen Verwaltungsvorgänge in der Organisation ein immer höherer Stellenwert zu. Ab September 2000 wird es an allen anderen großen Dienstorten zum Einsatz kommen.

314. Das Integrierte Management-Informationssystem hat eine erhebliche Prozessoptimierung und Vereinheitlichung der Verwaltungsabläufe in der gesamten Organisation ermöglicht. Dank der internen Kontroll- und Überwachungskapazität des Systems wurde die Verantwortung für das Programmmanagement wieder fest in die Hand der Programmleiter gelegt. Zur Zeit verwenden sieben Organisationen das System, das an elf verschiedenen Orten auf der ganzen Welt zum Einsatz gebracht wurde.

Rahmenplan für das Anlagevermögen

315. Der Gebäudekomplex am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York weist trotz seiner einzigartigen architektonischen Gestaltung und Bauqualität inzwischen Alterungserscheinungen auf und bedarf einer umfangreichen Reparatur und Renovierung. Die gegenwärtige Methode einer ohne gezielte Vorausplanung nur im Bedarfsfall einsetzenden Instandhaltung kann die Bausubstanz auf lange Sicht nicht erhalten und kann darüber hinaus schwerwiegende finanzielle Probleme aufwerfen, wenn immer höhere Reparatur- und Instandhaltungskosten anfallen. In dem langfristigen Rahmenplan für das Anlagevermögen unterbreite ich mehrere mögliche Lösungen und schlage verschiedene Finanzierungsalternativen vor. Der Plan macht recht deutlich, dass die Kosten einer grundlegenden Modernisierung des Gebäudekomplexes zwar nicht unerheblich sind, dass sie aber weit unter denen liegen, die namentlich zur Deckung von Energiekosten entstünden, wenn wir unsere gegenwärtige reaktive Instandhaltungspolitik beibehalten.

Weitere Herausforderungen

316. Ich bin auch weiterhin entschlossen, für die Steigerung der Produktivität der Vereinten Nationen, das heißt für eine immer bessere Qualität sowie eine immer größere Wirkkraft und Kostenwirksamkeit der Programme der Vereinten Nationen, Sorge zu tragen. Zu diesem Ziel gehört grundlegend, dass die Produktivität der Mitarbeiter in den Verantwortungsbereich des jeweiligen Leiters gestellt wird.

317. Effizienz und Transparenz im Beschaffungsprozess konnten dank der Internet-Technologie gesteigert werden, die es nunmehr gestattet, eine Vielzahl beschaffungsrelevanter Informationen über die Leitseite der Beschaffungsabteilung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

318. Der Prozess der Vereinfachung und Rationalisierung der Vorschriften und Verfahren der Vereinten Nationen ging im vergangenen Jahr weiter. Die erste Phase dieses Prozesses wird bis Ende des Jahres abgeschlossen sein und wird für eine Verbesserung der Leistungen und der Rechenschaftslegung des Managements im gesamten System der Vereinten Nationen sorgen. Mit der effizienteren Übermittlung von Informationen über die Vorschriften und Verfahren auf elektronischem Wege ist auch deren konsequentere Anwendung zu erwarten.

319. Die Vorbereitungen für die Umstellung auf ein ergebnisorientiertes Haushaltsverfahren unter breiter Verwendung von Leistungsindikatoren gehen weiter. Mein Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 2000-2001 stand am Anfang dieses Prozesses und enthielt für alle Sachbereiche Angaben zu den erwarteten Leistungen. Dieses neue Haushaltskonzept wird das letzte Element sein, das noch aussteht, um die verschiedenen Komponenten meines Plans zur Schaffung eines stärker ergebnisorientierten Managementsystems miteinander zu verbinden.

320. Das größte Hindernis für ein besseres Management und eine höhere Produktivität während der letzten drei Zweijahreszeiträume war und ist die Mittelknappheit. Obgleich die den Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Finanzmittel sich stabilisiert haben, ist der Gesamtbetrag der nicht entrichteten Beiträge, insbesondere für die friedenssichernden Tätigkeiten, auch weiterhin unannehmbar hoch.

Rechtsangelegenheiten

321. In den Rechtsangelegenheiten war das vergangene Jahr ein Jahr der stillen Erfolge. Die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ist dem Abschluss des Entwurfs eines Übereinkommens über die Abtretung im Bereich der Forderungsfinanzierung ein gutes Stück näher gekommen. Dies wird die Finanzierung durch Forderungen erleichtern und gewerblichen Unternehmen Zugang zu Darlehen mit niedrigeren Zinssätzen verschaffen. Die Kommission erzielte außerdem Fortschritte bei der Vereinheitlichung der Regeln über elektronische Unterschriften. Im Juli 2000 verabschiedete sie einen Rechtsleitfaden für privat finanzierte Infrastrukturprojekte, der den Regierungen dabei behilflich sein soll, geeignete Rechtsvorschriften festzulegen mit dem Ziel, dort Investitionen anzuziehen, wo Privatunternehmen unter einem öffentlichen Lizenzvergabesystem öffentliche Infrastruktureinrichtungen errichten und betreiben.

322. Die Völkerrechtskommission setzte ihre Arbeit an den Artikelentwürfen über die Staatenverantwortlichkeit mit dem Ziel ihrer endgültigen Verabschiedung im Jahr 2001 fort. Darüber hinaus überprüfte sie die Frage der Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit und kam dabei auf Fragen zurück, die sich aus ihrer früheren Arbeit zu diesem Thema ergaben. Die im Juli 1999 von der Kommission verabschiedeten Artikelentwürfe über die Staatsangehörigkeit natürlicher Personen im Zusammenhang mit der Staatennachfolge haben ein sehr positives Echo bei den Mitgliedstaaten gefunden. Die Artikelentwürfe liegen derzeit dem Sechsten Ausschuss vor, der ihre Verabschiedung in Form einer Erklärung der Generalversammlung erwägt.

323. Im Dezember 1999 verabschiedete die Generalversammlung das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, das jüngste in einer Reihe miteinander zusammenhängender Übereinkommen auf diesem Gebiet. Zum 25. August 2000 hatten 22 Staaten das Übereinkommen unterzeichnet, das in Kraft tritt, sobald es von 22 Staaten ratifiziert worden ist. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, dieses besonders wichtige Rechtsinstrument zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Seit der Verabschiedung des Übereinkommens haben der Ad-hoc-Ausschuss und der Sechste Ausschuss ihr Augenmerk auf ein weiteres wichtiges Rechtsinstrument auf diesem Gebiet gerichtet: ein Übereinkommen zur Bekämpfung von nuklearen terroristischen Handlungen.

324. Im Dezember 1999 setzte die Generalversammlung einen Konsultationsprozess zur Erleichterung ihrer jährlichen Überprüfung der Entwicklungen im Bereich Meere und Seerecht in Gang. Die erste Tagung fand Anfang Juni 2000 statt und bot Gelegenheit, diese Frage eingehend zu prüfen und nach pragmatischen Lösungen für die verbleibenden Probleme zu suchen. Die Generalversammlung wird sich auf ihrer fünfundfünfzigsten Tagung mit den Empfehlungen dieser Konsultationen befassen.

325. Darüber hinaus war der Bereich Rechtsangelegenheiten auch für die Ausarbeitung der legislativen Mechanismen für die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo und die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor verantwortlich, die ersten Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen mit der Befugnis zur Ausübung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Überdies entwarf der Bereich den grundlegenden rechtlichen Rahmen, gemäß dem diese Missionen tätig sein und die unter ihrer Obhut stehenden Gebiete verwalten sollen. Der Bereich hat diese Missionen seit ihrer Einrichtung sowie andere Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen juristisch unterstützt und beraten. Besonders wertvoll war die Hilfe, die der Bereich dem Sonderkoordinator des Generalsekretärs für den Nahost-Friedensprozess im

Hinblick auf die Durchführung der Resolution 425 (1978) des Sicherheitsrats und den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Libanon gewährt hat.

326. Der Bereich Rechtsangelegenheiten verteidigte die Vereinten Nationen mit Erfolg in einem komplexen Schiedsverfahren, bei dem es um eine Forderung in Höhe von 50 Millionen Dollar ging; er wirkte bei der Ausarbeitung umfassender Richtlinien für die Zusammenarbeit der Organisation mit der Privatwirtschaft mit; er war bei der Aushandlung und dem Entwurf von Vereinbarungen mit dem Privatsektor behilflich; er unterstützte die erfolgreiche Strafverfolgung ehemaliger Bediensteter in Fällen von Betrug gegenüber der Organisation und half bei der Beitreibung der Vermögenswerte der Vereinten Nationen; er vereitelte vor Gerichten der Vereinigten Staaten den Versuch einer privaten Stelle, die auf einem Treuhandkonto der Vereinten Nationen für das Programm "Öl für Lebensmittel" liegenden Vermögenswerte zu pfänden; er war bei der Durchführung des Programms "Öl für Lebensmittel" beratend tätig; und er war bei der Ausarbeitung neuer Finanzvorschriften für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen behilflich. Zudem bemühte sich der Bereich weiter darum, Malaysia zur Umsetzung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 29. April 1999 zu bewegen, in dem die Immunität eines Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission von der Gerichtsbarkeit bestätigt wurde.

Projektdienste

327. Das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste, die einzige sich hundertprozentig selbst finanzierende Institution im System der Vereinten Nationen, arbeitet gegen Entrichtung einer Gebühr für die Organe der Vereinten Nationen und andere Organisationen auf der ganzen Welt. Da die Dienste des Büros auf freiwilliger Grundlage beantragt werden können, steht es mit dem freien Dienstleistungsmarkt im Wettbewerb um Aufträge. 1999 bezifferten sich die Neuaufträge des Büros auf über 1,2 Milliarden Dollar, und es leistete Projektdienste mit einem Rekordwert von 560 Millionen Dollar. Dazu gehörten die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Gütern, die Einstellung von Beratern, die Vergabe von Aufträgen für Dienst- und Werkleistungen und die Abwicklung von Fortbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurde die Vergabe von Darlehen in Höhe von 196 Millionen Dollar für Projekte genehmigt, die das Büro für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung beaufsichtigt.

328. Während der Anteil der neuen Projekte des Büros, die aus den planmäßigen Haushaltsmitteln des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen finanziert werden, weiter zurückging, nahm der Umfang der Dienstleistungen, die von den nicht im Entwicklungsbereich tätigen Stellen im System der Vereinten Nationen angefordert wurden, be-

trächtlich zu. Die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die die Dienste des Büros erstmals im Jahr 1998 in Anspruch nahmen, steigerten 1999 ihre Nachfrage um 22 Prozent. Die traditionelleren Klienten des Büros, beispielsweise das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle und die den Vereinten Nationen angeschlossenen Organisationen mit Sitz in Wien, steigerten ihre Nachfrage im Jahresverlauf um nahezu das Dreifache.

329. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, hat das Büro seine Kompetenzen auf dem Gebiet des Managements über den Entwicklungsbereich hinaus ausgedehnt. So leistete beispielsweise die Gruppe Minenräumung des Büros auf Ersuchen der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze im Kosovo rasche Unterstützung bei der Minenräumung sowie damit zusammenhängende Dienste, und das Büro wird mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um die Provinz mit Wohnraum und Strom zu versorgen. Als Antwort auf eine Initiative der Mitgliedsorganisationen der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung erstellte das Büro darüber hinaus im Rahmen der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo ein Programm zum Ausbau der örtlichen Managementkapazitäten im öffentlichen und privaten Sektor.

330. Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen ist das Büro in der Lage, örtlichen Behörden sowohl in den Entwicklungs- als auch in den Geberländern beim Kapazitätsausbau behilflich zu sein, und es wird im Rahmen einer operativen Vereinbarung, über die gegenwärtig beraten wird, spezielle Beschaffungsdienste für die VN-Übergangsverwaltung in Osttimor bereitstellen.

331. Darüber hinaus entwickelt das Büro für Projektdienste derzeit spezielle Managementdienste zur Unterstützung der Demokratisierung und verfügt inzwischen in mehr als einem Dutzend Länder über entsprechende Erfahrungen. Im Auftrag der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und mit Finanzmitteln der Europäischen Kommission stellte das Büro 1999 in weniger als vier Wochen ein Team zur Überwachung der Wahlen in Nigeria zusammen. Das Team überwachte die Stimmabgabe in Wahllokalen im ganzen Land.

332. Zur Unterstützung von Projektpersonal in Bereichen, in denen eine konzentrierte Nachfrage besteht, werden derzeit fachspezifische Management-Unterstützungsgruppen eingerichtet. Eine dieser Gruppen arbeitet vom Genfer Büro aus und konzentriert sich auf die Ausarbeitung, Überwachung und Evaluierung von Programmen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auf lokaler

Ebene, wobei besonderes Gewicht auf den Wiederaufbau in Gesellschaften in der Konfliktfolgezeit gelegt wird. Eine ähnliche Fachgruppe, deren Tätigkeitsschwerpunkt auf der Reform des öffentlichen Sektors liegen wird, befindet sich in der Aufbauphase.

333. Die Verfolgung operativer Partnerschaften mit dem Privatsektor ist eine weitere neue Initiative des Büros für Projektdienste. Im Frühjahr 2000 wurden zwölf derartige Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und dem Unternehmenssektor in die Wege geleitet. Diese Gemeinschaftsprojekte reichen von der Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung in Guatemala und Mosambik über die Eindämmung von HIV/Aids in Asien bis zur Schaffung eines erschwinglicheren und leichteren Zugangs zu hochmodernen Satellitenaufnahmen für die Organisationen der Vereinten Nationen und die anderen Organisationen, die am Wiederaufbau in der Konfliktfolgezeit und an der Katastrophenvorbeugung mitwirken.

334. Im Rahmen weiterer Bemühungen, die Praktiken des Privatsektors mit den Zielen der Vereinten Nationen zu verbinden, hat das Büro für Projektdienste neue Mechanismen der Auftragsvergabe bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen entwickelt und dadurch innovative Partnerschaftsvereinbarungen mit nichtstaatlichen Organisationen geschaffen sowie ein neues Instrumentarium für Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor entwickelt, die der Tätigkeit der Vereinten Nationen größere Wirkung verleihen werden.

Rechenschaftspflicht und Aufsicht

335. Das Amt für interne Aufsichtsdienste führt Leistungsüberprüfungen für die verschiedenen Stellen im System der Vereinten Nationen durch und leitet sie hinsichtlich ihrer Arbeitsmethoden an. Es ist zu einem wichtigen Motor des Wandels innerhalb der Organisation geworden, insbesondere im Hinblick auf die Verstärkung der internen Kontrollen und die Verbesserung der Leistungen auf dem Gebiet des Managements. Immer mehr Manager innerhalb des Systems suchen den Rat des Amtes. Seine Unabhängigkeit ist dadurch gewährleistet, dass der Untergeneralsekretär für interne Aufsichtsdienste nur eine einzige, nicht verlängerbare Amtszeit von fünf Jahren ableistet.

336. Die Tätigkeit des Amtes hat sich auf die gesamte Organisation positiv ausgewirkt. Die internen Aufsichtsräume in den Sonderorganisationen und den getrennt verwalteten Fonds und Programmen sowie im Sekretariat arbeiten immer stärker zusammen, tauschen Erfahrungen aus und lernen aus ihnen.

Innenrevision

337. Im vergangenen Jahr richtete die Abteilung Innenrevision besonderes Augenmerk auf die Friedenssicherungs-

einsätze, die humanitären und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten, das Personalmanagement, das Beschaffungswesen, die Probleme bei der Einrichtung neuer Organe sowie die Planung und den Einsatz der Informationstechnik. Abgesehen von den finanziellen Einsparungen haben die Prüfungen auch zu einer Verbesserung der Verwaltung und der Leitung des Sekretariats insgesamt sowie zu einer Verstärkung der internen Kontrollen geführt.

338. Des Weiteren führte das Amt Prüfungen in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze in New York sowie in den meisten Friedenssicherungsmissionen im Feld durch. Diese konzentrierten sich auf die Personalausstattung der Friedenssicherungsmissionen, die Abwicklung von Luft-einsätzen und anderen logistischen Unterstützungsaufgaben sowie auf die Planung und Durchführung der Liquidation von Missionen.

339. Auf Ersuchen des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte führte das Amt für interne Aufsichtsdienste umfassende Prüfungen der Feldmissionen für Menschenrechte in Burundi und Ruanda sowie Anschlussprüfungen in der Zentrale des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte durch. Dem Amt wurde empfohlen, die Steuerung der Feldmissionen zu verbessern und seine internen Kontrollen zu verstärken.

340. Die Prüfungssektion des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Genf, mit örtlichen Rechnungsprüfern in Nairobi und Abidjan, prüfte die Feldmissionen des Amtes in 22 Ländern, wobei den Einsätzen in Afrika besondere Aufmerksamkeit galt. In der Zentrale des Hohen Flüchtlingskommissariats prüfte das Amt für interne Aufsichtsdienste die Unterstützungsdienste. Zudem wurden die Durchführungspartner des Hohen Flüchtlingskommissariats einer Bewertung unterzogen.

Disziplinaruntersuchungen

341. Es wurden weitere Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die finanziellen und personellen Ressourcen der Vereinten Nationen ordnungsgemäß eingesetzt werden. So wurde zum Beispiel ein wichtiger Fall gelöst, bei dem für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen bestimmte Beiträge der Mitgliedstaaten fehlgeleitet worden waren. Die widerrechtlich verwendeten Gelder in einer Gesamthöhe von mehr als 700.000 Dollar wurden beigetrieben, und gegen die verantwortliche Person wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

342. Darüber hinaus kooperierte das Amt für interne Aufsichtsdienste mit Polizei- und Justizbehörden bei der Strafverfolgung eines ehemaligen Bediensteten, der beschuldigt wurde, die Organisation um 800.000 Dollar betrogen zu haben. Die betreffende Person wurde vor Gericht gestellt, für

schuldig befunden und zu einer Haftstrafe von 41 Monaten verurteilt. Bislang wurden jedoch lediglich 110.000 Dollar der gestohlenen Summe an die Organisation zurückgezahlt. Weitere gerichtlich verfügte Rückzahlungen werden erwartet.

Gruppe Zentrale Überwachung und Inspektion

343. Die Gruppe Zentrale Überwachung und Inspektion erstellte meinen Bericht über den Programmvollzug der Vereinten Nationen im Zweijahreszeitraum 1998-1999, den der Programm- und Koordinierungsausschuss im Frühjahr 2000 behandelte. Die qualitative Beurteilung des Programmvollzugs ergab eine Durchführungsquote von 88 Prozent, die höchste in diesem Jahrzehnt. Dieser Erfolg wurde auf die Entschlossenheit der Organisation zurückgeführt, Effizienz und Rechenschaftspflicht im Management zu fördern. Es wurde insbesondere festgestellt, dass durch den Einsatz elektronischer Überwachungs- und Berichterstattungssysteme in geringerem Maße auf Berichte in Papierform zurückgegriffen, die Disziplin bei der Programmvollzugskontrolle innerhalb der Hauptabteilungen gestärkt und der Management-Informationsfluss erleichtert wird.

344. Eine Inspektion des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten ergab, dass es infolge von Straffungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen nunmehr besser in der Lage ist, auf sich abzeichnende humanitäre Krisen zu reagieren, und dass seine Koordinierungsrolle gestärkt wurde. Darüber hinaus wurden Anschlussinspektionen der Wirtschaftskommission für Afrika, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) durchgeführt. Das Amt für interne Aufsichtsdienste meldete, dass sich in der Wirtschaftskommission für Afrika einschneidende Veränderungen vollzogen hätten, durch die die Qualität ihrer Leistungen deutlich angehoben worden sei und die Kommission für ihre Bedarfsträger, ihre Partner (insbesondere die Organisation der afrikanischen Einheit) und ihr Gastland wieder an Bedeutung gewonnen habe. Das Amt kam zu dem Schluss, dass das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf die Empfehlungen meiner 1998 eingesetzten Arbeitsgruppe über das Umweltprogramm und das Habitat eingegangen sei, das Vertrauen der beteiligten Interessengruppen wiedererlangt habe und sich auf dem richtigen Weg befinde. Bei dem Habitat stellte das Amt das Entstehen einer neuen Kultur fest, in der Eigeninitiative, Kreativität und Flexibilität Vorrang haben. Die ungelösten Probleme, die sich im Bereich des Finanz- und des Personalmanagements aufgestaut hatten, haben jedoch die Durchführung von Verwaltungsreformen verzögert.

Gruppe Zentrale Evaluierung

345. Die Gruppe Zentrale Evaluierung führte zwei eingehende Evaluierungen durch. Die erste hatte die Hauptabtei-

lung Abrüstungsfragen zum Gegenstand. Dabei wurde festgestellt, dass die Mitgliedstaaten im Allgemeinen mit der Unterstützung zufrieden waren, die die Hauptabteilung den multilateralen Abrüstungsorganen gewährte. Eine Evaluierung des Wahlhilfeprogramms ergab, dass insgesamt 68 Mitgliedstaaten im Zeitraum von 1992 bis 1998 wertvolle Wahl-

hilfe erhalten hatten. Darüber hinaus führte die Gruppe auch dreijährliche Überprüfungen der Umsetzung der 1996 vom Programm- und Koordinierungsausschuss abgegebenen Empfehlungen betreffend die Hauptabteilung Presse und Information beziehungsweise die Beendigungsphase von Friedenssicherungseinsätzen durch.

